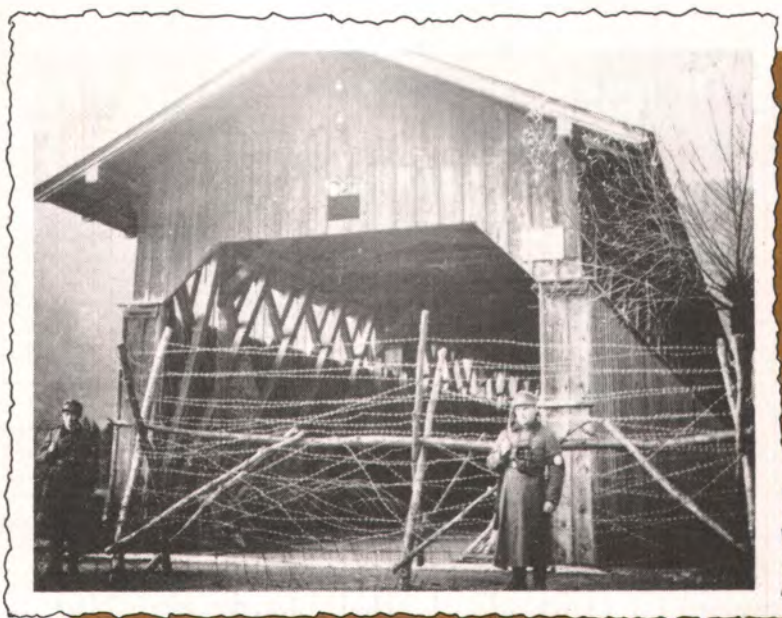


STUDIEN ZUR GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

2



DIE WACHT AM RHEIN
Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit

Meinrad Pichler / Harald Walser

Meinrad Pichler / Harald Walser
Die Wacht am Rhein
Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit

Gedruckt mit Unterstützung der Grünen Bildungswerkstätte,
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Vorarlberg
und des Dr.-Karl-Renner-Instituts, Landesstelle Vorarlberg

HERAUSGEGEBEN IN ZUSAMMENARBEIT
MIT DER JOHANN-AUGUST-MALIN-GESELLSCHAFT

Dieser Band will - 50 Jahre nach dem "Anschluß" Österreichs ans Dritte Reich - einen Einblick in den Vorarlberger Alltag während der NS-Zeit geben.

Vieles war hier auch damals nicht anders als anderswo: der anfängliche wirtschaftliche Aufschwung; die darauf folgende Umstellung auf Kriegs- und Mangelwirtschaft; die Militarisierung aller Lebensbereiche; die totalitäre Einebnung der politischen Landschaft; und die Verfolgung all jener, die den Ansprüchen dieses Systems entgegenstanden - in einem Ausmaß übrigens, das hinter großstädtischen Verhältnissen durchaus nicht zurückblieb.

Aber es gab auch etliche regionale Besonderheiten, und auch von diesen berichtet dieses Buch: die Resistenz des katholischen Milieus gegen die nationalsozialistischen Modernisierungsvorstellungen; die dominierenden Textilfabrikanten, die größtenteils auf die NS-Karte gesetzt hatten und nun Rüstungsproduzenten wurden; die Verlagerung kriegswichtiger Industrie in die vermeintlich bombensichere "Alpenfestung"; und schließlich die Grenzlage zur einzigen kriegsver-schonten Demokratie im Herzen Europas, zur Schweiz.

Den NS-Herren war Vorarlberg ein zentraler Außenposten - eine "Wacht am Rhein".

MEINRAD PICHLER, geb. 1947, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Wien, wohnhaft in Bregenz. Geschichtelehrer am Bundesrealgymnasium Dornbirn.

HARALD WALSER, geb. 1953, Studium der Geschichte und Germanistik an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Altach. Geschichtelehrer am Bundesgymnasium Feldkirch und Lehrbeauftragter an der Universität Innsbruck.

STUDIEN ZUR GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

2

DIE WACHT AM RHEIN

Alltag in Vorarlberg während der NS-Zeit

Meinrad Pichler / Harald Walser

VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

Titelmotiv: Verbarrikadierte Rheinbrücke bei Bangs (Feldkirch)

© Vorarlberger Autoren Gesellschaft, Bregenz 1988

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Luger-Grafik, Dornbirn

Lektorat und Produktion: Kurt Greussing, Dornbirn

Satz: Fa. Destrotext, Feldkirch

Druck und Bindung: J. N. Teutsch, Bregenz

Printed in Austria

ISBN 3-900754-02-0

Inhalt

Abkürzungen	7
Vorwort	8
Zeittafel	11
VON DER BRAUNEN MACHT ERGRIFFEN VORARLBERG IM MÄRZ UND APRIL 1938 (Meinrad Pichler)	15
DER STOFF, AUS DEM PROFITE WURDEN DAS TEXTILLAND VORARLBERG NACH DEM "ANSCHLUSS" (Harald Walser)	32
IM GLEICHSCHRITT IN DIE EMANZIPATION? VORARLBERGS FRAUEN IM NS-STAAAT (Harald Walser)	59
"ARBEIT FÜR DEN ENDSIEG" ARBEITERALLTAG IM "NATIONALEN SOZIALISMUS" (Harald Walser)	73
"WER AUF DIE FAHNE DES FÜHRERS SCHWÖRT, HAT NICHTS MEHR, WAS IHM SELBST GEHÖRT" VORARLBERGER JUGEND UNTER DER NS-HERRSCHAFT (Meinrad Pichler)	109
LEBEN IM KRIEG: DIE "INNERE FRONT" (Meinrad Pichler)	126
Verwendete Literatur	145
Bildquellen	151
Namens- und Firmenregister	153
Ortsregister	156

Abkürzungen

AVA	Allgemeines Verwaltungsarchiv, Wien
BAK	Bundesarchiv Koblenz
BDM	Bund Deutscher Mädel
BH	Bezirkshauptmannschaft
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DMG	Dokumentensammlung der Malin-Gesellschaft, Bregenz
DÖW	Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien
Hg.	Herausgeber
HJ	Hitlerjugend
lbk	Innsbruck
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, Wien
KdF	Kraft durch Freude
LGF	Land(es)gericht Feldkirch
MAF	Militärarchiv Freiburg
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
OLG	Oberlandesgericht
RAD	Reichsarbeitsdienst
RM	Reichsmark
SA	Sturmabteilung
SS	Schutzstaffel
StaBl	Stadtarchiv Bludenz
StaBr	Stadtarchiv Bregenz
StaD	Stadtarchiv Dornbirn
VF	Vaterländische Front
VLA	Vorarlberger Landesarchiv
VLB	Vorarlberger Landesbibliothek
VV	Vorarlberger Volksblatt

Vorwort

Als die "sieben schönsten und reichsten Jahre" ihres Lebens bezeichnete die Vorarlberger Schriftstellerin Natalie Beer die NS-Zeit von 1938 bis 1945. Was beeindruckte Menschen wie sie damals so stark, daß sie auch viele Jahre später, angesichts des bekanntgewordenen Grauens der Konzentrationslager und der bitteren Erlebnisse im Kriegseinsatz, mit der NS-Ära noch immer eher Positives als Negatives verbinden?

Das war eine jener Fragen, die uns veranlaßt haben, dieses Buch zu schreiben. Wir haben vor allem versucht, dem damaligen Alltag in Vorarlberg auf die Spur zu kommen. Die Ergebnisse, so scheint uns, lassen erkennen, weshalb so manche politisch eher Uninteressierte - von den "Ewiggestrigen" gar nicht zu sprechen - bis heute der NS-Zeit positiv-unkritisch gegenüberstehen:

Da sind jene Frauen, die den vorangegangenen Austrofaschismus als bedrückend empfunden hatten, weil sie vielleicht in der Ausübung einer Sportart behindert oder als ledige Mütter diskriminiert worden waren, und die nach dem "Anschluß" bessere Lebenschancen sahen. Da sind arbeitslose Männer und Frauen, die nun plötzlich eine Beschäftigung fanden und nach oft jahrelanger Arbeitslosigkeit wieder ein einigermaßen erträgliches Leben führen konnten. Wirtschaftstreibende erhofften sich durch die auf Hochtouren laufende deutsche Rüstungskonjunktur Aufträge - und sie wurden nicht enttäuscht. Viele Jugendliche schließlich faszinierte die nationalsozialistische Jugendpolitik: Heimabende, Lagerfeuerromantik, Ausflüge, Lieder, Uniformen und Fahnen.

Für Angehörige fast aller sozialen Schichten - Frauen, Arbeiter, Unternehmer, Jugendliche - gab es anfangs durchaus Gründe, mit dem neuen politischen System konform zu gehen. Zum Teil waren sie von den tatsächlichen Leistungen oder den

propagandistischen Großtaten des NS-Regimes so beeindruckt, daß sie sich auch nach 1945 zu keiner kritischen Haltung durchringen konnten.

Daneben gab es eine große Zahl von Menschen, die sich nicht blenden ließen. Ihnen war klar, daß Aufrüstung Krieg bedeutete; sie waren nicht einverstanden mit politischer und rassischer Unterdrückung.

Der Nationalsozialismus brachte - das ist die eine Seite - einen Modernisierungsschub in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens - Wirtschaft, Ehegesetzgebung, etliche Sozialleistungen usw. Er wurde daher von vielen begrüßt. Diese Modernisierung - und das ist die andere Seite - erfolgte aber mit Methoden, die für ebenso viele Zwang und Unterdrückung bedeuteten. Dazu kamen der Rassismus, der politische Ausschließlichkeitsanspruch, die Bereitschaft, alle, die nicht in den "totalen Staat" paßten, zu vernichten.

Vorarlberg hatte im NS-Staat durch seine Grenzlage zur Schweiz einen besonderen Stellenwert: die "Wacht am Rhein". Von den militärischen Vorstellungen zu Beginn der NS-Herrschaft - als Aufmarschgebiet für einen eventuellen Feldzug gegen die Schweiz - und gegen Ende - als Kern einer "Alpenfestung" - einmal abgesehen, war das Land vor allem wirtschaftlich interessant. Schon in den ersten Tagen nach dem "Anschluß" wurde mit dem Ausbau der für die Rüstungsindustrie so wichtigen Elektrizitätswerke im Montafon begonnen. Sie waren - im Gegensatz zu anderen, reichsdeutschen Kraftwerken - durch feindliche Bomber nur schwer erreichbar und erhielten kriegswirtschaftliche Bedeutung.

Vorarlberg wurde im Kriegsverlauf auch als Rückzugsgebiet für die Rüstungsindustrie immer wichtiger. Für die Bevölkerung äußerte sich die wachsende kriegswirtschaftliche Bedeutung des Landes in einer zunehmenden Verschlechterung der alltäglichen Lebensbedingungen.

Wir möchten allen jenen danken, die das Zustandekommen dieses Bandes ermöglicht haben. Dazu gehören viele Mitglieder der Johann-August-Malin-Gesellschaft und andere, die uns

immer wieder mit Auskünften und Dokumentarmaterial unterstützt haben. Angelika Grabher hat unter oft schwierigen Bedingungen Satz und Umbruch besorgt. Wir danken auch den Institutionen, die die Drucklegung des Buches gefördert und damit ihr Interesse an einer kritischen Aufarbeitung der Vergangenheit bekundet haben.

Altach und Bregenz, im Jänner 1988

Meinrad Pichler
Harald Walser

Zeittafel

6. November 1932

Die NSDAP erhält bei den letzten demokratischen Landtagswahlen in Vorarlberg fast 11 % der abgegebenen gültigen Stimmen.

19. Juni 1933

Nach einer Attentatsserie wird die NSDAP in Österreich verboten.

In Vorarlberg gelingt es der Partei dank der Hilfe einflußreicher Textilunternehmer dennoch, verstärkt Fuß zu fassen. Eine Serie von nationalsozialistischen Bombenanschlägen durchzieht das Land.

12. Februar 1934

Beginn der Februarkämpfe; mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei ist der Übergang zur austrofaschistischen Diktatur endgültig vollzogen.

11. März 1938

Machtübernahme durch die NSDAP in Vorarlberg und ganz Österreich, mit folgendem Einmarsch deutscher Truppen.

In Vorarlberg wird in kürzester Zeit durch deutsche Großaufträge (vor allem Illwerke, Straßenbau) die Arbeitslosigkeit beseitigt.

1. September 1939

Mit dem deutschen Überfall auf Polen beginnt der Zweite Weltkrieg.

In Vorarlberg stellen die ersten Kleinbetriebe auf Rüstungsproduktion - vor allem Granaten- und Muni-

tionsfertigung - um. Bald erhalten auch einige große Textilunternehmen Rüstungsaufträge.

10. Mai 1940

Nach den deutschen "Blitzkriegen" gegen Dänemark und Norwegen erfolgt der Angriff auf Frankreich über das neutrale Holland und Belgien.

In Vorarlberg werden viele zur Arbeit - vor allem außerhalb des Landes - "dienstverpflichtet", besonders junge Frauen; merkbarer Unmut in der Bevölkerung.

Verschärfung der Arbeitsdisziplin in den kriegswichtigen Betrieben; verstärkter Einsatz von einheimischen Frauen und von Fremdarbeitern beziehungsweise -arbeiterinnen für die eingerückten Soldaten. Kriegswirtschaft.

22. Juni 1941

Angriff auf die Sowjetunion; Beginn der "Endlösung der Judenfrage", das heißt des Holocaust, und massenhafte Deportation von Arbeiterinnen und Arbeitern aus der UdSSR, vorher schon aus Polen, ins Deutsche Reich.

Umstellung auf Mangelwirtschaft; die Rüstungsfertigung wird in Vorarlberg zu einem der wichtigsten Produktionsbereiche.

2. Februar 1943

Kapitulation der Deutschen Wehrmacht bei Stalingrad: Kriegswende.

Verschärftes Vorgehen gegen Regimekritiker, unangepaßte Jugendliche und sogenannte "Arbeitsbummelanten"; für viele Arbeiter aus Vorarlberg bedeutet dies Gestapohaft im Lager Reichenau bei Innsbruck oder Anklage wegen "Wehrkraftzersetzung".

1943/44

Die Nationalsozialisten gehen über zum "totalen Krieg": Propagandaoffensiven, Mobilisierung der letzten Reserven für den Krieg ("Volkssturm" aus alten Männern, Untauglichen und Hitlerjungen) und für die Wirtschaft (Fremdarbeiter/innen, Kriegsgefangene, einheimische Frauen). Die Rüstungsproduktion wird in Vorarlberg dominierend.

1. Mai 1945

Mit der Beschießung von Bregenz wird Vorarlberg direkt in die Kriegereignisse einbezogen. Die deutschen Truppen leisten militärisch sinnlosen Widerstand; Zerstörung vieler Brücken und Häuser, Tote.

5. Mai 1945

Die Kapitulation der 19. deutschen Armee bringt für Vorarlberg das Kriegsende. Durch die französische Besatzungsmacht wird der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse eingeleitet.

Von der braunen Macht ergriffen Vorarlberg im März und April 1938

Als am Vormittag des 12. März 1938 eine Vorhut des Infanterie-Regiments aus Konstanz in Bregenz einmarschierte und damit die erste österreichische Landeshauptstadt besetzte, war das nur noch der sichtbare Schlußakt in der Demontage der staatlichen Selbständigkeit Österreichs. Der massive deutsche Druck, die terroristische Tätigkeit der österreichischen Nationalsozialisten ("Illegale") und eine Reihe folgenschwerer politischer Fehlentscheidungen der österreichischen Regierung hatten das Land schon in den Jahren zuvor sturmreif gemacht: Die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie 1933/34 durch die regierende christlich-soziale Partei hatte die innere Zerrissenheit verschärft statt überwunden; die außenpolitische Anlehnung an das faschistische Italien erwies sich spätestens nach der Einigung zwischen Hitler und Mussolini 1936 als völliger Irrweg, hatte aber Österreich den Westmächten weitgehend entfremdet; und schließlich fand die Regierung Schuschnigg auch keine probaten Mittel gegen die wirtschaftliche Depression. Alleine auf den Vorarlberger Arbeitsämtern waren die ganzen dreißiger Jahre hindurch, nämlich bis zum deutschen Einmarsch, im Jahresschnitt über 5000 Arbeitslose vorgemerkt (1). Nahezu ein Drittel aller Vorarlberger Haushalte hatte mindestens einen Arbeitslosen mitzuernähren (2). Wer Arbeit hatte, mußte zunehmend Verschlechterungen hinsichtlich Lohn, arbeitsrechtlicher Stellung und sozialer Absicherung in Kauf nehmen.

Trotz seiner unternehmerfreundlichen Politik war es dem Regime Dollfuß/Schuschnigg - gerade in Vorarlberg - nicht gelungen, die entscheidenden Teile der wirtschaftlichen Elite für den "österreichischen Weg" zu gewinnen (3).

Aber gerade dieser Weg tendierte keineswegs dahin, die Bevölkerung gegen den drohenden Nationalsozialismus zu immunisieren. Ganz im Gegenteil: Die österreichische Regierung imitierte die politische Symbolik des nördlichen Nachbarn - zum Beispiel Hakenkreuz, Gruß, Uniformierung - und wollte auch politisch-organisatorisch nicht nachstehen. Anstelle der Parteien wurde eine politische Einheitsorganisation, die "Vaterländische Front" (VF), installiert, die eine Reihe berufs- und altersspezifischer Untergruppierungen zu aktivieren versuchte.

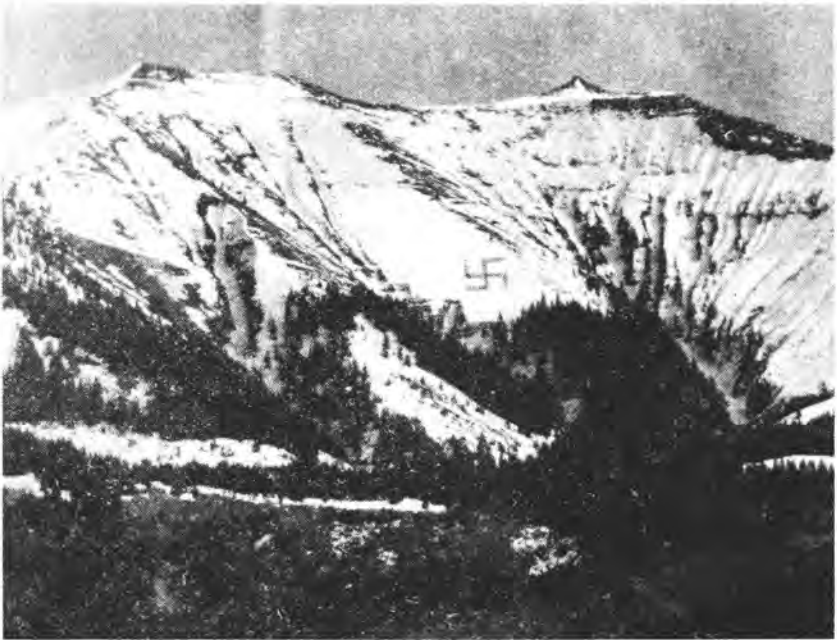
Trotz dieser Anleihen wurde das austrofaschistische Modell nicht attraktiver. Seine Anziehungskraft blieb beschränkt auf den festen Kern der ehemaligen christlich-sozialen Parteigänger. Auch das Problem des Deutschnationalismus war nicht dadurch gelöst, daß Österreich sich zum "zweiten deutschen Staat" erklärte und auf seine besondere "christlich-deutsche Kulturmission" verwies. Die von vielen erhoffte radikale Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse konnte gerade der Austrofaschismus nicht leisten.

Die Nationalsozialisten dagegen propagierten ohne Umschweife die Entmachtung der alten Eliten und einen grundsätzlichen Umbau der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse. Dies zeigte sich am deutlichsten im Verhältnis zur katholischen Kirche: Während der "Ständestaat" die Kirche als wesentliche Machtstütze brauchte und deshalb entsprechend förderte, trachtete der Nationalsozialismus in seinem totalen Machtanspruch von Anfang an, jede Institution - also auch die Kirchen -, die in irgendeiner Form einen eigenen Einfluß auf Teile der Bevölkerung hatte, auszuschalten.

Die Entdemokratisierung hatte Österreichs Abwehrkraft gegen die unumwunden propagierte nationalsozialistische Machtübernahme nicht gestärkt. Politischer Druck und wirtschaftliche Not hatten auch viele Gegner eines "Anschlusses" mürbe gemacht. Umso lauter und unerschrockener gebärdeten sich die österreichischen Nationalsozialisten, die trotz polizeilicher Abstrafungen von ihrer Untergrundarbeit nicht abzuhalten waren. So wurden zwischen 1933 und 1938 allein von der BH Bregenz

1157 Arrest- und Geldstrafen gegen Aktivisten der illegalen NSDAP verhängt (4).

Die nahezu ausweglos gewordene Lage Österreichs veranlaßte Schuschnigg zur Flucht in eine "Volksbefragung". Sie sollte den Wunsch nach staatlicher Eigenständigkeit demonstrieren, wurde aber unter deutschem Druck abgeblasen. Die Selbstaufgabe der österreichischen Regierung am Abend des 11. März 1938 war nur noch der Endpunkt einer politischen Sackgasse.



Die illegalen Nationalsozialisten wußten zwischen 1933 und 1938 immer wieder durch spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam zu machen: Sei es durch Felsbemalungen, durch Höhenfeuer oder wie hier durch ein in den Schnee gesetztes Hakenkreuz am First, das von ganz Dornbirn aus sichtbar war.

Tage des Einbruchs

Auch in Vorarlberg verwandelte sich nach Schuschniggs Rücktrittsrede im Radio am 11. März 1938 die geschäftige Ratlosigkeit der politisch Verantwortlichen in Apathie. Die bangen Erwartungen für die Zukunft lähmten das Handeln im Augenblick. Einen Alarmplan für den Fall einer nationalsozialistischen Machtübernahme gab es nicht, und so warteten die Vorarlberger Funktionäre auf Order aus Wien. Dorthin waren in den Jahren zuvor alle sicherheitspolitischen Kompetenzen verlagert worden. Die "Führer" im Bundeskanzleramt, im Innen- und im Heeresministerium blieben stumm, die regionalen Befehlsempfänger warteten vergeblich - bis 20.45 Uhr.

Dann begaben sich Landeshauptmann Dipl.-Ing. Winsauer, Landesstatthalter Dr. Troll, der Führer der Vaterländischen Front (VF) Eduard Ulmer und der Geschäftsführer der VF Dr. Müller in die Privatwohnung des Landeshauptmannes und harrten bei "einem Mokka" der weiteren Dinge (5): angesichts der Dramatik und einschneidenden Folgen der nächsten Stunden eine groteske Situation.

Offensichtlich besser funktionierte die Kommunikation bei den Nationalsozialisten. In Wien hatte Schuschniggs Innenminister Seyss-Inquart auf Anweisung Görings die Regierungsgeschäfte übernommen; in Vorarlberg forderte der illegale Gauleiter der NSDAP, Toni Plankensteiner, um 22 Uhr den Landeshauptmann telefonisch auf, im Gebäude der Landesregierung die Amtsgeschäfte zu übergeben. Dort hatten bereits die Führer von SA und SS das Terrain geebnet. Auch die Büroräume der VF in der Montfortstraße waren zu diesem Zeitpunkt bereits von SA und HJ besetzt (6). Die Informationen, die die Gestapo in den folgenden Tagen aus dem nahezu unversehrten Aktenmaterial der VF bezog, wurden manchem engagierten "Vaterländischen" zum Verhängnis.

Bereits am Nachmittag dieses für Österreich so verhängnisvollen 11. März war Major Esser, Offizier des Regimentsstabes

des V. deutschen Armeekorps, in Zivil nach Bregenz gekommen, um die Lage zu sondieren und die führenden Nationalsozialisten über den Ablauf des kommenden Tages zu informieren (7). Und während sich die Nazi-Anhänger nach Plankensteiners Machtübernahme in einem nächtlichen Siegestaumel ergingen, besetzte am 12. März um 4 Uhr früh eine deutsche Vorhut die österreichischen Zollhäuser am Unter- und Oberhochsteg. Auf die etwa stündlichen Telefonanrufe der Bregenzer Zollbehörde, ob deutsche Truppen in Sicht seien, antworteten die deutschen Soldaten jeweils mit der beruhigenden Auskunft, daß alles ruhig sei (8).

Um 6 Uhr früh, am 12. März, kam der Kommandant der deutschen Einmarschtruppen persönlich bis zur Bregenzer Klause, um sich zu überzeugen, daß dort keine Gegenwehr zu erwarten war. Um 8.20 Uhr fuhren die ersten deutschen Soldaten in Bregenz ein, nachdem zuvor die Kaserne unter deutsches Kommando gestellt worden war. Nur Leutnant Wilhelm Waldsam vom Artillerie-Regiment Nr. 6 hatte sich anfangs geweigert, die ihm anvertrauten Geschütze zu übergeben. Erst in den Nachmittagsstunden marschierte der Großteil der deutschen Truppen in Bregenz ein. In den folgenden Tagen wurden einzelne Verbände in die übrigen Vorarlberger Städte verlegt (9). Beim nachmittäglichen Vorbeimarsch der deutschen Besetzungstruppen am Bregenzer Kornmarkt wurden bereits auch österreichische Kompanien eingebaut. Am 13. März fuhr eine Ehrenkompanie des Bregenzer Alpenjäger-Bataillons mit einem Schiff nach Lindau, um dort im Rahmen einer Parade zur "feierlichen Bekundung deutscher Einheit" beizutragen (10).

Im Gefolge der deutschen Truppen befanden sich jene, die die ersten "sicherheitspolitischen" und administrativen Zwangsmaßnahmen durchzuführen hatten: über 300 Schutzpolizisten aus München und Gestapo-Beamte aus dem Bodenseeraum. Die ersteren wurden sofort an die Schweizer Grenze beordert (11); letztere machten sich unverzüglich daran, die wilden Verhaftungen durch einheimische SA und SS in die systematischen Bahnen des hitlerdeutschen Terrors zu lenken. Obwohl



Deutscher "Kraftrad-Melder" am 12. März 1938 als Vorhut der Einmarschtruppen an der Grenze Hörbranz-Unterhochsteg.



Bregenz, 12. März 1938: Eine Abteilung der Münchner Schutzpolizei bei der Einmarsch-Parade. Noch am selben Tag wurden die Schupos zur Kontrolle an die Schweizer Grenze abkommandiert.

Hitler dem österreichischen Kanzler Schuschnigg bei deren Berchtesgadener Zusammenkunft am 12. Februar 1938 angedroht hatte, er werde die "Rache von SA und Legion" nicht verhindern können (12), wurde den österreichischen Nazis die "Privatjustiz" der ersten Tage bald eingestellt.

Das Gewaltmonopol hatte auch im okkupierten Österreich ein staatliches zu bleiben. Am 13. Mai 1938 teilte der Wiener Reichstatthalter Bürckel der Landesregierung auf dem Erlaßwege mit,

"daß bei Vorkommen der geringsten Ausschreitungen, Unruhestiftungen, Anpöbelungen von Volksgenossen und Nichtariern, nicht nur die beteiligten SA-Männer, sondern in erster

Linie der zuständige verantwortliche Führer mit der sofortigen Ablösung von seiner Dienststelle und mit dem Ausschluß aus der SA und Partei zu rechnen hat" (13).

Bürckel wußte, wovon er sprach: Bereits in der Nacht vom 11. auf den 12. März waren NS-Gegner von SA- und SS-Rotten aus ihren Wohnungen geholt, teilweise mißhandelt und öffentlich verhöhnt worden. So wurde beispielsweise der ehemalige Landesobmann der Katholischen Jugend, Toni Winkler, auf den Dornbirner Marktplatz geführt, wo er eine "Ehrenrunde" laufen mußte, bei der er von den feiernden Nazis "beschimpft und angespuckt" wurde.



Das Dollfuß-Denkmal des nach dem "Anschluß" nach Amerika emigrierten Bildhauers Franz Plunder am Zugang zur Bregenzer Stadtpfarrkirche St. Gallus: Es wurde am 12. März 1938 von feiernden Nationalsozialisten von der Mauer hinuntergeschlagen.

“Vor dem Rathaus forderte dann eine wütende Menge, daß ich an eine Laterne geknüpft werden sollte. Die Polizei, bereits mit Hakenkreuzbinden ausgestattet, kämpfte um mein Leben” (14).

Der öffentlichen Beschimpfung folgte in den meisten Fällen die Inhaftierung. Nahezu die gesamte Führungsgarnitur von Vaterländischer Front und Frontmiliz - Eduard und Toni Ulmer, Eugen Leissing, Dr. Erich Müller, Dr. Lorenz Konzett, Dr. Erich Fischer, Eugen Grabher - wurde auf diese Weise festgenommen; dazu kamen zahlreiche örtliche Exponenten des alten Regimes - zum Beispiel Otto Matt aus Bregenz, Johann Giselbrecht aus Sulzberg, Josef Müller und Gedeon Fritz aus dem Kleinen Walsertal, Xaver Muther aus Bludenz -, Beamte, wie Dr. Paul Jäger, Dr. Emil Seeberger, Hugo Lunardon, Anton König, österreichische Legitimisten, etwa Theo Lingenhölle und General Burger, Funktionäre katholischer Organisationen, namentlich Toni Winkler und Dr. Tarter, schließlich Kommunisten, zum Beispiel Anton Häfele.

Sieben von den Verhafteten der ersten Tage wurden in die Konzentrationslager Dachau beziehungsweise Buchenwald deportiert: Hugo Lunardon, Gendarmeriepostenkommandant von Dornbirn (15), Dr. Paul Jäger, Stellvertreter des Sicherheitsdirektors, Kaplan Georg Schelling, Schriftleiter des “Vorarlberger Volksblattes” (16), Alfons Kothbauer, ehemaliger Konfident der Sicherheitsbehörden, Anton Blum, Heimwehrkommandant von Dornbirn-Hatlerdorf (17), Emil Hercher, Kaufmann in Bregenz (18), und Anton Häfele aus Hard (19). Lunardon und Häfele wurden im Konzentrationslager zu Tode gebracht, Schelling und Kothbauer waren bis zur Befreiung im Frühjahr 1945 interniert, Jäger und Hercher wurden nach mehrjähriger Haft entlassen, Anton Blum gelang die Flucht in die Schweiz.

Die übrigen Inhaftierten wurden unterschiedlich lange festgehalten und meist erst freigelassen, nachdem ihnen hohe Beiträge für das NS-Winterhilfswerk oder dergleichen abgepreßt worden waren. Manch einer von denen, die sich damals mit einer “Spende” die Freiheit erworben hatten, sah sich nach



Zusammen mit den beiden jugendlichen Helfern Christoph Mittelberger und Karl Findler konnte Chefredakteur Georg Schelling in der "Volksblatt"-Redaktion in der Bregenzer Kaiserstraße noch umfangreiches Material vernichten, das frühere "Volksblatt"-Korrespondenten belastet hätte. Während die drei die Redaktion "säuberten", feierten die Nazis in der damals unmittelbar dahinterliegenden Turnhalle.

1945 der vorwurfsvollen Frage ausgesetzt, warum gerade er den Nazis gegenüber so großzügig gewesen sei. Einige wurden nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnis nicht nur aus ihrer Stellung entfernt, sondern zudem des Gaues verwiesen (20).

Neben der Menschenjagd innerhalb des Landes galt in den ersten Tagen nach dem "Anschluß" das Hauptaugenmerk der neuen Machthaber der Schweizer Grenze. Dort hoffte man politische Flüchtlinge und Devisenschmuggler fassen zu können.

Neben den bereits erwähnten Hundertschaften der Münchner Polizei wurden ebenfalls bereits am 12. März "76 Probedienstleister der Zollwachkurse Salzburg und Innsbruck" (21) nach Vorarlberg transferiert. Zudem widmete sich der Grenzkontrolle eine ganze Menge von Freiwilligen, "die sich nur durch Armbinden von normalen Rowdies unterschieden" (22).

Überall wurden die Zufahrtsstraßen zu den Grenzübergängen verstärkt überwacht - auch im Montafon. In Bings bei Bludenz wurde ein Schlagbaum errichtet, um alle aus Richtung Arlberg Kommenden einer ersten Kontrolle zu unterziehen (23). Für die, die noch passieren durften - zum Beispiel Carl Zuckmayer -, wurde die Bahnfahrt von Feldkirch ins schweizerische Buchs eine Fahrt in die Freiheit; für die Festgenommenen begann ein Leidensweg, der in vielen Fällen - etwa für den Dichter Jura Soyfer - mit dem Tod in einem KZ endete.



Auch religionsfeindliche Ausschreitungen gehörten zum neuen Regime. So wurde am 10. Juli 1938 der Primizbogen des Neupriesters Otto Kolb vor der Bregenzer Stadtpfarrkirche St. Gallus von Nationalsozialisten demoliert.

Umbau der Verwaltung

Der Umbau der öffentlichen Verwaltung war von den Nazis gut vorgeplant. Im Landesdienst gab es Entlassungen, Kontinuitäten, Aufstiege und Rochaden. Die höchsten Landesbeamten wurden mit Ausnahme von Franz Terlago, dem Bezirkshauptmann von Bludenz, ihres Amtes enthoben. Neuer Regierungsdirektor war nun Dr. Hans Lardscheider, von 1926 bis 1934 bereits Bezirkshauptmann von Bregenz, dann aber als Nazisympathisant in niederer Verwendung bei der BH Feldkirch. Auch die neuen Bezirkshauptleute von Bregenz und Feldkirch, Dr. Tschofen und Dr. Speckbacher, waren schon vorher Landesbeamte gewesen.

Bei der Gendarmerie wurde eine Kommission unter Franz Walch, vorher selbst Revierinspektor der österreichischen Gendarmerie, gebildet, die den "politischen Umbau" innerhalb dieser Behörde zu bewerkstelligen hatte. Dabei kam es zu Entlassungen, Pensionierungen und Versetzungen. Aber der weitaus größere Teil der Gendarmen leistete den Eid auf den "Führer" und amtierte weiter.

Auch die Justiz bewahrte weitgehende Kontinuität. Landesgerichtspräsident Dr. Schreiber wurde "beurlaubt", ebenso sein Stellvertreter Dr. Erne (24). An ihre Stellen traten die bisherigen Untergebenen Dr. Schmid und Dr. Gebert (25).

Wie relativ glatt gerade im Justizbereich der "Anschluß" vollzogen wurde, zeigen zwei Briefe aus dem Bezirksgericht Bezau: In einem pathetisch eingeleiteten Schreiben des Oberlandesgerichts Innsbruck - "Die Weltgeschichte hat sich weitergedreht. Wir arbeiten für unser deutsches Volk und für die Heimat in strenger Pflichterfüllung weiter" (!) - werden die Leiter der nachgeordneten Dienststellen ersucht, über die Ereignisse der letzten Tage und deren "Auswirkungen auf den Personalstand" (26) zu berichten. Die lakonische Antwort des Bezauer Gerichtsvorstehers:

"Zu Schreiben Nr. ... berichte ich, daß sich die Ereignisse

der letzten Tage im hiesigen Sprengel sowohl in der Bevölkerung als auch im Personalstande vollkommen ruhig abgewickelt haben und daß keinerlei Verfügungen notwendig sind, weil die Arbeit nach wie vor klaglos verrichtet wird" (27).

Die bisher Nazis gerichtet hatten, verurteilten nun "in strenger Pflichterfüllung" die Nazigegner. Wenn es vielleicht auch mancher mit schlechtem Gewissen tat - die Arbeit wurde "nach wie vor klaglos verrichtet".

Die merkbarste Widersetzlichkeit im Bereich des öffentlichen Dienstes gab es unter der Lehrerschaft. Die Vorarlberger Lehrer hatten das Hauptkontingent der VF-Funktionäre und Heimwehführung (28) gebildet, zählten also zu den treuesten Trägern des Dollfuß/Schuschnigg-Regimes. Umso entwürdigender war es für viele von ihnen, nun von einem fanatischen Landes-schulinspektor abgekanzelt und von den Kindern aus national-sozialistischen Elternhäusern ständig kontrolliert zu werden.

Stimmenmache - "Volksabstimmung"

Natürlich sprossen auch in Vorarlberg in allen Gegenden und Schichten die sogenannten "Märzveilchen", jene Anbiederer und Mitläufer, die glaubten, mit besonders strammem Hitler-Gruß, sofortiger Parteianmeldung und anderen Fleißaufgaben auf den Zug der neuen Zeit aufspringen zu können. Sie alle durften sich im Rahmen der Organisation und der Werbearbeit für die "Volksabstimmung" am 10. April 1938 bewähren (29). Bei dieser Gelegenheit konnte man jeden brauchen: Für die Prominenten reichte eine Unterstützungserklärung, die Gewöhnlichen mußten arbeiten. Beamte und Behördenangestellte, von denen man ein aktives Eintreten für den neuen Staat sehen wollte, konnten sich für die "Vorbereitung der Volksabstimmung" vom Dienst freistellen lassen (30).

Auf diese Weise wurde das Personal für die intensivste Propagandakampagne, die Österreich je erlebt hatte, rekrutiert. Die Werbemethoden brachten die Deutschen selbst. Dazu gehörten nicht nur die herkömmlichen Medien wie Plakate, Versammlungen, Radio, sondern neue, wie Lautsprecherwagen, abgeworfene Flugblätter, Hausbesuche, Indoktrination der Kinder, und vor allem eine bewußt lancierte Flüsterpropaganda - zum Beispiel: die Stimmzettel seien kontrollierbar. Dazu kam ein dramaturgisch sich steigernder Aufbau der Propaganda, der in der feierlichen Beflagung und Dekorierung der Hausfassaden am Abstimmungstag gipfelte (31).

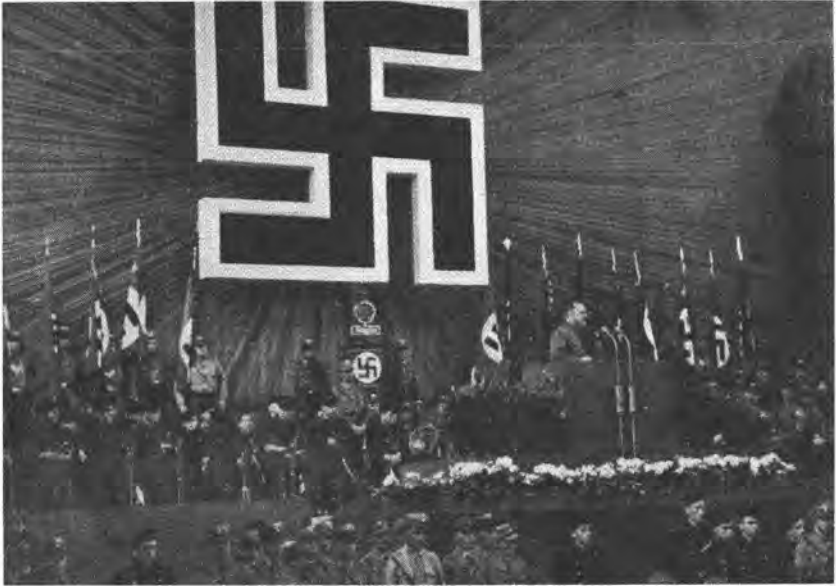
Über die Abstimmung und deren Ergebnis ist schon viel geschrieben worden (32). Tatsache bleibt, daß in keinem anderen Bundesland mehr Wähler mit Nein stimmten oder die Teilnahme an der Wahl überhaupt verweigerten als in Vorarlberg. Zwar handelt es sich dabei nur um Nuancen (33), aber diese geben doch ein Mehr an Trotz und Ablehnung gegenüber den neuen Machthabern zu erkennen.

Hier zeigten sich die Furchtsamen, die in der Anpassung ihr Heil sahen, und die Standhaften, die ihre Überzeugung bewahrten. Während etwa der spätere Landeshauptmann Ulrich Ilg in Dornbirn die Teilnahme an der Abstimmung demonstrativ (34) verweigerte, ohne daß ihm daraus negative Konsequenzen erwachsen, gab wenige Kilometer entfernt der Lauteracher Pfarrer unterm Beifall der "Wahlkommission" *offen* seine Ja-Stimme ab (35).

Der Text auf den Stimmzetteln lautete:

"Bist Du mit der am 13. März vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?"

Abgesehen davon, daß die "Volksgenossen" jetzt geduzt wurden, zeigt der Text deutlich, daß es nicht um den Anschluß ging, denn der wurde als "vollzogene Wiedervereinigung" gar nicht erst in Zweifel gezogen. Es ging ausschließlich um die nachträgliche Scheinlegitimierung eines ungesetzlichen Aktes. Der zweite Teil des Textes ist überhaupt absurd, da es neben



Im Vorfeld der "Volksabstimmung" vom 10. April 1938 fand auf der Dornbirner Birkenwiese eine Großveranstaltung statt, bei der auch der Wiener Reichsstatthalter Bürckel, Generalbevollmächtigter für die Durchführung der Abstimmung, als Redner auftrat. Die damaligen Behörden schätzten die Zahl der Teilnehmer auf 25.000.

der "Liste unseres Führers" schon längst keine Alternative mehr gab.

Daß es wirklich Mut brauchte, mit Nein zu stimmen, dokumentiert der Bericht eines Auslandsdeutschen, der in Feldkirch Augenzeuge dieser "Volksabstimmung" wurde:

"Es durfte immer nur ein Wähler das Wahllokal betreten. An der Tür empfingen ihn drei Mann in Uniform, die Paß und Stimmausweis kontrollierten. Jeder Abstimmende wurde in eine Liste eingetragen. Dann erhielt er den Stimmzettel und füllte ihn an einem Schreibpult aus. Eine Kabine oder sonst

eine Gelegenheit zur geheimen Abstimmung war nicht zu sehen. Die drei Mann der Paßkontrolle und die acht Mann von der Wahlkommission, insgesamt elf Leute, konnten jede Bewegung des Wählers beobachten" (36).

Mit dem durch solche und andere Manipulationen erzielten Ergebnis von "nur" 98,10 % Ja-Stimmen konnten die Vorarlberger Nationalsozialisten nicht ganz zufrieden sein.

Viel größeres Ungemach näherte sich ihnen aber schon bald von eigener Seite. Vorarlberg wurde entgegen den Wünschen der meisten heimischen Nazigrößen dem Gau Tirol angegliedert und schließlich seiner Landeshauptmannschaft beraubt. Für den Großteil der Vorarlberger Nationalsozialisten war das aber kein Grund zur Nachdenklichkeit. Gehorchen war einstudiert, nicht Denken. Für die einfache Bevölkerung war diese verwaltungstechnische Maßnahme ohnehin belanglos: Die Gestapo wäre auch im - ersehnten - Gau Schwaben dieselbe gewesen, und an den Löhnen, Lebensmittelrationen und Rekrutierungen zur Wehrmacht hätte sich nichts geändert.

Meinrad Pichler

Anmerkungen

- 1) Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und "Führer", S. 251
- 2) Egger, Gernot: Integration und Widerstand, S. 263
- 3) Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 53ff.
- 4) VLA, BH Bregenz III-2204/38
- 5) Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 46
- 6) Ebd.
- 7) Vgl. Schmidl, Erwin A.: März 1938, S. 203
- 8) Ebd., S. 205
- 9) Ebd., S. 206
- 10) Ebd., S. 221
- 11) Ebd., S. 206
- 12) Zit. n. Brook-Shepard, Gordon: Der Anschluß, S. 83
- 13) VLA, Präs. 364/38

- 14) Neue Vorarlberger Tageszeitung, 13.3.1979
- 15) Siehe Walser, Harald: Der Tod eines Staatsdieners
- 16) Zu Schellings Schicksal siehe Walser, Harald: Anpassung und Widerstand: Vorarlbergs Kirche im NS-Staat, S. 142ff.
- 17) Siehe Pichler, Meinrad: Politische Verfolgungen der ersten Tage, S. 77
- 18) Ebd., S. 82
- 19) Ebd., S. 79
- 20) Zum Beispiel Toni Ulmer, Kommandant der Vorarlberger Frontmiliz, und Eugen Leissing, Funktionär des Reichsbundes und Angestellter der VF.
- 21) Bericht des Kommandos der 6. Division in Innsbruck an das Bundesministerium für Landesverteidigung vom 22.3.1938, Kriegsarchiv Wien, ÖBH: BMLV Präs. 9720/1938 (freundlicher Hinweis von Dr. Erwin Schmidl, Wien)
- 22) Bericht des englischen Consuls Henderson vom 13. März; Public Records Office, London, Foreign Office 371, Bd. 22318, S. 138ff. (= Nr. R 3048), Kopie in DMG
- 23) Wie Anm. 21
- 24) Dr. Franz Erne, der bis zum März 1938 auch Landtagspräsident gewesen war, wurde später wieder in den Justizdienst aufgenommen.
- 25) VLA, Bezirksgericht Bezau Iv 138/38
- 26) VLA, Bezirksgericht Bezau Iv 134/38
- 27) Ebd.
- 28) Vgl. Verzeichnis der "Amtswalter der VF" im VV, 5.1.1938. Bei der Frontmiliz, der Militärorganisation der VF, waren nahezu alle wichtigen Kommandantenstellen von Lehrern besetzt: Toni Ulmer, Landeskommandant; Artur Maier, sein Stellvertreter; Eugen Grabher, Kommandant in Dornbirn; Max Baldessari und Anton Methlagl, Kompaniekommandanten in Feldkirch; Heinrich Kolbacher, Kommandant in Bludenz.
- 29) Vgl. Botz, Gerhard: Schuschniggs geplante "Volksbefragung", S. 227
- 30) VLA, Bezirksgericht Bezau Iv 185/38
- 31) Vgl. Botz, Gerhard: Schuschniggs geplante "Volksbefragung", S. 228
- 32) Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 66ff.; Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 157ff.; und besonders Lingenhöle, Walter: Die Fehleutung eines dunklen Jahres
- 33) In Vorarlberg stimmten 98,10 % für den Anschluß, im Burgenland 99,93 %. Die übrigen Bundesländer liegen dazwischen.
- 34) Ilg, Ulrich: Meine Lebenserinnerungen, S. 34
- 35) Die Jahre 1938-1945 in Lauterach
- 36) Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 5. Jg. 1938, S. 421 (Reprintausgabe Frankfurt 1980)

Der Stoff, aus dem Profite wurden Das Textilland Vorarlberg nach dem "Anschluß"

Schon vor 1938 hatten viele Vorarlberger Unternehmer aus ihrer Sympathie für den Nationalsozialismus kein Hehl gemacht und die NSDAP tatkräftig unterstützt. Im Jahr 1933 - wenige Tage vor dem Verbot der NSDAP am 19. Juni - sahen sich beispielsweise die christlichsozialen Vertreter auf dem "Handels-, Gewerbe- und Industrietag" im Hotel Mohren in Dornbirn durch Resolutionen und "hakenkreuzlerische Beschimpfungen" - so das "Vorarlberger Volksblatt" am nächsten Tag - veranlaßt, die Veranstaltung unter Protest zu verlassen: Zu eindeutig waren die Mehrheitsverhältnisse (1).

Auch nach dem Verbot der NSDAP hörte die Unterstützung der Partei durch Unternehmer - insbesondere durch die Dornbirner Großfabrikanten - nicht auf: Politisch motivierten Entlassungen von nichtnationalsozialistischen Arbeitern standen die Behörden ebenso machtlos gegenüber wie der offensichtlichen finanziellen und organisatorischen Unterstützung. Der für die Sicherheit im Lande Verantwortliche, Sicherheitsdirektor Oberst Ludwig Bechinie, meinte in einem Schreiben an das Bundeskanzleramt resignierend:

"Dornbirn war der Sitz der Großdeutschen, die fast in ihrer Gesamtheit ins nationalsozialistische Lager übergingen. Diesem gehörten führend die Industriellenfamilien F. M. Hämmerle, F. M. Rhomberg und Herrburger und Rhomberg an. Dieser Führung war es nicht schwer, fast ganz Dornbirn und Umgebung in diese Richtung zu zwingen, waren doch Arbeiter, Gastwirte und Geschäftsleute aller Art von ihr abhängig."

Weiters berichtet Bechinie in diesem Schreiben von "recht



"Unsre Fahne flattert uns voran" - zum Beispiel bei F. M. Hämmerle. Aus ihrer Sympathie für den Nationalsozialismus machten die großen Textilunternehmer Dornbirns weder vor noch nach dem "Anschluß" ein Geheimnis.

engen" wirtschaftlichen Verbindungen der Textilfabrikanten mit Deutschland. Darin erblickte er die wesentlichste Ursache für deren NS-freundliche Haltung:

"Die Industrie, die sich durch Aufrüstung in Deutschland große Vorteile versprach, vergaß ihre österreichische Zugehörigkeit zur Gänze."

Der Kampf der Behörden gegen diese Übermacht sei nur "defensiv und wirkungslos", da die Fabrikanten eine Atmosphäre geschaffen hätten, "in der ... die Bevölkerung nicht einmal mehr zu atmen wagte" (2).

Die "recht engen Beziehungen" zum Deutschen Reich hatten neben politischen vor allem wirtschaftliche Gründe. Während nämlich die gesamtösterreichische Textilindustrie die Folgen der seit 1929 herrschenden Weltwirtschaftskrise voll zu spüren bekam, wuchsen die Vorarlberger Betriebe im Bereich Baumwollspinnerei und -weberei beträchtlich. Alle maßgeblichen Vorarlberger Firmen, allen voran die beiden Branchenfürher F. M. Hämmerle und Getzner, Mutter & Cie., konnten die Zahl ihrer Webstühle zwischen 1929 und 1936 merklich erhöhen. Die Garnerzeugung in den Vorarlberger Baumwollspinnereien ließ sich zwischen 1930 und 1936 nahezu verdoppeln - während im gleichen Zeitraum bis zu 3.300 Textilarbeiterinnen und -arbeiter arbeitslos waren. Das heißt: Es gab große Rationalisierungsinvestitionen bei gleichzeitiger hoher Arbeitslosigkeit (3).

Im Zusammenhang mit diesen Rationalisierungen standen Auslandsverlagerungen - besonders bei F. M. Hämmerle. Vor allem nach der Machtergreifung der NSDAP im Deutschen Reich im Jänner 1933 bemühte sich die Firma um eine Teilhabe an der Konjunktur, die dort durch Staatsaufträge ausgelöst worden war. Ein entscheidender Schritt hierzu war der "Kauf" einer Textilfabrik in Meersburg am Bodensee. Da es sich um jüdischen Besitz handelte, war die Fabrik im Zuge der "Arisierung" günstig zu haben, zumal es bei der Firma Hämmerle nicht an guten Kontakten zu den neuen Machthabern im Reich mangelte.

Der Schwiegersohn des Firmenchefs Victor Hämmerle, Baron Gustav Wagner-Wehrborn, war hochrangiger Funktionär der illegalen NSDAP in Vorarlberg und wurde mit der Leitung des im August 1934 erworbenen Meersburger Betriebes betraut. Dieser war seit März 1933 mehr oder weniger stillgelegt gewesen, da die jüdischen Besitzer keine Aufträge mehr erhalten hatten. Nach der Übernahme durch F. M. Hämmerle änderte sich das rasch: Ende 1934 wurde die volle einschichtige Beschäftigung, nämlich die Ingangsetzung aller 120 Webstühle, erreicht. Gleichzeitig wurde damit begonnen, insgesamt 58 Jacquard-Maschinen von Dornbirn nach Meersburg zu verlagern. Denn bei Lieferungen von Jacquardwebereien ins Deutsche Reich bestanden Zollschwierigkeiten. Diese wurden durch die direkte Verlagerung von Maschinen ins benachbarte Meers-



Prominenter Besuch bei "alten Kämpfern" - der Reichsführer der DAF, Dr. Robert Ley, im Gespräch mit "Betriebsführern" von F. M. Hämmerle im Sommer 1938.

burg bewältigt. Hierfür fanden die Firmeneigentümer sieben Jahre später recht offene Worte (4):

“Auch hier war die einzige Lösung, die damals in unseren Dornbirner Betrieben durch die in Gang befindliche Reorganisation freiwerdenden Arbeitskräfte zum Teil nach Meersburg zu verschieben.”

In Dornbirn wurden also durch die Rationalisierungsmaßnahmen Textilarbeiter entlassen; in Meersburg konnte man diese Arbeitslosen zum Ausbau der neuerworbenen Weberei gebrauchen. Im Reich war die Rüstungskonjunktur ja inzwischen voll angelaufen.

Aus diesem Grund waren nach dem “Anschluß” die Erwartungen der Fabrikanten groß. Die der NSDAP geleisteten Dienste sollten nun entlohnt werden - und sie wurden entlohnt. Staatliche Aufträge und hohe Positionen für die NS-Unternehmer waren nach dem “Anschluß” gang und gäbe und sicherten den Betrieben hohe Gewinne. “Gerade am Beispiel Vorarlbergs läßt sich deutlich ablesen, wie eine in der Krise steckende Industrie (hier die Textilindustrie) mit Hilfe der Rüstungsproduktion unter Ausbeutung einheimischer Arbeiter, Fremdarbeiter sowie Kriegsgefangener wieder <funktionstüchtig> gemacht wurde und damit dazu beitrug, die materielle Basis des Zweiten Weltkrieges aufrechtzuerhalten” (5).

Vorarlberger Unternehmer wurden von der NSDAP auch mit hohen Posten bedacht. So forderte die Wehrwirtschaftsinspektion Salzburg vom Rüstungskommando Innsbruck unmittelbar nach Kriegsbeginn eine Liste von prominenten und politisch zuverlässigen “Wirtschaftsführern” an, die im Krieg in entsprechende Positionen aufrücken könnten. Von den fünf für den Gau Tirol-Vorarlberg ausgewählten Persönlichkeiten stammten allein drei aus Vorarlberg, allesamt Vertreter der Textilindustrie: Gustav Wagner-Wehrborn von der Firma F. M. Hämmerle, Hermann Rhomberg von F. M. Rhomberg und Hans Ganahl von der Firma Carl Ganahl (6).

Nach dem "Anschluß":

Hamsterkäufe, Devisenschmuggel, Großinvestitionen

Mit Gulaschkanonen fuhren Lastwagen der Deutschen Wehrmacht im März 1938 nach Österreich, um die angeblich hungernde Bevölkerung der "Ostmark" von den Segnungen des Dritten Reichs zu überzeugen. Daß das nur ein propagandistischer Akt war, wurde bald klar, zumal die erwähnten Lastwagen oft vollbeladen mit Lebensmitteln wieder ins Altreich zurückfuhren. Zudem gab es in Deutschland, wo die Wirtschaft ja schon seit langem auf die Bedürfnisse des zu erwartenden Krieges umgestellt war, eine Reihe von Waren nicht mehr. Die im Grenzgebiet zu Österreich Wohnenden nutzten daher die Möglichkeiten, die sich ihnen im März 1938 boten, und kauften in den benachbarten Geschäften der "Ostmark" solche Mangelartikel en masse (7). Dies machte auf die Vorarlberger Bevölkerung nicht den besten Eindruck. So mußte beispielsweise schon bald ein "Ausfuhrverbot" für weißes Mehl erlassen werden, nachdem Lindauer die Bregenzer Geschäfte leergekauft hatten und die Versorgung nicht mehr sichergestellt war. Die jetzt in Vorarlberg Verantwortlichen überlegten sogar ein generelles "Nahrungsmittelausfuhr-Verbot", wie einem Akt vom 7. April 1938 zu entnehmen ist (8).

Die verfehlte Wirtschaftspolitik der austrofaschistischen Bundes- und Landesregierungen bis zum "Anschluß" hatte eine paradoxe Situation geschaffen: Sowohl die Kassen des Gesamtstaates als auch die des Landes waren prall gefüllt, Arbeitsbeschaffungsprogramme hätten ohne finanzielles Risiko und ohne eine Überbelastung der Budgets in den Dreißigerjahren ohne weiteres finanziert werden können (9). Trotz dieses Reichtums in den öffentlichen Kassen herrschten aber Massenarbeitslosigkeit und Massenarmut. Mit dem von den Austrofaschisten gesparten Geld gingen nun die Nationalsozialisten zu Werk.

So berichtet der am 13. März 1938 als Finanzreferent in die



Der Ausbau der Vorarlberger Elektrizitätswerke wurde von den Nationalsozialisten schon von Deutschland aus geplant und nach dem Einmarsch mit allen verfügbaren Mitteln vorangetrieben. Die Illwerke im Montafon waren dabei besonders wichtig.

Vorarlberger Landesregierung berufene Dr. Harald Eberl nach 1945 freimütig:

“Ich sah meine Aufgabe erstens darin, das beachtliche Landesvermögen im Betrag von etwa 14 Millionen Reichsmark zur Verwendung im Lande zu erhalten und zu diesem Zweck alle Unternehmungen, auf welche das Land Einfluß hatte, raschestens auszubauen” (10).

Bereits zwei Tage nach der Machtübernahme durch die NSDAP wurde mit dem Ausbau der Vorarlberger Illwerke begonnen. Sogar die Pläne hierfür waren schon in der austrofaschistischen Zeit fix und fertig gewesen - in den Schubladen. Jetzt ging es an die Realisierung: Die Leistung des Vermunt-



Hohe reichsdeutsche NS-Funktionäre inspizieren die Illwerke-Großbaustellen im Montafon. Unmittelbar nach dem "Anschluß" wurden durch diese Bauten etwa 60 Millionen Reichsmark in die Vorarlberger Wirtschaft gepumpt.

werkes wurde erhöht, die Errichtung des Rodundwerkes und des Obervermuntwerkes samt Silvrettaspeicher sofort begonnen, der 18 Kilometer lange Wasserleitungsstollen von Partenen nach Latschau vergeben.

Durch diese Aufträge von seiten der Illwerke wurden allein im ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft in Vorarlberg 60 Millionen Reichsmark in die Wirtschaft gepumpt (11). Im April 1938 war ein Ausbauprogramm für die Illwerke auf die nächsten vier Jahre beschlossen worden, dessen Gesamtkostenaufwand mit 84 Millionen Reichsmark beziffert wurde, etwa doppelt soviel, wie vorher insgesamt für das Vermuntwerk ausgegeben worden war. Das bedeutete eine Verdreifachung



Dezember 1939: Polnische Kriegsgefangene bei ihrer Ankunft in Partenen. Ab dem Winter 1939/40 war der Bedarf an Arbeitskräften für die Großbaustellen in Vorarlberg nur noch mit Kriegsgefangenen und Zwangsrekrutierten zu decken.

der bisherigen Leistung von 150.000 Kilowattstunden pro Jahr. Ende Juni 1938 waren bereits die meisten Bauvorhaben im Bau oder konzessioniert. Zumindest war ein wasserrechtliches Verfahren im Gang, das aber damals überhaupt kein Hindernis darstellte: Am Werk Rodund wurde beispielsweise schon gebaut, bevor das wasserrechtliche Verfahren abgeschlossen war. Nur bei einigen kleineren Bauvorhaben waren zum damaligen Zeitpunkt erst die Konzessionsgesuche eingereicht worden, etwa für das Werk Lorüns, die Zuleitung des Garnerabaches und der Bäche des Verbellengebietes sowie die Litzwerke Silbertal und Gantschier (12).

Der bevorzugte Ausbau der Elektrizitätswerke im Land war -

von den österreichischen "Vorarbeiten" abgesehen - von Deutschland seit langem geplant. Der Zeitpunkt des "Anschlusses" war auch alles andere als ein Zufall. Denn bereits am 31. Jänner 1938 hatte das "Reichs- und Preußische Wirtschaftsministerium" in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister geklagt, daß es nicht möglich sei, "die wichtigsten Rohstoffbetriebe mit den den örtlichen Energieversorgungsunternehmen zur Verfügung stehenden Leistungen zu versorgen" (13). Daß der "Griff nach Österreich" wesentlich durch diese Probleme bedingt war, ist inzwischen hinlänglich bewiesen (14).

Und speziell Vorarlberg hatte in den langfristigen Planungen der reichsdeutschen Wirtschaftsstellen einen besonderen Stellenwert. In einem Tätigkeitsbericht des "Gauamtes für Kommunalpolitik" für den September 1941 ist sogar von einer "einmalige(n) Stellung" auf "energiewirtschaftlichem Gebiet ... im ganzen Reich" die Rede:

"(Der Reichsgau Tirol und Vorarlberg) wird, wenn einmal die bisher projektierten Anlagen gebaut sein werden, etwa 1/10tel der gesamten elektrischen Energie des Reiches mit etwa 7 Milliarden Kwh erzeugen" (15).

Auch die Vorarlberger Kraftwerke investierten beträchtliche Summen in den Ausbau des Verteilungsnetzes - insbesondere im Arlberg-Gebiet. Zudem gelang es Finanzreferent Eberl, für ein Sofortprogramm im Bereich des Straßenbaus bedeutende Mittel von den zuständigen Stellen im Reich zu erhalten. Insbesondere die Erschließung der Fremdenverkehrsorte Lech und Zürs, der Ausbau der Hochtannbergstraße und vor allem der Hauptverkehrsverbindung nach Tirol vom Bodensee bis zum Arlberg verbesserten die Infrastruktur gewaltig und ermöglichten den nachfolgenden Ausbau der Fremdenverkehrsorte (16).

Dabei bereitete die Finanzierung dieser Vorhaben anfangs immer wieder Schwierigkeiten, da ja die Budgetansätze aus dem Jahr 1937 nicht ausreichten. Neben der Packerhöhenstraße in der Steiermark war es vor allem die Arlbergstraße, die erhebliche Finanzierungsprobleme aufwarf. Mit ihrem Ausbau

auf Tiroler Seite von Stams bis St. Christoph war bereits 1935 begonnen worden. Während die Packerhöhenstraße nur noch einen Finanzierungsbedarf von nicht einmal mehr einer halben Million Reichsmark hatte, waren es bei der Arlbergstraße noch fast zwei Millionen - jeweils ohne Zinsendienst. Gemeinsam waren schließlich der "Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen", Fritz Todt, und das Reichsministerium für Finanzen in Berlin bestrebt, die benötigten Geldmittel aufzubringen, da dies - wie aus einem Schreiben des Generalinspektors Todt vom 13. Dezember 1938 hervorgeht - "im Interesse einer klaren Abwicklung und Übergabe der Geschäfte bei der bevorstehenden Auflösung des Landes Österreich wünschenswert und zweckmäßig" (17) sei. Der weitere Ausbau konnte schließlich verwirklicht werden.

Andere Projekte hingegen kamen über das Planungsstadium nicht hinaus. So der Plan einer großen Reichsstraße von Oberstdorf über das Kleine Walsertal Richtung Arlberg, der Bau einer Rheintalautobahn und ein Projekt zur Ausweitung der Rheinschiffahrt mit einem Endhafen in Bregenz (18).

Neben den Illwerke-Bauten und dem Ausbau des Straßennetzes gab es noch ein weiteres großes Bauvorhaben, das der Wirtschaft des Landes mächtige Impulse gab. Der zwischen Deutschland und Italien am 23. Juni 1939 abgeschlossene Vertrag über die Umsiedlung der Südtiroler in das Deutsche Reich führte dazu, daß auch in Vorarlberg mit der Errichtung der sogenannten "Südtiroler-Volkswohnungsbauten" begonnen wurde. Unter der Leitung von Dipl.-Ing. Alois Tschabrun (19), der am 27. Februar 1939 die "Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H." gegründet hatte, begann eine intensive Bautätigkeit. Bereits Ende 1940 standen große Teile der Siedlungen in Bregenz (Schendingen und Rheinstraße), Dornbirn (Sala, Egeten, Rüttenersch, Kehlerstraße), Feldkirch (Siechengrund, Liechtensteinerstraße), Rankweil, Hohenems, Lustenau, Lauterach, Hard und Lochau (20): Von den insgesamt geplanten 2005 Wohnungen waren 385 völlig fertiggestellt, bei 1031 war der Innenausbau abgeschlos-

sen, und weitere 579 Wohnungen waren bereits im Rohbau fertig. Die durchschnittliche Wohnungsgröße betrug - damals beträchtliche - 60,56 m²; insgesamt wurden 242 Zweizimmerwohnungen, 1068 Dreizimmerwohnungen, 602 Vierzimmerwohnungen und 93 Fünzimmerwohnungen gebaut (21). In seinen Memoiren legt Alois Tschabrun - leider ohne Quellenverweis - eine noch imposantere Erfolgsbilanz vor (22).

Der Start der Nazis in Österreich im allgemeinen und in Vorarlberg im besonderen war in wirtschaftlicher Hinsicht also fulminant. Die Erwartungen der Bevölkerung waren entsprechend groß. Viele dieser Erwartungen aber sollten sich als nicht erfüllbar erweisen.

Wie es ja auch etliche gab, die dem plötzlichen Wirtschaftswachstum nicht so ganz trauten und lieber auf alte Traditionen der "Selbsthilfe" zurückgriffen - etwa den Schmuggel. Speziell der Devisenschmuggel scheint nach dem "Anschluß" sehr gewinnbringend gewesen zu sein, denn die deutschen Silbermünzen waren augenscheinlich wesentlich mehr wert, als aufgeprägt war. Aus Lustenau sind einige Fälle offensichtlich systematischen Devisenschmuggels aktenkundig geworden.

So gab beispielsweise der Kaufmann J. H. am 20. August 1938 seiner fünfzehnjährigen Tochter den Auftrag, am Nachmittag mit Silbergeld in die Schweiz zu fahren und es dort gegen Papiergeld - mit entsprechendem Gewinn - umzutauschen. An der Grenze wurde das Mädchen genau untersucht, und der Zollbeamte entdeckte in der Fahrradlampe die Münzen. Nach anfänglichem Leugnen verwickelte sich das Mädchen in Widersprüche, und nach der Vernehmung des Vaters war den Behörden schließlich klar, daß sie es mit gewerbsmäßigen Devisenschmugglern zu tun hatten, zumal die Frau von J. H. bereits entsprechende Vorstrafen aufzuweisen hatte (23).

Völlig sicher waren sich die Behörden diesbezüglich beim Lustenauer Ehepaar W. H. und H. H., die unabhängig voneinander am selben Tag, dem 5. September 1939, verhaftet wurden. Der mehrmals vorbestrafte 23jährige W. H. hatte sich verdächtig gemacht, als er in mehreren Lustenauer Geschäften



Das Grenzhaus Lustenau-Unterföhring in den ersten Tagen nach dem "Anschluß" - ein Betätigungsfeld für NS-Freiwillige bei der "Wacht am Rhein".

Papier- in Silbergeld umtauschte, worauf er verhaftet wurde. Gleichzeitig verständigten die Gendarmen die Zollämter, u. a. auch das Zollamt Oberfahr, wo wenig später die bereits 23mal vorbestrafte Gattin H. H. erschien, die auch wirklich eine größere Geldsumme bei sich hatte. Den beiden in sehr ärmlichen Verhältnissen lebenden Eheleuten konnte schließlich nachgewiesen werden, daß sie sich schon seit Wochen hauptsächlich mit Devisenschmuggel beschäftigten. Das war offensichtlich ein einträgliches Geschäft, denn bei der Hausdurchsuchung wurden neben einem größeren Geldbetrag auch ein teurer Wintermantel, andere neue Kleidungsstücke und neues Geschirr gefunden: dies alles erst eine Woche zuvor gekauft. Die beiden waren schließlich geständig und gaben an, für jeweils 44,— Reichsmark in Silber 50,— Reichsmark in Papier erhalten zu haben (24).

Schmuggel hatte es an der Grenze natürlich zu jeder Zeit gegeben. Die NS-Zeit unterschied sich zur vorangegangenen Zeit nur insofern, als durch die verschärfte Bewachung der Grenze und intensivere Kontrollen das Schmuggeln gefährlicher wurde.

Doch wenden wir uns von diesen Aspekten der Schattenwirtschaft wieder einem regulären Bereich zu: der für das Land so wichtigen Textilwirtschaft.

Schwierigkeiten in der Textilwirtschaft

Zu Beginn der NS-Herrschaft in Österreich gab es in der Textilwirtschaft Kurzarbeit. Sie konnte dank der Belebung der Wirtschaft schon bald nach der Machtübernahme praktisch völlig beseitigt werden. Aber die Textilindustrie bekam in den reichsdeutschen Vierjahresplänen keineswegs den Stellenwert, den die hiesigen Unternehmer gerne gehabt hätten. Ja, Dr. Eberl - er war nicht nur Finanzreferent der Landesregierung, sondern

auch Aufsichtsratsvorsitzender der Illwerke und kommissarischer Leiter der Industrie- und Handelskammer - mußte im Herbst 1938 entsetzt feststellen, daß für die Vorarlberger Textilindustrie überhaupt keine Kriegsaufträge vorgesehen waren. Der größte Teil der Arbeiterschaft hätte demnach - so Eberl in seinem Bericht - nach Berlin transferiert und dort in der Rüstungsproduktion eingesetzt werden sollen. Eberl fuhr mit den wichtigsten Industriellen des Landes nach Berlin ins Reichswirtschaftsministerium und erreichte eine Änderung der Pläne: Die hiesige Textilindustrie wurde mit Aufträgen für die Wehrmacht bedacht (25).

Aus dem Lagebericht der Wirtschaftsinspektion Innsbruck vom 10. Jänner 1940 geht dies hervor:

„In den Textilbetrieben Vorarlbergs und Tirols gehen vermehrt Wehrmachtsaufträge ein. ... Die dort recht stark vertretene Textilindustrie ist zu rund 50 % jetzt für die Wehrmacht tätig.“

Gleichzeitig wird in diesem Bericht darauf hingewiesen, daß die wirtschaftliche Situation der Betriebe aufgrund der mangelnden Versorgung mit Rohstoffen - besonders Baumwolle - dennoch sehr angespannt sei und die Schließung einiger Betriebe durchaus notwendig werden könnte. Die Umstellung der entsprechenden Firmen auf Wehrmachtsgeräteherstellung sei schwierig, da kaum entsprechende Maschinen zur Verfügung ständen (26).

Das Problem der Rohstoffknappheit war für die Textilindustrie nur schwer lösbar. Die von der Wehrmacht gewährten Aufträge sicherten zwar vorerst die Weiterführung der Betriebe, gegen die vorhandene Rohstoffknappheit allerdings waren auch die Berliner Stellen machtlos.

Für die ehemaligen Förderer der NSDAP aber schaute die Situation doch freundlicher aus. Während anderen kaum noch Baumwolle zugeteilt wurde und sie günstigstenfalls genügend Zellwolle erhielten, wurden die Dornbirner Großunternehmen bevorzugt beliefert. Die Ortsgruppenleitung der NSDAP in Lauterach beschwerte sich im Sommer 1939 in einem Brief an die

Zellwolle und Kunstseide im Kriege.

Schon vor dem Kriege erlebte die Industrie der synthetischen Spinnstoffe einen großen Aufschwung, der von Deutschland, Italien und Japan ausgehend, bald die ganze Welt erfaßte. Im Jahre 1939 betrug, nach dem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung, die Welterzeugung an Kunstseide und Zellwolle rund eine Million Tonnen, was bis jetzt das Maximum der synthetischen Spinnstoffproduktion bedeutet. Durch den Krieg werden überall in der ganzen Welt die größten Anstrengungen gemacht, die abgechnittene Zufuhr durch eine erhebliche Produktionserhöhung und den Ausbau der Kapazitäten wettzumachen.

An der Spitze der Zellwollproduktion nimmt Deutschland in der Welt den ersten Platz ein, während die Vereinigten Staaten die größte Kunstseidenerzeugung behalten haben. Dagegen ist bis jetzt die Zellwollproduktion in Amerika noch gering, doch ist durch den Krieg auch hier ein großer Aufschwung zu verzeichnen. Auch die Kunstseidenerzeugung soll weiter erhöht werden. Die Zellwollproduktion stieg seit 1939 bis Juli 1940 von 24.000 Tonnen auf 600.000 Tonnen, diese Zahlen beweisen, wie sehr die USA. bemüht ist, den Einfuhrausfall zu decken. In Japan, das in der Zellwoll- und Kunstseidenproduktion an zweiter Stelle stand, wurde in den letzten Jahren die Kunstseidenerzeugung erheblich beschränkt, um die Naturseidenindustrie nicht zu stark zu beeinträchtigen, der verfügbare Zellstoff wurde für die Zellwollindustrie verwendet. Durch die starke Nachfrage nach japanischer Kunstseide nach Ausbruch des Krieges wurde die Kunstseidenproduktion auf Kosten der Zellwolle wieder erhöht. Doch muß man damit rechnen, daß die japanische synthetische Spinnstoff-Produktion in nächster Zeit mehr zurückgehen wird.

Italien steht in der Zellwollproduktion an dritter Stelle, wobei interessant ist, daß es bereits jetzt in der Zellstoffherzeugung beinahe autark ist. Seine Zellwoll- und Kunstseidenproduktion betrug 1938 etwa 125.000 Tonnen und stieg 1939 auf rund 145.000 Tonnen.

Aus der Not wird in der Propaganda eine Tugend - Baumwollmangel führte zum verstärkten Einsatz der schwer zu verarbeitenden Zellwolle.

Kreisleitung in Bregenz, daß die Unzufriedenheit der Bevölkerung über die wirtschaftliche Lage deshalb so groß sei, weil die ansässigen Kleinbetriebe bei der Zuteilung von Rohstoffen offensichtlich benachteiligt würden. Man müsse feststellen - so heißt es in diesem Bericht -, "daß die Klöppeleien viel zu wenig Baumwolle und fast gar keine oder gar keine Zellwolle bekommen, während die großen Textilbetriebe in Dornbirn gut versorgt sein sollen und sogar Lohnarbeit ausgeben wollen" (27).

Von einer anhaltend schlechten Versorgungslage im Bereich der Vorarlberger Textilindustrie berichtet der Sicherheitsdienst der Gestapo auch in den folgenden Monaten und Jahren, so etwa am 20. Juni 1940 (28):

"Nach Meldungen der Vorarlberger Textilindustrie lassen die im Verhältnis zu den Aufträgen stets knappen Anlieferungen an Zellwolle kaum mehr eine Bevorratung zu. Eine gewisse Bevorratung sei aber zur unbehinderten laufenden Fertigung notwendig, da andernfalls geringste Stockungen in der Zufuhr durch Transportschwierigkeiten sofort Betriebsstockungen zwangsläufig auslösen. Die ehemals vorhandenen geringen Vorräte wären bereits nach Änderung des Mischungsverhältnisses mit Baumwolle zugunsten von Zellwolle bedeutungslos geworden. Aus diesem Grunde mußten infolge plötzlich aufgetretenen Warenmangels erst vor kurzer Zeit Abteilungen der Baumwollspinnerei Ganahl & Co. in Feldkirch ... ihre Produktion zeitweise einstellen."

Nicht nur die mengenmäßige Belieferung durch die Zellwolle AG in Lenzing wurde kritisiert, sondern auch die gelieferte Qualität, die zu großen Schwierigkeiten bei der Verarbeitung führte (29). Viele Betriebe stellten aufgrund der Schwierigkeiten um und begannen Nähabteilungen einzurichten, um fertigkonfektionierte Waren auf dem Markt absetzen zu können (30). Nicht wenige auch versuchten sich in der Rüstungsfertigung als "Unterlieferer" für ein reichsdeutsches Unternehmen.

Ende 1939 war beispielsweise die Textilfirma F. M. Hämmerle - neben anderen Vorarlberger Firmen aus dem Bereich

des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung - in ein Munitionsfertigungsprogramm eingebunden worden und sollte Handgranaten herstellen (31). Andere Firmen profitierten noch offenkundiger von der politischen Tätigkeit der Eigentümer. So war Hermann Rhomberg, "Betriebsführer" von F. M. Rhomberg, zum "Luftwaffenbeauftragten" des Reichsluftfahrtministeriums und zugleich zum Bezirksbeauftragten der Rüstungskommission im Wehrkreis XVIII bestellt worden. In mehreren Schreiben an das Bekleidungsamt der Luftwaffe und an andere Stellen bemühte sich daraufhin die "Abteilung Luft" der Rüstungsinspektion Salzburg um Aufträge speziell für diese Firma. Das Kriegstagebuch vermerkt etwa am 18. Dezember 1939, daß um "Berücksichtigung der Fa. F. M. Rhomberg in Dornbirn bei der Vergebung von Fallschirmseide gebeten" werde (32).

Das Geschäft mit der Rüstung

"Rüstungsauftrag" - das war spätestens mit Kriegsbeginn 1939 das Zauberwort für jene Unternehmer, die aufgrund von Rohstoffknappheit oder wegen der Marktlage ihre Zivilproduktion nicht mehr herstellen bzw. absetzen konnten.

Die Sache ließ sich für die Vorarlberger Unternehmer vorerst gar nicht schlecht an, wenn man die für eine Rüstungsproduktion ungünstige Struktur der hiesigen Industrie bedenkt.

Überhaupt war die Industrie der "Ostmark" die letzte in den Grenzen des Reichs gewesen, die in die Rüstungsindustrie eingebaut wurde: "Die reichsdeutsche Auffassung von der Ostmark als Rohstoff- und Arbeitskräftereservoir änderte sich also auch nach Kriegsbeginn nicht" (33).

In Vorarlberg jedenfalls erhielten die Firmen Wilhelm Welz, Maschinenfabrik in Bregenz, F. M. Hämmerle in Dornbirn, die Alpenländische Metallwarenfabrik Ges.m.b.H. in Nenzing, die Elektra Ges.m.b.H. in Bregenz und eine Arbeitsgemeinschaft

Dornbirner Gewerbetreibender respektable Aufträge vor allem zur Fertigung von Granaten; die Firma Karl Doppelmayer in Hard stand unmittelbar vor einem Rüstungsauftrag (34).

Auch für die Luftwaffe begann die Teilfertigung. In den Gebäuden der ehemaligen Schuhfabrik Krafft in Bregenz sollten die Dornierwerke einen Zweigbetrieb erhalten. Die Situation war für diese Firma insofern günstig, als die Firma Krafft einem nach Australien "ausgewanderten" Juden gehörte und die Konditionen somit nicht mit dem Eigentümer, sondern mit der für "Arisierungen" zuständigen Vermögensverkehrsstelle in Innsbruck auszuhandeln waren - selten zum Nachteil des Käufers. Der Bregenzer Bürgermeister Carl Solhardt hatte zudem auch die Gebäude der stillgelegten Firma "Alma" angeboten, die in der Klostersgasse 16 und in der St. Annastraße 11 untergebracht war.

In Lustenau waren in der Firma C. A. Steinheil Söhne etwa 100 Arbeiter ebenfalls mit Rüstungsproduktion beschäftigt, Pläne für eine Ausweitung lagen bereits vor und wurden auch genehmigt (35). Die Firma stellte Bombenabwurfvorrichtungen her (36). Dabei partizipierten auch Klein- und Kleinstfirmen an der Rüstungskonjunktur. Insgesamt zwölf Mechaniker und Maschinenbaubetriebe aus Dornbirn und Lustenau schlossen sich beispielsweise schon wenige Wochen nach Kriegsbeginn zu einer "Arbeitsgemeinschaft" zusammen, die von der Wehrmacht durch Kredite unterstützt wurde. Diese Liefergemeinschaft war dann in der Lage, auch größere Wehrmachtsaufträge zu übernehmen, und produzierte in der Folge vor allem Granaten (37).

Auch für die Textil- und Bekleidungsindustrie des Landes gab es wichtige Aufträge. Die Firma Leopold Bischofs Söhne in Bezau fabrizierte Socken für die Wehrmacht, David Fussenegger in Dornbirn graublauen Köper (ein Gewebe), Carl Ganahl in Feldkirch gebleichten Mull, Bettlaken, Kopfpolsterüberzüge und ebenfalls beträchtliche Mengen - feldgrauen - Köper, die Gebrüder Sannwald in Bregenz stellten Lager-, Mannschafts- und Einheitsdecken her, Getzner, Mutter & Cie. in Bludenz



Die Umstellung der Vorarlberger Industrie auf Kriegsproduktion war von einer wachsenden Militarisierung des Arbeitslebens begleitet. So wurde in den Produktionsräumen der Spinnerei Gütle von F. M. Hämmerle unmittelbar nach Kriegsbeginn im Herbst 1939 ein Schießstand für die Belegschaft eingerichtet.

gebleichten Mull, Ripsmoleskin und feldgrauen Köper, F. M. Hämmerle in Dornbirn Bettlaken, Ballonstoff, Deckenbezüge und feldgrauen Köper - neben der bereits erwähnten Bearbeitung von Feldhandgranaten-, Herrburger & Rhomberg in Dornbirn Deckenbezüge, Zeltbahnstoff und Rucksackaußenstoff, Johann Heuss in Götzis Trikothemden und Unterhosen, Josef Hubers Erben in Götzis ebenfalls Trikothemden, die Firma Jenny & Schindler in Bregenz feldgrauen Köper, Christian Lorüners Erben in Bludenz feldgraues Einheitstuch, Philipp Mäser in Dornbirn Schlupfjacken, M. B. Neumanns Söhne in Hohenems

(damals bereits im Besitz von Karl Josef Otten, dem Reichsbeauftragten für die Textilindustrie und somit höchsten Funktionär im gesamten Reich) rohgrauen Drillich, Bettdeckenbezüge und Bettlaken, F. M. Rhomberg in Dornbirn feldgrauen Köper, ebenso die Textilwerke Schindler & Cie. in Kennelbach, die zusätzlich auch erhebliche Mengen gebleichten Mull herstellten, die Vorarlberger Trikotfabrik R. Kommerell & Co. in Hohenems Trikothemden und Unterhosen, ebenso die Hohenemser Fabrik Gottfried Mathis, die Wollgarnspinnerei Schöllner in Bregenz schließlich fertigte Anstrickwolle (38).

Rüstungsaufträge erhielten auch andere Firmen, etwa die Baufirma Seraphin Pümpel & Söhne in Feldkirch (Baracken) oder die Rohstoffgenossenschaft der Schuhmacher, Sattler usw. in Rankweil (Blankleder) (39).

Genauer über die weitere Entwicklung der Aufträge für die Vorarlberger Wirtschaft zu sagen, wäre beim momentanen Forschungsstand noch verfrüht. Soviel aber kann festgehalten werden: Die Vielzahl von Klein- und Mittelbetrieben, die auf das ganze Land verteilt waren und deshalb keine leichten Ziele für die Luftwaffe der Alliierten boten, begünstigte insbesondere mit Fortdauer des Krieges die Verlagerung von reichsdeutschen Rüstungsbetrieben oder von Teilbetrieben nach Vorarlberg. Norbert Schausberger führt für das Jahr 1943 insgesamt 34 reichsdeutsche Betriebe an, die aufgrund der Luftkriegsgefährdung nach Österreich verlagert werden mußten, allein 13 davon nach Vorarlberg (40). Von den 16 weiteren im Jahr 1944 nach Österreich verlagerten Rüstungsbetrieben kamen allein elf nach Vorarlberg (41). Die Bedeutung Vorarlbergs hatte also stark zugenommen, die Rüstungsproduktion lief auf Hochtouren.

Den Vorarlberger Großunternehmen waren diese Verlagerungen aus mehreren Gründen nicht recht. Sie nutzten ihren

Gegen Kriegsende werden die letzten Arbeitsreserven mobilisiert: ein "Volkssturm" für die Produktion.

Auszug aus dem

Aufruf zum freiwilligen Ehrendienst in der deutschen Kriegswirtschaft

Das deutsche Volk kämpft auf der Grundlage der nationalsozialistischen Lebens-, Not- und Schicksalsgemeinschaft den gewaltigsten Kampf der Völkergeschichte dieser Erde um sein Dasein, um Ehre, Freiheit und Brot gegen die beabsichtigte totale Vernichtung. Millionen deutscher Soldaten ringen an allen Fronten um den Endsieg. Millionen deutscher Arbeiter, Männer und Frauen, Millionen deutscher Bauern verbürgen durch ihren Fleiß die Produktion der lebensnotwendigen Güter und kriegsentscheidenden Waffen.

Deutsche Volksgenossen und Volksgenossinnen, helft darum auch alle noch mehr als bisher mit, Deutschlands Leistung auf allen Gebieten des Lebens, die für die Kriegsführung wichtig sind, zu steigern! Dadurch helft ihr mit, den Tag des Endsieges näherzurücken!

Alle deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen, die auf Grund der Für- und Vorsorge des Führers keiner gesetzlichen Arbeitspflicht unterliegen, die sich aber selbst noch fähig und gesund fühlen, ihrem Volk in dieser gewaltigen und großen Zeit einen Dienst zu leisten, **werden hiermit aufgerufen, sich in diesem Jahre größter Entscheidungen in einem freiwilligen Ehrendienst zur Verfügung zu stellen.** Dem guten Willen und der Bereitschaft sind keine Alters- und sonstigen Grenzen gesetzt.

Auf persönliche Wünsche wird bei diesem freiwilligen Einsatz soweit wie möglich Rücksicht genommen. Das gilt insbesondere auch dann, wenn nur halbtags- und stundenweiser Einsatz in Frage kommt, sowie für den Einsatz in Heimarbeit und am Wohnort.

Auch die Haushaltungen werden aufgerufen, alle nicht ganz unentbehrlichen hauswirtschaftlichen Kräfte ganz oder teilweise zur Verfügung zu stellen.

Es ist selbstverständlich, daß für eine freiwillige Verpflichtung nur die Kriegszeit in Frage kommt. Auf die Ausstellung eines Arbeitsbuches wird in diesem Falle verzichtet.

Männer und Frauen, meldet euch daher sofort bei dem für euren Wohnort zuständigen Arbeitsamt! Die Dienststellen der NS-Frauenschaft werden den Frauen dabei beratend und helfend zur Seite stehen.

Der Generalbevollmächtigte
für den Arbeitseinsatz:

Fritz Sauckel

beträchtlichen politischen Einfluß, um die Verlagerungen ins "Ländle" nicht allzu stark ausufern zu lassen. Der Luftwaffenbeauftragte des Reichsluftfahrtministeriums, Hermann Rhombert, behauptete in seinem Monatsbericht vom Juli 1943, daß der Wehrkreis XVIII, zu dem auch Vorarlberg zählte, bereits voll ausgelastet sei und weitere Verlagerungen nicht mehr möglich seien (42). Schon im Monat zuvor hatte er darauf hingewiesen, daß sich Betriebe aus dem Altreich auf dem Umweg über die Verlagerungen auf Kosten der hier ansässigen Industrie ausweiten wollten (43).

Arno Gisinger weist in diesem Zusammenhang auf einen interessanten Aspekt hin. Unter Bezug auf Schweizer Quellen aus dem Jahre 1943 meint er, daß die deutschen Industriellen auch deshalb den Verlagerungen in die "Ostmark" bereitwillig zugestimmt hätten, weil ihnen bewußt gewesen sei, daß nach dem offensichtlich verlorenen Krieg ein Neuaufbau der jeweiligen Unternehmen vom dann sicher wieder unabhängigen Österreich aus leichter würde als von Deutschland aus. Aus demselben Grund waren die hiesigen Unternehmer gegen die von den Zentralstellen hierher beordnete Konkurrenz (44).

Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang ist der Arbeitsmarkt. Mit Fortdauer des Krieges wurde hier die Situation für die Unternehmen immer prekärer; nur noch unersetzbare männliche Arbeitskräfte wurden nicht in die Wehrmacht eingezogen. Immer mehr Frauen, Fremdarbeiter und Kriegsgefangene mußten die freigewordenen Stellen ausfüllen, was in mehrfacher Hinsicht zu Problemen führte (Qualifikationsniveau, Fluchtgefahr und Sprachprobleme bei ausländischen Arbeitskräften). Die in dieser Situation nach Vorarlberg verlagerten Betriebe wurden somit auch unter diesem Gesichtspunkt von hiesigen Unternehmen abgelehnt.

Den jeweiligen Bedürfnissen der Wehrmacht angepaßt, änderte sich die Art der Produktion ständig. 1943 kam es beispielsweise zu immer weitergehenden Einschränkungen in der Munitionsfertigung. Viele Vorarlberger Betriebe wurden statt dessen als "Unterlieferer" für das groß angelaufene Panzer-



Auftakt zum "totalen Krieg" - eine Wehrmacht kapelle bei F. M. Hämmerle nach der deutschen Niederlage von Stalingrad 1943. An der "inneren Front" wurden "Gefolgschaftsangehörige" zu "Soldaten der Arbeit".

beschaffungsprogramm herangezogen. Sie arbeiteten dabei meist für die Friedrichshafener Zahnradfabrik (Getriebe) und die ebenfalls in Friedrichshafen ansässige Firma Maybach (Triebwerke), die den Panzerkampfwagen V "Panther" herstellten, der neu konzipiert worden war und in den die Militärs große Hoffnungen setzten. Allein sechs Vorarlberger Firmen stellten für den "Panther" Getriebeteile her, vier arbeiteten an den Triebwerken, zwei waren als Unterlieferanten für die Zepelinwerke Friedrichshafen tätig (45).

1944 hatte die Waffen- und Kriegsgerätefertigung in Vorarlberg einen Höhepunkt erreicht. Allein 35 Betriebe des Landes unterstanden direkt dem Rüstungskommando Innsbruck beziehungsweise der Rüstungsinspektion Salzburg, waren also sogenannte "Wehrwirtschaftsbetriebe". Insgesamt beschäftigten diese Betriebe in Vorarlberg knapp 5000 Arbeiter (46). Dabei sind die für die zivile Produktion der großen Textilfabriken in Dornbirn tätigen Arbeiter in dieser Zahl noch gar nicht enthalten, obwohl diese zivile Produktion zu einem großen Teil auch an die Wehrmacht ging (Stoffe, Fallschirmseide und anderes mehr).

Zusammenfassend kann festgehalten werden, daß in der NS-Zeit in Vorarlberg gewaltige Investitionen in den Bereichen Elektrizitätswirtschaft und Straßenbau durchgeführt worden sind. Sie haben nach 1945 ganz wesentlich dazu beigetragen, aus dem Land den "Goldenen Westen" Österreichs zu machen. Denn nach 1945 waren die völlig intakten Kraftwerksbauten angesichts des herrschenden Energiemangels ähnlich wichtig wie das relativ gut ausgebaute Straßennetz. Dieses war für die Wirtschaft generell von großer Bedeutung, vor allem aber ermöglichte es der Fremdenverkehrswirtschaft einen gewaltigen Aufschwung. Da Vorarlberg zudem von Bombenschäden weitgehend verschont geblieben war, startete das Land ungleich günstiger in die Zweite Republik als insbesondere die ostösterreichischen Regionen. Im Verlauf des Krieges gelang es den großen Textilfirmen des Landes überraschend gut, ihren politischen Einfluß zu nutzen und die zivile Produktion größtenteils

aufrechtzuerhalten. Wo dies nicht möglich war, versuchte man sich in der Munitionsfertigung oder als Zulieferer großer Rüstungsfirmen - zum Teil mit beträchtlichem Erfolg. Die von den Reichsstellen geförderte Verlagerung von konkurrierenden Firmen aus dem nichttextilen Bereich nach Vorarlberg konnte zwar nicht gänzlich verhindert werden, wurde aber zumindest stark behindert. Eine solche Ansiedlung von Firmen hätte auf Dauer das Lohnniveau deutlich gehoben und wäre somit für die ansässigen Großfirmen zum Problem geworden. Das Land blieb aber wirtschaftlich von der Textilindustrie abhängig.

Harald Walser

Anmerkungen

- 1) Vgl. Vorarlberger Volksblatt, 14. 6.1933
- 2) AVA, BKA-22/Vbg./1934, Karton 5170
- 3) Vgl. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und "Führer", S. 134f.
- 4) "Dreihammer", Heft 3, 3. Jg., März 1941, S. 17
- 5) Gisinger, Arno: Die Auswirkungen des Luftkrieges auf Vorarlberg, S. 70
- 6) MAF, RW 21-28/2; Aktenvermerk 331 vom 22.9.1939
- 7) Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 65
- 8) VLA, Präs., Zl. 304/1938
- 9) Vgl. Dreier, Werner: Zwischen Kaiser und "Führer", S. 149ff. und 251f.
- 10) Bericht Dr. Harald Eberl, VLA, Naumann-Nachlaß
- 11) Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 163f.
- 12) VLA, BH Bludenz, Zl. 814/1938; vgl. auch Naumann, Josef: Erhöhte Ausbeutung der Vorarlberger Wasserkräfte durch den Ausbau der Ill-Kraftwerke, S. 82ff.
- 13) BAK, R 2/Zl. 21481; Schreiben vom 31.1.1938
- 14) Vgl. Schausberger, Norbert: Der Griff nach Österreich
- 15) BAK, NS 25/370a
- 16) Vgl. Bericht Dr. Harald Eberl, VLA, Naumann-Nachlaß; Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 164f.
- 17) BAK, R 2/Zl. 10938e; Schreiben vom 13.12.1938
- 18) Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 164f.

- 19) Vgl. Tschabrun, Alois: Widerstand und Nazi-Orden
- 20) Vgl. Vorarlberger gemeinnützige Wohnungsbau- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. (Hg.): Geschäftsbericht 1940. 0.0., o.J., S. 8
- 21) Vgl. ebd., S. 8f.; der Geschäftsbericht 1940 wurde erst im Juli 1941 abgeschlossen.
- 22) Vgl. Tschabrun, Alois: Widerstand und Nazi-Orden, S. 61
- 23) IfZ, MFA - A 38/0299; Akt des Bezirksgerichtes Dornbirn
- 24) IfZ, MFA - A 38/0276; Akt des Bezirksgerichtes Dornbirn
- 25) Bericht Dr. Harald Eberl, VLA, Naumann-Nachlaß
- 26) MAF, RW 21-28/4; Bericht über die Lage im "Rü In XVIII Bereich" vom 10.1.1940
- 27) StaBr, Stimmungsberichte, Bericht der Ortsgruppe Lauterach vom 26.7.1939
- 28) BAK, R58/151, Meldung vom 20.6.1940
- 29) Ebd.
- 30) Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 168
- 31) MAF, RW 20-18/2; Beilage "Gegenwärtiger Stand im Munitionfertigungsprogramm"
- 32) MAF, RW 20-18/2; Kriegstagebuch 18.12.1939
- 33) Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich 1938-1945, S. 53
- 34) MAF, RW 21-28/2; Schreiben des Rüstungskommandos Innsbruck an die Rüstungsinspektion Salzburg vom 29.12.1939
- 35) Ebd., Anlage 3 zum Schreiben des Rüstungskommandos Innsbruck vom 16.12.1939
- 36) Vgl. Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 62
- 37) MAF, RW 21-28/2; Schriftverkehr des Rüstungskommandos Innsbruck
- 38) MAF, RW 21-28/2, Schreiben des Rüstungskommandos Innsbruck an die Rüstungsinspektion Salzburg vom 29.12.1939, Beilage "Liste der erteilten Aufträge"
- 39) Ebd.
- 40) Vgl. Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 199
- 41) Vgl. ebd., S. 203
- 42) MAF, RW 20-18/19; Monatsbericht vom 14.8.1943
- 43) MAF, RW 20-18/19; Monatsbericht vom 12.7.1943
- 44) Vgl. Gisinger, Arno: Die Auswirkungen des Luftkrieges auf Vorarlberg, S. 83
- 45) Vgl. Schausberger, Norbert: Rüstung in Österreich, S. 119
- 46) BAK, R 3/2019, "Reichsbetriebskartel"; eigene Berechnungen

Im Gleichschritt in die Emanzipation? Vorarlbergs Frauen im NS-Staat

In kaum einem Bereich des gesellschaftlichen Lebens hat der Nationalsozialismus derartige Veränderungen gebracht wie in bezug auf die Rolle der Frau. Viele dieser Veränderungen allerdings widersprachen den ursprünglichen Vorstellungen der NS-Ideologen, wurden aber von den kriegsbedingten wirtschaftlichen Gegebenheiten gefordert. Andere Neuerungen hingegen entsprachen durchaus der NS-Ideologie und wurden von vielen Frauen als Befreiung empfunden, etwa der Abbau diskriminierender Maßnahmen gegenüber ledigen Müttern oder die Organisierung des Frauensports auf breiter Basis. Gegenüber der vorangegangenen austrofaschistischen Ära brachte der Nationalsozialismus diesbezüglich einen eindeutigen Modernisierungsschub. Das führte oft zu heftigen Auseinandersetzungen mit der katholischen Kirche:

“Stand hier der Nationalsozialismus für Modernisierung und Entprovinzialisierung, stand die Kirche für Tradition und vor-modernes Verhaltensmuster“, meint der Salzburger Historiker Ernst Hanisch (1).

Da beschwerte sich beispielsweise der Götzner Pfarrer über das Turnen von Männern mit nacktem Oberkörper und von Mädchen in Hosen; auch das öffentliche Baden von Frauen, die - so der Pfarrer - nur “ihre Reize spielen ... lassen” wollten, war dem Geistlichen zuwider, worauf ihm von Kreisleiter Planckensteiner “krankhafte Geilheit” attestiert wurde (2).

Bei solchen Konflikten hatte die NSDAP sicher sehr viele Menschen hinter sich - nicht nur überzeugte Nationalsozialisten. Und solche Erlebnisse aus dem Alltag wirkten auf viele Menschen auch nachhaltiger - da selbst erlebt - als der Holocaust.



Frauensport - für viele Geistliche ein Ärgernis, für viele Frauen ein Ausdruck ihres gesteigerten Selbstwertgefühls -



Betriebssport-Veranstaltung im August 1939 bei F. M. Hämmerle, Dornbirn.

“Mütter, ihr tragt das Vaterland”

In bezug auf die Frauen waren die NS-Ideologen in der Zwickmühle. Ideologisch forderten sie die Rückkehr zu “altgermanischen Frauentugenden”, die in den “Zeiten des Verfalls” durch “artfremde Einflüsse” überschattet worden seien (3). Dieses Frauenbild enthielt nicht nur eine Einschränkung des Arbeitsbereiches der Frau auf “Haus und Hof”, sondern betonte auch ihre Rolle an der Seite des Mannes:

“So steht in diesem neuen Großdeutschland wieder die Frau Schulter an Schulter mit dem Mann als Gefährtin, wie die Ahnmütter früher Völkerzeit mit dem Heerzug der Männer mitzogen” (4).

Ähnlich äußerte sich Adolf Hitler auf dem Nürnberger Parteitag von 1935:

“Wir sehen in der Frau die ewige Mutter unseres Volkes und die Lebens-, Arbeits- und auch Kampfgefährtin des Mannes” (5).

Wirkliche Verantwortung sollten Frauen nur in den ihnen zugewiesenen Lebensbereichen tragen dürfen, also vor allem in der Hauswirtschaft. Diese ideologische Zuordnung ist zwar nicht spezifisch nationalsozialistisch - man findet sie allenthalben auch woanders -, sie wurde aber gerade in der Zeit des Nationalsozialismus verfestigt.

Der NS-Staat kam aber nicht darum herum, entgegen seiner Ankündigung auch Frauenerwerbsarbeit zu akzeptieren, ja schließlich sogar zu erzwingen.

Nur in politischer Hinsicht änderte sich nichts. Keine Frau konnte in der NSDAP irgendeine höhere Funktion erreichen, sogar die NS-Frauenschaft wurde ursprünglich von einem Mann geführt.

Ein ähnliches Frauenbild hatte es vorher im Austrofaschismus gegeben, nur gelang es damals nicht, dieses Leitbild durch die Politik zu verwirklichen. In der NS-Zeit hingegen gingen die Verantwortlichen sehr schnell daran, durch sozialpoli-

tische Maßnahmen die zentrale Rolle der Frau als Mutter zu fördern.

Bereits 1933 wurden in Deutschland Ehestandsdarlehen eingeführt, die zwischen 600 und 1000 Reichsmark betragen und deren Rückzahlung sich pro Kind um 25 % verringerte. Bei der NS-Idealfamilie mit vier Kindern war der Kredit also "abgedient". Einzige Bedingung: Die Frau durfte bei Gewährung eines solchen Kredits nicht mehr berufstätig sein. Die Nationalsozialisten waren - auch hier im Gegensatz zu den Austrofaschisten - sehr flexibel. Als der Arbeitsmarkt durch den Rüstungsboom schon Mitte bis Ende der Dreißigerjahre sehr angespannt war und man dringend Frauen als Arbeitskräfte benötigte, ließ man 1937 diese Bedingung ersatzlos fallen. In Österreich trat das Gesetz dann schon in der revidierten Fassung in Kraft (6).



Die "eigentliche Bestimmung der Frau" - Schulung des "Mütterdienstes" für Arbeiterinnen von F. M. Hämmerle.

Ab Juli 1936 gab es für "gesunde, gemeinschaftswürdige, deutsche Familien" auch eine Kinderbeihilfe, und zwar ab dem fünften Kind und einem Monatseinkommen von höchstens 185,— RM. Als das Gesetz im April 1938 für Österreich gültig wurde, war es schon stark modifiziert: Von nun an erhielten Familien bereits für das dritte und das vierte Kind je 10,— RM monatlich, für jedes weitere 20,— RM, dies alles bei einer Einkommensgrenze von bereits 650,— RM (7).

Neben diesen gab es eine Reihe weiterer sozialpolitischer Verbesserungen, die aber durch Sondersteuern, Sammlungen, höhere Sozialabgaben, höhere Rezeptgebühren, längere Arbeitszeiten usw. oft wieder konterkariert wurden.

Von vielen als Wohltat empfunden wurde die Einführung der reichsdeutschen Ehegesetze: Die Eheschließung wurde zu einem staatlichen Akt, damit verbunden war natürlich auch die Möglichkeit der Scheidung. Dieses Gesetz enthielt allerdings auch kraß frauenfeindliche Bestimmungen: So wurde eine kinderlos gebliebene Ehe als "Fehlehe" hingestellt; der Mann konnte sich in so einem Fall scheiden lassen - für die Frau galt das nicht! Auch kränkliche Frauen mußten die Scheidung fürchten, ebenso Frauen, die nur ein Kind wollten. All das konnte der Mann jetzt als Scheidungsgrund angeben. Die Ehe wurde offiziell zur reinen Gebärinstitution (8).

Die Maßnahmen hatten Erfolg. Die Statistiken belegen eine rasante Zunahme von Eheschließungen und Geburten nach dem "Anschluß":

Eheschließungen

	<u>1937</u>	<u>1938</u>	<u>1939</u>	<u>1940</u>	<u>1941</u>	<u>1942</u>	<u>1943</u>
Tirol- Vorarlberg	3194	5589	6973	5934	4517	4404	4111
"Ostmark"	46308	89994	121011	80938	58135	54165	50187

Wenn man das Jahr mit den meisten Eheschließungen (1939) mit dem Jahr vor der NS-Machtübernahme vergleicht, kann

man statistisch feststellen, daß die Maßnahmen des NS-Staates großen Erfolg hatten. So stieg die Gesamtzahl (9) der Neuehen in Österreich von 1937 auf 1939 um 161 %, im Gau Tirol-Vorarlberg um 118 %, in Wien gar um 192 %. Es fällt auf, daß die sozialpolitischen Maßnahmen der NSDAP in den städtischen Gebieten und in Regionen, wo der Einfluß der Kirche nicht so dominant war wie in Westösterreich, noch größeren Erfolg hatten als hierzulande. Über die Ursachen kann vorläufig nur spekuliert werden: War es die größere soziale Not in den Städten und somit die größere Wirksamkeit allgemeiner sozialpolitischer Verbesserungen, welche dieses Ergebnis zeitigten? Bewirkte andererseits der große Einfluß der katholischen Kirche im ländlichen Raum, daß die Menschen gegenüber den Maßnahmen des "heidnischen" Nationalsozialismus skeptischer waren?

Letzteres jedenfalls kann man vermuten, wenn man die Zahlen aus den anderen "Gauen der Ostmark" betrachtet, die ein deutliches West-Ost-Gefälle belegen (10).

Die Zahlen belegen aber auch die Hoffnungen vieler Menschen auf eine bessere Zukunft: Man wagte den auch wirtschaftlich überlegenswerten Schritt.

Eine ähnliche Entwicklung wie bei den Eheschließungen zeichnete sich bei den Geburten ab:

Geburten

	<u>1937</u>	<u>1938</u>	<u>1939</u>	<u>1940</u>	<u>1941</u>	<u>1942</u>	<u>1943</u>
Tirol-Vorarlberg	8072	8551	11703	12496	12479	11071	11073
"Ostmark"	86242	93812	145694	154361	142607	121964	127511

Mit einer entsprechenden etwa neunmonatigen Zeitverzögerung zeigt sich fast dasselbe Bild wie bei der Statistik der Eheschließungen (11). Bis 1940 stiegen die Zahlen rapid an. Aber auch diese Statistik läßt ein deutliches Ost-West-Gefälle erkennen: Während die Gesamtzahl der Geburten von 1937 bis 1940

in Österreich um 79 % anstieg, waren es im Gau Tirol-Vorarlberg "nur" 55 %, in Salzburg immerhin schon 72 %, in Wien hingegen stolze 153,4 %. Sogar nach 1943 kamen in Österreich um fast 48 % mehr Kinder auf die Welt als im Jahr 1937. Auch hier liegt der Schluß nahe, daß in den säkularisierten städtischen Gebieten mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten größere Hoffnungen verbunden waren als in den ländlichen.

Zudem war die Abhängigkeit der Menschen von der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik bzw. von der Wirtschaftslage generell viel größer als auf dem Land, wo es vielen noch möglich war, einen Teil der benötigten Lebensmittel auf einem kleinen Acker oder durch die Haltung von Kleinvieh selbst zu besorgen. In Städten reagierte man daher auf sozialpolitische Maßnahmen meist sensibler und unmittelbarer.

Statt "ihrer eigentlichen Bestimmung" unterbezahlte Lohnarbeit

Obwohl es die NS-Ideologen nicht wahrhaben wollten: Die Gegebenheiten eines hochindustrialisierten Staates erlaubten es nicht, Frauen von einer Erwerbsarbeit fernzuhalten. Sehr bald übertraf der Arbeitseinsatz von Frauen in Industrie- und Gewerbebetrieben sogar jeden bis dahin erreichten Höchststand aus früheren Jahren. Schuld daran war vor allem - aber eben nicht nur - der Krieg.

Mit der am 13. Februar 1939 erlassenen "Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung" wurde die Möglichkeit der "Dienstverpflichtung" von Arbeitskräften auf unbestimmte Zeit ermöglicht. Das bedeutete de facto den unterbezahlten Arbeitseinsatz in der Rüstungsindustrie.

Um schließlich auch möglichst alle Arbeitskräfte in die

Rüstungswirtschaft einzubeziehen, wurde am 27. Jänner 1943 - man beachte den Zusammenhang mit der Niederlage der Deutschen bei Stalingrad - die "Meldepflichtverordnung" erlassen, wonach alle Männer zwischen 16 und 65 Jahren und alle Frauen zwischen 17 und 45 Jahren sich für einen eventuellen Arbeitseinsatz beim Arbeitsamt zu melden hatten. Da es kaum Männer gab, die zu diesem Zeitpunkt nicht entweder bei der

Der Frauenaufmarsch für die Kriegsarbeit

Heranziehung überwiegend für leichte Arbeit im Fabriksaal

Wie sich die nunmehr eingeleitete Erfassung und Heranziehung von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung vollziehen wird, zeigt ein Bericht der Referentin beim Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz, Regierungsrätin Dr. Hamann, im Reichsarbeitsblatt.

Damach haben die Arbeitsämter nach Maßgabe des Bedarfs der Kriegswirtschaft unter Wahrung des Grundsatzes größter Sparsamkeit die einsetzbaren Meldepflichtigen nach ihrer Eignung für die zu verrichtende Arbeit und den zur Verfügung stehenden Arbeitsplan einzusetzen. Dabei sind die Gesundheit und Lebenskraft des einzelnen, insbesondere der Frau, soweit irgendetmöglich, zu schützen.

Ausschlagend für die Heranziehung der Meldepflichtigen zur Arbeit ist hiernach der Kräftebedarf für Aufgaben der Reichsverteidigung. Der Einsatz in nicht unbedingt wichtige Arbeit soll nicht erfolgen.

Bei heilfertigen Meldepflichtigen, die keinen oder einen kriegswichtigen Beruf erlernt haben, wird anhand ihrer Angaben auf dem Meldeformular festgelegt werden, für welche der verfügbaren Arbeitsplätze sie sich am besten eignen.

Da die große Mehrzahl der Arbeitskräfte für leichte und leicht zu erlernende Tätigkeiten benötigt wird, werden in beratiger Arbeit, die vorwiegend im Fabriksaal zu verrichten ist, auch weitaus die meisten Meldepflichtigen tätig werden. Vielenigen, die tatsächlich oder vermeintlich für höherwertige Ar-

beiten geeignet sind, werden sich in diesem Falle sagen müssen, daß im Kriege die notwendigste Arbeit auch die hochwertigste ist und daß auch der Soldat im Kriege nicht immer seine zivilen Fähigkeiten verwenden kann, sondern statt dessen bestimmte Eigenschaften wie Mut, Tapferkeit, Disziplin, auf Höchste steigern muß.

Die Arbeitsämter werden in gemeinschaftlichen Besprechungen mit den Betriebsführern der kriegswichtigen Betriebe darauf hinwirken, daß rechtzeitig geeignete Arbeitsplätze auch für beschränkt einsetzbare Kräfte bereitgestellt werden, besonders für Frauen, die wegen ihrer häuslichen Pflichten nur halbtags oder stundenweise oder an einigen Tagen der Woche arbeiten können.

Für viele dieser Frauen ist damit eine starke persönliche Umstellung und Umgestaltung der Haushaltsführung verbunden. Sind Kinder unter 14 Jahren vorhanden, dann wird eine wichtige Aufgabe darin bestehen, ihre Unterbringung und Betreuung während der Abwesenheit der Mutter zu sichern, entweder in der Familie oder durch Nachbarschaftshilfe oder in Kindertagesstätten. Auch die Länge des Anmarschweges und die Lösung der Verköstigungsfrage werden von den Arbeitsämtern beachtet werden.

Wenn die mit den Aufgaben der Reichsverteidigung betrauten Betriebe sich auf die besonderen Belange der größtenteils erstmalig zum Einsatz kommenden Personen einstellen, dann darf von diesem Einsatz eine erhebliche Steigerung unserer kriegswirtschaftlichen Leistung erwartet werden.

Was ursprünglich die NS-Ideologen kritisiert hatten, wurde zunehmend eine Forderung des Staates: der "Frauenaufmarsch für die Kriegsarbeit" ("Vorarlberger Tagblatt", 26. Februar 1943).

Wehrmacht dienten oder einer Erwerbsarbeit nachgingen, waren von dieser Verordnung vor allem Frauen betroffen, die bisher "nur" Hausfrauen gewesen waren und nur ein Kind bzw. bereits erwachsene Kinder zu versorgen hatten. Sie konnten ab diesem Zeitpunkt zur Arbeit in einem Betrieb vom Arbeitsamt zwangsverpflichtet werden (12).

Das wurde aber durchaus nur als Zwischenlösung angesehen. Nach dem Krieg sollte alles anders werden. Recht deutlich geht das aus dem "Völkischen Beobachter" vom 2. August 1940 hervor:

"(Die) Frau ... will ... nicht den Arbeiter von seinem Platz verdrängen; wenn er zurückkommt, tritt sie wieder beiseite und kehrt zu ihrer eigentlichen Bestimmung zurück; sie wird nunmehr Hausfrau und Mutter sein. Und kehrt abends der Mann müde von der Arbeitsstätte heim, empfängt ihn liebendes Verstehen. Auch sie hat in harter Zeit dort gearbeitet und weiß, daß es nicht immer so leicht ist."

Vorläufig war aber noch nicht die Zeit für "liebendes Verstehen" und die "eigentliche Bestimmung der Frau" - weder an der Front noch zu Hause. Im Gegenteil: Der Arbeitseinsatz von Frauen in der Wirtschaft wurde in einem bis dahin unbekanntem Ausmaß intensiviert. Das läßt sich für Vorarlberg anhand einiger weniger Zahlen zeigen (13).

So stieg die Zahl der einheimischen Arbeiterinnen zwischen 31. März 1938 und 31. März 1945 um 41,2 % von 9.692 auf 13.685. Im selben Zeitraum nahm die Zahl der einheimischen Arbeiter um 11,2 % auf 9.741 ab und war 1945 somit wesentlich niedriger als die der Arbeiterinnen.

Noch deutlicher ist der Anstieg bei den weiblichen Angestellten. Ihre Zahl verdreifachte sich beinahe - von 1.262 (1938) auf 3.667 (1945). Bei den Männern hingegen ist ein kriegsbedingter leichter Rückgang von 2.850 (1938) auf 2.662 (1945) festzustellen.

Bei Kriegsende gab es in Vorarlberg somit wesentlich mehr Frauen in einem lohn- oder gehaltsabhängigen Beschäftigungsverhältnis als Männer. Die NS-Herrschaft hatte das

Gegenteil dessen bewirkt, was sie ursprünglich mit ihrer Frauen- und Familienideologie angekündigt hatte.

Diese Zunahme von Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten warf für die Frauen, aber auch für die Betriebe eine Reihe von Problemen auf. So hatten viele jener Frauen, die jetzt - freiwillig oder zwangsweise - einer Erwerbsarbeit nachgingen, Kinder, die während der Arbeitszeit versorgt werden mußten. Nicht zufällig fällt in diese Zeit eine soziale Errungenschaft, von der seit Kriegsende wieder wenig zu hören ist: Kinderhorte in den Betrieben. Um - oft alleinstehende - Mütter in den Produktionsprozeß eingliedern zu können, bedurfte es solcher Einrichtungen. In den großen Vorarlberger Textilbetrieben wurden daher schon vor Ausbruch des Krieges Kindergärten für die Betriebsangehörigen eröffnet, und der "Betriebsführer"



Der Vater im Krieg, die Mutter in der Fabrik - die Kleinsten im Werkskindergarten des Betriebes Gisingen von F. M. Hämmerle: "Wir können ihnen eine Blickrichtung geben, die für ihr ganzes Leben ausschlaggebend sein kann."

von F. M. Hämmerle, Rudolf Hämmerle, sprach das bei einer solchen Gelegenheit am 17. Mai 1939 in Feldkirch-Gisingen auch deutlich aus:

„Gerade heute, wo wir Schichtarbeit haben oder wo die Mutter bei der Arbeit ist und der Vater beim Militärdienst, da ist es wichtig und dringend nötig, für unsere Kleinen eine Versorgungsstätte zu haben. ... Der zweite Punkt ist der neue Geist, der hier einzieht: Wenn wir Deutschlands Zukunft haben wollen, müssen wir Deutschlands Jugend haben. Wir haben es hier mit unseren Kleinsten zu tun, denen wir nicht vielleicht eine Weltanschauung predigen können; aber wir können ihnen eine Blickrichtung geben, die für ihr ganzes Leben ausschlaggebend sein kann“ (14).

Da die Blickrichtung 1945 geändert werden mußte, wurde dieser sozialen Einrichtung kein großer Wert mehr zugemessen.

Neben neuen Sozialleistungen gab es für Frauen aber auch neue - gesetzlich verankerte - Diskriminierungen. Ein besonders krasses Beispiel sind die tariflich festgesetzten Löhne. Hierfür waren die „Treuhänder der Arbeit“ zuständig. Sie waren Beamte und sollten nach dem „Anschluß“ im Einverständnis mit dem Reichswirtschaftsministerium neben anderen Aufgaben auch die Frage der Tariflöhne regeln. In den kriegswichtigen Bereichen (Eisen-, Metall- und Elektroindustrie) war dies bis zum 31. März 1940 praktisch geschehen. Insgesamt gab es zum damaligen Zeitpunkt bereits 268 solcher Tarifordnungen (15), darunter auch solche für die Textilindustrie, die für Vorarlberg besondere Bedeutung hatte.

In den vorhandenen Statistiken scheinen Frauen in fast allen Industriezweigen auf der untersten Stufe auf - als „Arbeiterinnen“. Nur in jenen Branchen, in welchen es traditionell einen hohen Anteil weiblicher Beschäftigter gab, sind Frauen auch als Facharbeiterinnen zu finden. Offiziell wurde gefordert, daß Frauen bei gleicher Tätigkeit nur etwa 80 % des Männer-Lohnes erhalten sollten. Die Begründung hierfür:

„Die unterschiedliche Entlohnung wird bei oberflächlicher Betrachtung ... als Ungerechtigkeit gegenüber den Frauen



“Höchste Feuerwehr”: Während des Krieges werden Rankweiler Frauen zur Brandbekämpfung ausgebildet (1944).

erscheinen. Eine eingehende Untersuchung wird aber ergeben, daß auch in solchen Fällen die bisherige Entlohnung der Frauenarbeit im allgemeinen aufrecht bleiben muß, denn außer den Gründen für die Aufrechterhaltung des Lohnstops wird sich zeigen, daß die Beschäftigung von Frauen den Betrieben höhere Soziallasten auferlegt, die die Lohnfestsetzung in gleicher Weise beeinflussen wie die Tatsache, daß auf längere Zeit übersehen, die Leistung der Frau hinter der des Mannes zurückbleibt” (16).

Diese Behauptungen blieben unbewiesen, ja sie wurden sogar teilweise vom “Arbeitswissenschaftlichen Institut” der DAF zurückgewiesen (17). An der Praxis änderte das freilich nichts.

Für die Industrie waren die Tarifordnungen im wahrsten Sinne des Wortes ein “Bombengeschäft”:

Zum einen erreichten die Frauenlöhne in der Praxis nicht einmal die vorgegebenen 80 % des Männerlohnes, zum anderen mußten für die eingerückten Männer immer mehr Frauen in die Produktion, wo sie dieselbe Arbeit wie vorher die Männer zu verrichten hatten - wenn nicht gleich auf Kriegsgefangene oder KZ-Häftlinge zurückgegriffen wurde.

Doch bevor wir uns genauer mit der Lohnsituation in Vorarlberg auseinandersetzen, wenden wir uns einem Kapitel zu, das Frauen wie Männer gleichermaßen betroffen hat - dem Arbeiteralltag.

Harald Walser

Anmerkungen

- 1) Hanisch, Ernst: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz, S. 171
- 2) DöW 10.892; hierin findet sich der Briefwechsel zwischen Pfarrer und Kreisleiter vom Juli 1938.
- 3) Frau und Mutter, S. 35
- 4) Ebd., S. 28
- 5) Ebd., S. 29
- 6) Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 110
- 7) Frauen unterm Hakenkreuz, S. 80
- 8) Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 111
- 9) Statistik aus Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 112
- 10) Ebd.
- 11) Statistik aus Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 116
- 12) Vgl. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 84
- 13) "Völkischer Beobachter" zit. n. Tidl, Georg: Die Frau im Nationalsozialismus, S. 71; Beschäftigtenzahlen nach Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik 1945, S. 3-9
- 14) Zit. n. "Dreihammer", Heft 5, 1. Jahrgang, Mai 1939, S. 43
- 15) Vgl. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 140
- 16) Zit. n. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 142f.
- 17) Vgl. ebd., S. 143

“Arbeit für den Endsieg” Arbeiteralltag im “nationalen Sozialismus”

Rein statistisch gesehen ist die Gesamtzahl der Arbeitslosen unmittelbar nach dem “Anschluß” noch gestiegen:

Offiziell hatte es in Österreich vor dem Einmarsch der deutschen Truppen 401.000 Arbeitslose gegeben, mit Stichtag 30. April 1938 aber scheinen sogar 416.000 Arbeitslose in der Statistik auf. Dies hat eine einfache Ursache: Die Gesamtzahl der Arbeitslosen im vormaligen “Bundesstaat Österreich” war Anfang 1938 um etwa die Hälfte höher, als die offiziellen Angaben glauben machten. Viele gehörten schon zu den sogenannten “Ausgesteuerten”, weil sie nach dem gültigen Gesetz nicht mehr berechtigt waren, Arbeitslosengeld zu beziehen, und fielen somit aus der Statistik heraus. Allein in Wien gab es vor dem “Anschluß” etwa 182.000 unterstützte (also in der Statistik aufscheinende) und etwa 118.000 nicht unterstützte Arbeitslose. Für ganz Österreich ist mit etwa 200.000 nicht unterstützten Arbeitslosen zu rechnen (1). Die deutschen Regelungen waren für viele Arbeitslose wesentlich günstiger. Sie bekamen wieder Geld - und wurden statistisch erfaßt.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen sank in den Monaten nach dem April 1938 kontinuierlich (2):

Mai	351.000
Juni	275.000
Juli	151.000
August	114.000
September	100.000

Vom Aufschwung zur Massenentlassung

Natürlich war das Sinken der Arbeitslosenzahlen zum Teil auch jahreszeitlich bedingt, aber auch am Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit im Dezember desselben Jahres gab es in der "Ostmark" vergleichsweise bescheidene 150.000 erfaßte Arbeitslose.

Für bestimmte Bereiche der Wirtschaft machte sich bald sogar ein eklatanter Mangel an qualifizierten Arbeitern bemerkbar. So waren etwa in Vorarlberg für die begonnen Großbauvorhaben der Illwerke und - etwa ein Jahr später - der "Südtiroler Siedlungen" kaum qualifizierte Bauhandwerker vorhanden. Aus allen Gebieten der "Ostmark" wurden Arbeiter angeworben, die aber meist lieber auf besser bezahlte Stellen ins "Altreich" wechselten.

Auch in der Textilindustrie wurden einige Monate nach dem "Anschluß" die Arbeitskräfte bereits knapp. Da in vielen anderen Branchen höhere Löhne gezahlt wurden und insbesondere die Bauwirtschaft einen fast unersättlichen Bedarf an Arbeitskräften hatte, wanderten viele Textilarbeiter bei der erstbesten Möglichkeit in eine besser bezahlte Stellung ab. Die Vorarlberger Textilwirtschaft war daher Anfang 1939 gezwungen, einen neuen Lohntarif zu schaffen und die Bezahlung der Arbeiter zumindest den südbayerischen Verhältnissen in der Textilbranche (Augsburg, Kempten usw.) anzupassen. Das bedeutete gegenüber den bis dahin gezahlten Löhnen eine Erhöhung von durchschnittlich etwa 20 % (3).

In Vorarlberg war die Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch die Baukonjunktur noch rasanter vor sich gegangen als in den anderen "Gauen". Allein beim Bau des 18 km langen Wasserleitungstollens von Partenen nach Latschau waren rund 400 Arbeiter beschäftigt. Noch 1938 wurden an derselben Baustelle schon rund 1000, meist aus Innerösterreich stammende Arbeitskräfte eingesetzt (4).

Das Arbeitsamt Bregenz konnte bereits im Juli 1938 melden



Glückliche Zukunft unterm Hakenkreuz? Wie viele hofften auch diese Arbeiter von F. M. Hämmerle auf ein Leben ohne Arbeitslosigkeit, da diese in Vorarlberg schon nach wenigen Monaten NS-Herrschaft praktisch beseitigt war.

Dreihammer

Werkzeitschrift der Betriebsgemeinschaft f. M. Hämmerle, Dornbirn - Feldkirch

1. Jahrgang

November 1939

Heft 11

Erfolg unseres Sozialismus!

**Dr. Ley zieht Bilanz / Unsere Arbeit wird den englischen Geldsack bezwingen
Bereits soziale Verbesserungen: Weihnachtsgeld, Lohnzuschläge, Urlaub usw.**

Berlin, 20. November / Der Reichsorganisationsleiter und Leiter der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley, hat einen Aufruf an alle Schaffenden Großdeutschlands erlassen, in dem er einen Überblick über die bisherigen Erfolge unseres Abwehrkampfes gegen die englische Geldsackpolitik gibt. In dem Ringen der ersten zehn Kriegswochen hat die innere Front Deutschlands bewiesen, daß sie der englischen Plutokratie überlegen ist. Während sich in England und Frankreich täglich neue Schwierigkeiten im Arbeits- und Wirtschaftsleben zeigen, kann die Führung des Reiches bereits soziale Verbesserungen vornehmen, die ein bereicherter Ausdruck unserer wirtschaftlichen Stärke sind.

Firmenzeitungen verkündeten den "nationalen Sozialismus". Viele Arbeiter glaubten den NS-Parolen der ersten Monate nach dem "Anschluß", denn vorerst gab es tatsächlich etliche soziale Verbesserungen.

(5), daß die Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Februar - damals hatte es noch 5792 unterstützte Arbeitslose gegeben - um 85 % gesunken sei; am 31. August gab es dann noch ganze 116 unterstützte Arbeitslose (6).

Doch bald nach dieser anfänglichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit tauchten neue Probleme am Arbeitsmarkt auf. Die Umstellung der Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Krieges und die durch die Isolierung Deutschlands entstandene Knapp-

Werkblatt



Die Betriebsgemeinschaft der
Firma Franz M. Romberg
Vorarlberg-Romberg-Winn.



6. Folge, 4. Jahrgang

Oktober - November 1941

Männer und Waffen

Dr. Ing. Karl Arnold

Die Blicke des gesamten deutschen Volkes sind in diesen Tagen nach dem Osten gerichtet, wo sich ein militärisches Drama von bisher unvorstellbaren Ausmaßen vollzieht. Voll Dankbarkeit gegenüber unserer Wehrmacht und ihrer genialen Führung schauen wir daheim immer wieder von unserer Tagesarbeit auf um mit unseren Gedanken bei denen dort draußen zu verweilen, die in diesem weltgeschichtlichen Kampf der Arm des Schicksals sein dürfen.

Instinktiv fühlen wir in der Heimat, daß dieser Kampf gegen die Sowjetunion mehr als der Feldzug gegen Polen oder gegen Norwegen, Holland, Belgien, Frankreich und Griechenland bedeutet. Hier prallen zwei Weltanschauungen aufeinander die nicht nebeneinander bestehen konnten. Hier wurde um die Herrschaft von Gut und Böse, wie es auf dem Grund der menschlichen Seele schlummert, gerungen. Nur eine Auffassung konnte

Alle größeren Vorarlberger Firmen brachten ab 1938 eigene Werkszeitschriften heraus - die zum Teil bis heute bestehen. Auch das "Werkblatt der Betriebsgemeinschaft Franz M. Romberg" hatte die Aufgabe, die "Schönheit der Arbeit" und die Gemeinsamkeit von "Führung" und "Gefolgschaft" im Betrieb zu propagieren.

heit an Rohstoffen - insbesondere an Baumwolle - führten nämlich gerade in Vorarlberg schon 1939 zu Kurzarbeit und Massenentlassungen.

Die Rüstungsinspektion des für Vorarlberg zuständigen Wehrkreises XVIII meldete am 8. November 1939:

"Der Beschäftigungsrückgang in der Textil- und Lederindu-

strie sowie bei einzelnen Betrieben der eisenverarbeitenden und Metall-Industrie hat zu Arbeiterentlassungen geführt. Die Arbeitsämter waren in der Lage, die frei gewordenen Arbeitskräfte sofort wieder anderweitig unterzubringen" (7). Das bedeutete meist die Dienstverpflichtung nach Norddeutschland. Der Bericht kommt dann speziell auf die Vorarlberger Probleme zu sprechen:

"In der Textilindustrie Vorarlbergs, die vom Beschäftigungsrückgang am stärksten getroffen ist und in der vor Kriegsbeginn 13000 Arbeiter beschäftigt waren, befinden sich noch rund 2000 in Vollarbeit, rund 10000 stehen gegenwärtig in Kurzarbeit (im Durchschnitt 30 Stunden in der Woche) und rund 1500 mußten entlassen werden. Mit weiteren Entlassungen ist zu rechnen" (8).

Dennoch kann gesagt werden, daß es den Nationalsozialisten anfänglich in kürzester Zeit gelungen ist, die Arbeitslosigkeit in Österreich im allgemeinen und in Vorarlberg im speziellen zu beseitigen. Für die Betroffenen war das aber nicht nur ein Grund zur Freude, wie im folgenden Abschnitt dargestellt wird.

"Sklavenpaß", Dienstpflicht und Verweigerung

Die an sich positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hatte auch ihre Schattenseiten, denn die wirtschaftliche Vorbereitung auf den kommenden Krieg sollte und durfte nicht gestört werden. Arbeiter hatten ihre persönlichen Interessen den staatlichen unterzuordnen. Der freie Arbeitsplatzwechsel sollte daher möglichst erschwert oder ganz unmöglich gemacht werden. Das in Deutschland bereits seit 1935 gültige Gesetz über das sogenannte "Arbeitsbuch" wurde mit 23. April 1939 auch in Österreich wirksam. 2,1 Millionen Bewohner der "Ostmark" waren somit "arbeitsbuchpflichtige Personen", das heißt, sie mußten den im Volksmund als "Sklavenpaß" bezeichneten Ausweis

bei einer Anstellung vorweisen: "Dadurch, daß der Dienstnehmer auf die Eintragung im Arbeitsbuch durch den Unternehmer angewiesen war - einerseits, um Sanktionen durch das Arbeitsamt zu entgehen, andererseits (ab Kriegsbeginn), um Lebensmittelkarten zu bekommen - ergab sich eine weitgehende Abhängigkeit der Arbeiter und Angestellten von Arbeitsamt und Dienstgeber" (9).

Doch damit nicht genug. Seit dem 22. Juni 1938 gab es die sogenannte "Dienstverpflichtung". Aufgrund dieser Verordnung konnten bestehende Arbeitsverhältnisse von Staats wegen und gegen den Willen der Betroffenen gelöst und die freigewordenen Arbeitskräfte einem bestimmten Betrieb zugewiesen werden. Das hatte schwerwiegende Auswirkungen, insbesondere für Frauen, die mit Kriegsbeginn für die Produktion immer wichtiger wurden. Bis Mitte März 1943 wurden im gesamten Deutschen Reich knapp 660.000 Frauen von den Arbeitsämtern an einen Arbeitsplatz vermittelt, genau 23.617 davon durch die "Dienstverpflichtung". In der "Ostmark" waren es 51.527 Frauen, davon 6.379 durch "Dienstverpflichtung". Das heißt, dieses Gesetz wurde hier wesentlich schärfer angewandt als im "Altreich", denn während in der "Ostmark" 12,4 % der erfaßten Frauen dienstverpflichtet wurden, waren es im Gesamtreich ohne "Ostmark" nur 2,85 % (10).

Es ist daher nicht verwunderlich, daß es bei der Durchführung dieser Verordnung hier auch heftigere Konflikte gab als anderswo. Besonders die Tatsache, daß die meisten Frauen ins "Altreich" dienstverpflichtet wurden, führte zu Auseinandersetzungen. Die oft in menschenunwürdigen Baracken untergebrachten, meist jungen Frauen waren vielfach äußerst unzufrieden. Ein Schreiben der Sicherheitspolizei vom 29. Jänner 1940 berichtet von Vorarlberger Mädchen, die in Deutschland eingesetzt waren und "zu Beginn verzweifelte Briefe über ihre dortigen Lebensumstände schrieben" (11). Die Mädchen hätten aber - so ist dem Bericht zu entnehmen - "in den meisten Fällen die Notwendigkeit dieser Maßnahmen eingesehen. ...

Ebenso war die Unterkunft und Verpflegung absolut unzulänglich" (12).

Die Stimmung vor Ort war offenkundig nicht gut. Das wird auch deutlich, wenn man betrachtet, wie die Beamten der Arbeitsämter mit den Betroffenen verfahren. Der Gau Tirol-Vorarlberg war da keine Ausnahme, wie der erwähnte Bericht des Inspektors der Sicherheitspolizei vom 29. Jänner 1940 belegt. Da ist von "ständigen Klagen wegen unhöflichen Verhaltens der dortigen Beamten" die Rede, von Drohungen mit der Gestapo, wenn sich die Betroffenen nicht ordentlich benähmen:

"Eine Hauptursache zu diesem Verhalten der Beamten ist vielfach das Arbeitsdienstpflichtgesetz, das ihnen die Möglichkeit gibt, den Arbeitssuchenden ohne Widerrede irgendwo einzuteilen. Von den genannten Personen ist zu sagen, daß sie ständig mit den Leuten schreien und überhaupt nur in einem Befehlstone verkehren" (13).

Es verwundert nicht, daß es schließlich eine ganze Reihe von Dienstpflichtverweigerungen gegeben hat, zumal die Arbeitsstellen im Reich meist nicht den Vorstellungen der Vorarlberger Arbeiterinnen und Arbeiter entsprachen. Aus einem großen Kontingent von hiesigen Arbeitern, die im Mai 1940 nach Oldenburg abkommandiert worden waren, kehrten beispielsweise bereits im Juli etwa 50 wieder zurück. Als sich nach mehrfachen Aufforderungen 21 von ihnen konsequent weigerten, an die zugewiesene Arbeitsstelle zurückzukehren, hatte dies für sie mehrmonatige Gefängnisstrafen zur Folge (14).

Besonders betroffen von den Zwangsverschickungen waren junge Frauen. So forderte im November 1939 eine Berliner Munitionsfabrik beim Arbeitsamt Bregenz telefonisch 400 Arbeiterinnen an. Trotz aller Bemühungen gelang es dem Arbeitsamt aber bis Ende 1939 erst, etwa 80 Arbeiterinnen dorthin zu verpflichten:

"Dies durchzuführen", so berichtet der Sicherheitsdienst, "war äußerst schwierig, da bei den Arbeiterinnen die schlechte Behandlung von Arbeiterinnen, die durch das Arbeitsamt an eine andere Firma, und zwar an die Hart-



Lehrlinge am 18. Mai 1940 bei F. M. Rhomberg. Im Gleichschritt zur Angelobung - die Militarisierung des Arbeitslebens beginnt schon bei den Jüngsten.

Das Gelöbnis.

Bei der Angelobung der Lehrlinge stellt der Betriebsobmann an Lehrlinge und Meister folgende Fragen, die von den Befragten laut und deutlich beantwortet wurden.

Seid Ihr bereit, unserem Führer Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staate allzeit treu zu dienen, so antwortet mir: Ja, wir sind bereit!

Seid Ihr bereit, Euer Wissen u. Können stets im Dienste u. zum Besten unseres Volkes zu verwenden, Eure Arbeiten stets ordentlich u. gewissenhaft ausführen und Euren Lehrmeistern immer fleißig u. ehrlich zu folgen, so antwortet mir: Ja, wir sind bereit!

Seid Ihr bereit, meine Meister, die neuen Kameraden zu Euch in die Lehre zu nehmen, sie gewissenhaft zu tüchtigen Facharbeitern auszubilden u. zu aufrechten deutschen Menschen zu erziehen, so antwortet mir: Ja, wir sind bereit!

Gelöbnisformel bei diesem Festakt: "... bereit, unserem Führer Adolf Hitler und dem nationalsozialistischen Staate allzeit treu zu dienen."

faserspinnerei der Firma Spohn in Neuheuren Krs. Ravensbrück vermittelt wurden, bekannt war, und diese nun eine ähnliche Behandlung in der betreffenden Berliner Fabrik befürchteten. Aus diesem Grunde mußten einige dienstpflichtige Arbeiterinnen von der Gendarmerie dem Arbeitsamte zugeführt werden" (15).

Als sich in der Bevölkerung Unmut besonders darüber breit machte, daß die Arbeitsämter die sogenannten "besseren Kreise" bei den Dienstverpflichtungen verschonten, wurde am 12. Jänner 1940 ein weiterer Transport mit Mädchen aus den "besseren" Schichten nach Braunschweig abgeschickt (16).

Die Gestapo jedenfalls war davon überzeugt, daß sich dadurch die Stimmung in der Bevölkerung hinsichtlich der Dienstverpflichtungen gebessert habe. Aus dem Gau Tirol-Vorarlberg wurde im Februar 1940 nach Berlin gemeldet, daß es sich hier gut auswirke, daß "auch Mädchen aus bessergestellten Kreisen in Arbeitsstellen vermittelt worden seien, zumal im allgemeinen das Gerücht gehe, daß nur die ärmeren Bevölkerungskreise zur Arbeit herangezogen würden" (17). Aus welcher Schicht nun jene 20 Mädchen waren, die im März 1940 wegen Verweigerung der Abreise nach Berlin im Gefängnis in Feldkirch (18) saßen, läßt sich leider nicht mehr eruieren. Allzu gut aber, so darf vermutet werden, kann die Stimmung denn doch nicht gewesen sein.

Im Februar 1940 mußte erstmals ein Vater vor den Richter, weil er seiner Tochter nach Berlin telegraphiert hatte, sie möge sofort nach Hause kommen, da die Mutter krank sei. Der Richter hatte hierfür kein Verständnis und verurteilte den Hohenemser, der sogar Parteimitglied war, zu einem Monat Gefängnis (19).

Trotz aller Propaganda wußte die Bevölkerung dort, wo ihre ureigensten Interessen betroffen waren, offensichtlich sehr schnell von den wahren Zuständen Bescheid. Diesem Wissen wußten die NS-Propagandisten nur mit hilflosen Beteuerungen zu begegnen. So etwa der DAF-Betriebsobmann von F. M. Hämmerle, der in der Betriebszeitung "Dreihammer" zu Beginn

Schulter an Schulter

„Frau, du in Deutschland, wir leben dich immer zu Hause, in unseren
Zimmern geh'n,
Frau, wir müßen über das minenunwölkte Schlachtfeld nach dir und dem
Frieden seh'n,
Frau, wir seh'n und warten auf den letzten Schuß und Schlag —
Frau, du in Deutschland, zu Hause, was tust du den ganzen Tag?“

„Soldat, unser Frauenherz leidet mit dir, wie es am ersten Tage litt!
Soldat, wenn von euch einer fällt, fällt ein Frauenherz mit!
Soldat, jetzt aber siehst du uns nicht mehr leuzend mit leeren Händen seh'n —
Soldat, wir können jetzt kräftiger beten, wenn wir Granaten dreh'n!“

„Frau, wir wissen, daß du mit vielen Dingen zu Hause dich plagen mußt,
Frau, wir aber bieten mit jedem Morgen dem Feind von neuem die Brust.
Frau, an jedem Morgen durchgraßt uns von neuem der kommende
Granatentag,
Frau, und noch spät abends erzittert Herz und Graben von manchem
Minenschlag.“

„Soldat, wir stehen unsichtbar Schulter an Schulter neben dir in der Schlacht,
Soldat, die Granaten, die dir die Feinde töten — die haben wir gemacht.
Soldat, wenn eine stürmende Salve in die Feinde blitzt,
Soldat, sieh: Darin bist du von tausend arbeitsdurchfurdten
Frauenhänden beschützt.“

„Frau, sieh: So tragen wir auf unseren Händen das Vaterland!“

„Soldat, ich in der Fabrik und du auf dem Grabenstand!“

„Frau, verlaß du uns nicht, sonst schlagen die Feinde uns tot!“

„Soldat, wir tun unsere Pflicht bis an das Ende der Not!“

Heinrich Lerch.

Zeitgemäße Lyrik im Werkblatt von F. M. Rhomberg 1941: „Frau, was tust du den ganzen Tag?“ Für die meisten Frauen - zumal die dienstverpflichteten - eine müßige Frage. Frauen wurden nun auch in Vorarlberg zunehmend in die Rüstungsproduktion einbezogen.

des Jahres 1940 den Brief einer ehemaligen und jetzt nach Berlin dienstverpflichteten Hämmerle-Arbeiterin abdrucken ließ: "Berlin' einmal anders gesehen", schlagzeilte er, um dann in der Einleitung zu verkünden, es sei "soviel über diese Dienstverpflichtungen geredet worden, daß es vielleicht nicht schaden wird, einmal ein tapferes junges Mädchel mit unverdorbener Anschauung zu Wort kommen zu lassen" (20).

Der Brief selbst spricht dann für sich. Wenn man von Floskeln wie "Pflichterfüllung" - schon damals ein eher problematischer Begriff - absieht, konnte das "tapfere Mädchel" nur berichten, es danke seinem "Betriebsführer Herrn Franz Hämmerle für das schöne Geschenk" (21), das sie wie alle anderen dienstverpflichteten Hämmerle-Arbeiterinnen erhalten hatte; ansonsten ist in markigen Worten neben der "Pflichterfüllung ... an der inneren Front" auch vom Arbeiten für "ein eisernes Großdeutschland" (22) die Rede. Wenige Wochen später übrigens waren in derselben Betriebszeitung Grüße von nicht weniger als 18 ehemaligen Hämmerle-Arbeiterinnen aus Berlin an ihre Kolleginnen in Dornbirn abgedruckt und ein Brief, der vom Inhalt her eher an einen NS-Propagandaleiter erinnert (23). Daß die Mädchen hie und da aber auch daran dachten, von der "inneren Front" zu desertieren, belegt ausgerechnet der Betriebsobmann der DAF bei F. M. Hämmerle:

"Es hatten einige Mädchel mit ihrer Quartierfrau Auseinandersetzungen. In ihrem heiligen Zorn packten sie an einem Sonntag ihre Koffer, fuhren zum Anhalter-Bahnhof, kauften sich dort eine Fahrkarte Richtung Dornbirn und erfuhren dann, daß ihr Zug erst spät abends abfahre. Was tun in Berlin? - Man einigte sich auf einen Kinobesuch. Wies der Teufel haben will, läuft gerade ein Frontfilm. Wie nun die Mädchel sehen, daß es die Feldgrauen manchmal viel schwerer haben, als die Soldaten der Arbeit, und trotzdem des Lachen und Singen nicht vergessen, kommen unseren Mädchels Gewissensbisse ... " (24).

Sie blieben natürlich! Vielleicht aber hatten sie sich beim Betrachten des Filmes andere Gedanken gemacht, als der



Gratisgulaschsuppe und Ansprache des Kreisleiters Plankensteiner - der 1. Mai 1940 bei F. M. Rhomberg. In seine Appelle flocht Plankensteiner regelmäßig Drohungen ein, um die Arbeitsdisziplin aufrechtzuerhalten.

Betriebsobmann vermutete, denn auch das "Desertieren" von der "inneren Front" konnte schwerwiegende Folgen haben.

Wer sich den Forderungen des NS-Staates entziehen wollte, der bekam es sehr bald mit den Behörden zu tun. Für politische Gegner und andere mißliebige Personen gab es besonders gefürchtete Arbeitsplätze - etwa bei den großen Kraftwerksbauten im Montafon. Schon bald nach der Machtübernahme entließen beispielsweise die großen Dornbirner Textilunternehmen jene Arbeiter, die sie in der austrofaschistischen Zeit auf Grund des Druckes von seiten der Vaterländischen Front hatten einstellen müssen - viele von ihnen wurden zu den Illwerke-Bauten abkommandiert (25).

Auch der erst 15jährige Hohenemser J. F. war den Behörden ein Dorn im Auge. Der Bürgermeister seiner Heimatgemeinde meinte in einem Schreiben an das Arbeitsamt Bregenz, F. sei "ein Taugenichts und ein notorischer Faulenzer" und das Arbeitsamt möge schauen, daß er - gerade erst schulentlassen - "so bald als möglich in den Arbeitsprozeß" eingegliedert werde. F. weigerte sich aber, die angewiesene Arbeit aufzunehmen, und wurde daher auf Grund der "Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung" vom 13. Februar 1939 und der Dienstpflicht-Durchführungsverordnung vom 2. März 1939 dienstverpflichtet. Von der Gendarmerie wurde er an die Baustelle der Firma Kunz & Co. nach Obervermunt gebracht (26).

Es verwundert in diesem Zusammenhang nicht, daß dem NS-Regime gerade von seiten der Arbeiter zunehmend Skepsis entgegengebracht wurde und sich Widerstand gegen das Regime zu regen begann. Die anfänglichen Hoffnungen wurden durch die Alltagsrealität bald enttäuscht.

Während lange Zeit der Widerstand und die Verfolgung in der NS-Zeit eher den gehobenen Gesellschaftsschichten zugeordnet wurden, sprechen die konkreten Zahlen eine andere Sprache. Von jenen insgesamt 559 durch die Behörden verfolgten Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern, deren Berufszugehörigkeit im Gegensatz zu vielen anderen Fällen eruiert werden konnte, waren allein 49,7 % Arbeiter oder Angestellte (27).

Ausdehnung der Arbeitszeit

Ebenfalls Unmut ausgelöst hat bei vielen Arbeitern die ständige Ausweitung der täglichen Arbeitszeit. Schon 1933 waren in Österreich die im "Achtstundentagsgesetz" von 1919 festgelegten Arbeitszeitregelungen ausgehöhlt worden. Nach der Annexion durch deutsche Truppen galt dieses Gesetz zwar noch

grundsätzlich. Doch schon vor Kriegsbeginn wurde aus dem Achtstundentag durch die vielen Ausnahmeregelungen faktisch ein Neunstundentag, der sogar unter bestimmten Bedingungen auf zehn Stunden ausgedehnt werden konnte (28), wohlge-merkt an sechs Tagen in der Woche.

Noch erheblichere Verschlechterungen gab es dann mit Kriegsbeginn. Die geltenden Regelungen für männliche Arbeitskräfte wurden überhaupt aufgehoben, jene für Frauen weitgehend. So konnten "Betriebsführer" ohne behördliche Genehmigung für Frauen eine wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden anordnen, für Männer gab es behördlich genehmigte Wochenarbeitszeiten von bis zu 65 Stunden (29).

Verantwortlich für diese Regelungen zeichneten die "Reichstrehhänder der Arbeit", staatliche Beamte, die bei sozialpolitischen Fragen das alleinige Sagen hatten. Doch die Arbeitszeit konnte nicht beliebig ausgeweitet werden. Timothy Mason hat errechnet, daß der "Grenznutzwert" der Ausweitung der Arbeitszeit sehr gering war. Denn viele Arbeiter waren den gestiegenen Anforderungen nicht gewachsen. Das belegen die stark steigenden Krankenstände ebenso wie der zunehmende Zerfall der Arbeitsmoral: "Jeder staatliche Eingriff in die Rechte und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse rief eine Welle von Disziplinlosigkeiten hervor, die eigentlich eine Art passiver, vor-politischer Opposition darstellten" (30).

Diese Opposition geschah auf vielfältige Weise. Das Zuviel an Arbeitszeit wurde durch wirkliche oder weniger wirkliche Krankenstände oder schlichtes "Blaumachen" ausgeglichen. So kamen aus den "Gauen der Ostmark" immer wieder Meldungen über ein abruptes Ansteigen der Krankenstände. Im Februar 1940 ging ein mehrseitiger Bericht darüber nach Berlin, demzu-folge die Krankenkassen durch diese Krankenstände überaus stark belastet seien. Die Gestapo schlage vor, künftig den Druck auf die Ärzte zu verstärken, damit diese nicht mehr "leichtfertig" Patienten krank schrieben. Der Erfolg dieser Be-mühung:

"Der Krankenstand könnte der Witterungslage entspre-

Das Schwätzchen, das Milliarden kostet.

Als ich diese Ueberschrift eines Artikels kürzlich in der Werkzeitschrift eines NS.-Musterbetriebes las, stutzte ich anfänglich, um dann interessiert weiterzulesen. Ein Schwätzchen, das Milliarden kostet Gibt es denn so etwas? So dachte ich und so werden jetzt manche Leser denken. Und doch ist es so. Aus dem Artikel konnte ich mich nämlich einwandfrei davon überzeugen lassen, daß der deutschen Volkswirtschaft jährlich ein Betrag von 3,8 Milliarden Mark verloren geht, wenn 35 Millionen Schaffender täglich während ihrer Arbeitszeit nur 10 Minuten verplaudern. Es scheint fast unmöglich, daß dies so sein kann. Wir glauben es aber sofort, wenn wir nur einmal versuchen nachzurechnen, was dieses Schwätzchen allein unserer Firma kosten würde.

Die Rechnung würde folgendermaßen aussehen:

$$\begin{aligned} & \underline{900 \text{ Gefolgschaftsangehörige} \times 10 \text{ Minuten}} \\ & = 9000 \text{ Minuten} = 150 \text{ Stunden täglich.} \end{aligned}$$

Bei einer täglichen Arbeitszeit von $8\frac{1}{2}$ Stunden würde dies umgerechnet auf die jährliche Lohnsumme der Firma einen Betrag von RM 27.000 ergeben. Also keine Kleinigkeit!

Und wie schnell sind 10 Minuten verplappert. Und mancher und manche aus Fabrik und Büro muß jetzt schuldbewußt zugeben, an manchem Tag vielleicht sogar mehr als bloß 10 Minuten vertratscht zu haben. Insbesondere in gewissen Abteilungen und vor allem dort, wo nicht Akkord gearbeitet wird, wird tatsächlich oftmals mehr als unbedingt notwendig getratscht. Für solche Plauderer möge dieser kleine Artikel zum Nachdenken, aber nicht als Anlaß zu einer neuen Plauderei, dienen.

R. C.

NS-Volkswirtschaftslehre für Arbeiter bei F. M. Rhomberg: Täglich 10 Minuten weniger reden bringt jährlich 27.000 RM für den Betrieb.

chend wohl um etwa 1 % tiefer sein, seine Höhe wird aber hinreichend dadurch erklärt, daß heuer vielfach Arbeitskräfte eingesetzt werden müssen, die nach Alter oder Konstitution mehr krankheitsanfällig sind, als die übrigen. Den Versuchen sich krank zu melden, um nicht arbeiten zu müssen, wird in der Regel durch die vereinigten Anstrengungen aller Stellen mit Erfolg begegnet" (31).

Wie schauten nun diese "vereinigten Anstrengungen" zur Senkung der Krankenstandsziffern aus?

Der in der Firma Lorünser Zementwerke AG beschäftigte Arbeiter Albert Flügel aus Nüziders war dem zunehmenden Arbeitsdruck in der Firma gesundheitlich nicht mehr gewachsen. Er meldete sich krank, was vorerst durch den Arzt auch bestätigt wurde. Die Krankenkasse war aber gegenteiliger Meinung und teilte dem Arbeiter mit, er habe seine Tätigkeit in der Firma

Ein Mahnwort.

**Grüß nicht „heil hitler“ so wie „Guten Morgen“,
Gedankenlos, wie es so mancher sagt!**

Denk an den Führer, denk an seine Sorgen

Und daß er nie nach Raft und Ruhe fragt!

Sprich's wie ein Dankgebet und denk im stillen,

Wie dieser Gruß in Wirklichkeit gemeint!

Denk an des Führers eisenharten Willen,

Der uns befreit und Deutschland hat geeint!

„Heil Hitler“ statt „Grüß Gott“: In den Werkblättern der Betriebe - wie hier in jenem von F. M. Rhomberg - bemühten sich die NS-Propagandisten, auch das Alltagsbewußtsein der Arbeiterinnen und Arbeiter in ihrem Sinne auszurichten.

wieder aufzunehmen. Da er dies aber nicht konnte, schickte ihm der gefürchtete Direktor der Firma, Edwin Müller, einen Brief, in dem er weitergehende Konsequenzen androhte:

“Nachdem Sie von der Krankenkassa Bludenz seit 10. April als arbeitsfähig erklärt werden, werden Sie aufgefordert, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen, ansonsten wir gegen Sie die Anzeige wegen Arbeitsverweigerung bei der Gestapo erstatten werden” (32).

Trotz aller Bemühungen gelang es den Verantwortlichen offenbar nicht, die ihrer Meinung nach zu hohen Krankenstände einzudämmen. Im Gau Tirol-Vorarlberg wurden sogar Wehrmachtsstellen bemüht, um geeignete “Maßnahmen zur Unterbindung ungerechtfertigter Krankmeldungen” zu treffen, wie es im Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Innsbruck heißt (33). Am 3. Oktober 1942 fand eine Besprechung zwischen dem Gauärztführer und den zuständigen Offizieren der Rüstungsinspektion statt:

“So wurden im einzelnen enge Fühlungnahme und Zusammenarbeit zwischen Betriebsführern und behandelnden Ärzten, Einführung einer ständigen Werkskontrolle, sowie Kontrolle durch den Betriebsarzt als geeignete Mittel zur Einschränkung der überhand nehmenden Krankmeldungen festgelegt. Die Betriebe werden entsprechend aufgeklärt” (34).

Sehen wir uns nun die “geeigneten Maßnahmen” zur Durchsetzung größerer Arbeitsdisziplin im einzelnen an.

Reichenau - der NS-Terror wird stärker

Gemeinsam mit der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) machten schließlich die “Betriebsführer” - und zwar nicht nur jener der Firma Lorünser Zementwerke - ihre “Gefolgschaft” gefügig. Die Phrase von der “Betriebsgemeinschaft” wich alsbald der

Realität der NS-Diktatur. Aus der Firma Lorünser beispielsweise sind über ein Dutzend solcher Drohbriefe des Betriebsführers Müller erhalten - und es blieb in diesen Fällen nicht nur bei Drohungen. Der aus Ludesch stammende Arbeiter Robert Rosskopf - auch er wurde zu früh wieder gesund geschrieben - wurde nach einer Anzeige Müllers von der Gestapo am 12. April 1943 verhaftet und in das "Arbeitserziehungslager Reichenau" bei Innsbruck eingeliefert, wo er bis zum Juli Zwangsarbeit zu verrichten hatte (35).

Die Drohung mit der Einweisung in dieses Gestapo-Anhaltelager war in Tirol und Vorarlberg das typische Mittel zur Disziplinierung der Arbeiterschaft - vor allem der Fremdarbeiter. Die Gestapo wies in Rundschreiben an die Betriebsführer mehr-



Baracken des "Arbeitserziehungslagers" Reichenau bei Innsbruck: "... im allgemeinen härter als ein Konzentrationslager".

mals auf diese Möglichkeit hin, und nicht wenige Betriebsführer machten ausgiebig Gebrauch davon (36).

Das Lager war zu Beginn des Jahres 1942 offiziell eröffnet worden. Die "Arbeitserziehungshaft" war neben der Polizei- und Schutzhaft die dritte Hauptart der Gestapohaft. Sie wurde von den jeweiligen Stapoleitstellen verhängt, und zwar - das war eine Sonderregelung - ohne Befragung des Reichssicherheitshauptamtes. Leiter und Stellvertreter des Arbeitserziehungslagers waren Gestapobeamte. Zu den Arbeits- und Lebensbedingungen in einem Arbeitserziehungslager äußerte sich Ernst Kaltenbrunner, SS-Obergruppenführer und Chef der Sicherheitspolizei, wie folgt:

"Zunächst darf ich feststellen, daß die Arbeitserziehungslager der Sicherheitspolizei alles andere als ein Erholungsaufenthalt sind. Die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse für die Insassen sind im allgemeinen härter als in einem Konzentrationslager. Dies ist notwendig, um den gewünschten Zweck zu erreichen, und möglich, da die Unterbringung der einzelnen Schutzhäftlinge im allgemeinen nur einige Wochen, höchstens wenige Monate dauert" (37).

Unter SA-Hauptsturmführer Georg Mott und seinem Nachfolger, SS-Untersturmführer Schott, erfüllte das Lager Reichenau durchaus die ihm zgedachte Funktion. Im Stammlager Reichenau fanden bis zu 1.000 Häftlinge Aufnahme. Daneben existierte ein eigenes Frauenlager in Jenbach. Wegen der Vorkommnisse im Lager - Folterungen und Hinrichtung von mindestens sieben Häftlingen sowie vorsätzliche Tötung durch extreme Haftbedingungen - wurde beispielsweise der Leiter des Lagers, Georg Mott, von einem Schwurgericht am 10. Februar 1958 zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt (38).

Nach 1945 trat durch die Untersuchungen der Behörden der ganze Schrecken dieses Lagers zutage. Ein Beamter des Gefangenenhauses Innsbruck gab am 25. Juni 1947 zu Protokoll:

"Ich erinnere mich noch aus dem Winter 1944/45 an vier

Eine völlige Gleichgültigkeit liegt aber auch häufig hinsichtlich der Meldung bei Abwesenheit von der Arbeit vor. Es kann vorkommen, daß Gefolgschaftsangehörige mehrere Tage wegbleiben, ohne irgend eine Meldung über den Grund ihres Fernbleibens zu machen. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir in solchen Fällen in Zukunft rücksichtslos vorgehen und Mittel anwenden werden, die für die Betroffenen recht unangenehm sein werden. Wer von der Arbeit aus einem triftigen Grund oder wegen plötzlicher Erkrankung wegbleiben muß, hat dies unbedingt sofort zu melden. Eine Gelegenheit zu einer solchen Meldung hat heute jeder. Schließlich hat die Firma auch ein Telefon.

Drohungen wegen kleiner Verfehlungen wurden schon am Beginn des Kriege immer schärfer: "... daß wir in solchen Fällen in Zukunft rücksichtsloser vorgehen werden", verkündete F. M. Rhomberg in seinem Werkblatt Ende 1940.

Russen, die ebenfalls wiederholt von der Gestapo mißhandelt worden sind, und zwar so arg, daß sie nicht mehr am selben Tag in das Gefangenenhaus rücküberstellt werden konnten. Sie sind dann ungefähr 1 Monat vor Kriegsende oder vielleicht auch etwas früher nach Reichenau überstellt worden und sollen dort erschossen worden sein. ... Es wurde mir auch glaubhaft berichtet, daß im städt. Westfriedhof Häftlinge aus der Reichenau begraben worden sind, die nach den Aussagen von Augenzeugen bis zur Unkenntlichkeit mißhandelt worden seien" (39).

Der aus Vorarlberg stammende Aufseher J. S. - er tat längere Zeit Dienst im Lager - wurde am 14. Juli 1948 zu sechs Jahren schwerem verschärften Kerker verurteilt, weil er Gefangene mehrmals mißhandelt hatte. Unter anderem hatte er zwei Italiener, die aus dem Lager fliehen wollen, im Jänner 1944 zuerst durch Schläge mißhandelt und sie anschließend mit einem kalten Wasserstrahl abgespritzt - mitten im Jänner! Der eine Häftling starb unmittelbar nach dieser Tortur, der andere

nach seiner Rückkehr aus dem Krankenhaus an weiteren Mißhandlungen (40).

Die Verantwortlichen im Gau Tirol-Vorarlberg waren mit den Wirkungen, welche das Lager Reichenau im Gaubereich zeitigte, zufrieden. Das Kriegstagebuch des Rüstungskommandos Innsbruck meldete am 17. Oktober 1942:

“Die vom Rü.Kdo (Rüstungskommando; Anm. H. W.) öfters veranlaßte Einweisung arbeitsscheuer oder vertragsbrüchiger Rüstungsarbeiter in das von der Gestapo geleitete Arbeitererziehungslager in der Reichenau bewährt sich. Es wird damit am besten die zur Verhinderung eines weiteren Verfalls der Arbeitsmoral notwendige abschreckende Wirkung erreicht” (41).

Der "nationale Sozialismus" erwies sich für die Arbeiterschaft als das, was seine Gegner prognostiziert hatten: ein Zwangsarbeitslager.

Vorarlberg als Niedriglohnland

Die Lohnproblematik wurde - was die Situation der Frauen anlangt - bereits angeschnitten. An dieser Stelle soll an einigen Beispielen verdeutlicht werden, wie es um das Lohnniveau im "Regierungsbezirk Vorarlberg" bestellt war und was das für die Betroffenen bedeutete.

Die Reallohne in der "Ostmark" lagen an sich deutlich unter jenen des Altreichs, Mitte 1938 etwa um 30-40 %. Zusätzlich erhöhten sich hier nach dem "Anschluß" die Preise drastisch um durchschnittlich 36 %. Die Preiserhöhungen sollten durch einen am 27. Mai 1938 verfügten generellen Lohn- und Preisstopp eingedämmt werden. In Wirklichkeit aber änderte sich nur wenig (42).

Auch nationalsozialistische Quellen belegen, daß sich in der Folge innerhalb der Arbeiterschaft Unmut breit machte. So

meldete der Gendarmerieposten Bregenz am 25. Oktober 1939:

“Tatsache ist, daß die Arbeiterschaft diese krassen Gegensätze in den Einkommensverhältnissen mit wachsender Unzufriedenheit bespricht. Man kann unter den Arbeitern schon vielfach die Meinung hören, der Arbeiter sei schon früher, d. h. zur Parteienzeit, ausgebeutet worden. Die heutigen Zustände seien in dieser Beziehung kaum besser geworden” (43).

Der Verfasser des Berichts warnt sogar vor möglichen Unruhen, wenn sich die Situation nicht ändere. Die Tariflöhne in der Ostmark waren tatsächlich sehr niedrig, wie die folgenden Beispiele (44) verdeutlichen:

Metallverarbeitende Industrie

Arbeiterinnen	59,0 Pfennig/Stunde
Hilfsarbeiter	69,2 Pfennig/Stunde
angelernter Arbeiter	88,6 Pfennig/Stunde

Textilindustrie

Hilfsarbeiterin	38,4 Pfennig/Stunde
Hilfsarbeiter	49,7 Pfennig/Stunde
Facharbeiterin	47,6 Pfennig/Stunde
Facharbeiter	60,7 Pfennig/Stunde

Die für Vorarlberg damals wie heute so wichtige Textilindustrie zahlte die geringsten Löhne. Eine Hilfsarbeiterin erhielt monatlich bei einer angenommenen 56-Stunden-Woche nur zwischen 90 und 100 RM brutto. Von diesem Lohn konnte man mehr schlecht als recht leben. Wenn außergewöhnliche Belastungen oder Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit dazukamen, konnte es zu existenziellen Problemen kommen.

Ein Beispiel hierfür ist die bei Herrburger & Rhomberg beschäftigte M. L. Für sie begann der “Anschluß” wenig erfreulich, denn sie wurde noch im März vom Bezirksgericht Dornbirn dar-

über informiert, daß sie ihre Wohnung, bestehend aus Küche und Kabinett, bis Juni zu räumen habe. Für die 57jährige Frau, die von ihrem Mann getrennt lebte, begann nun eine schwierige Zeit. Da sie verschuldet war und auch die Miete seit fünf Monaten nicht mehr bezahlt hatte, wies das Gericht eine Berufung gegen dieses Urteil ab. Die von ihrem Vorarbeiter als "eine ganz ausgezeichnete (Weberin)", ansonsten aber "als böses Frauenzimmer" geschilderte Arbeiterin, "die ständig schimpft und nörgelt", verdiente durchschnittlich 108,— Reichsmark brutto im Monat und hatte allein für die Miete 20,— Reichsmark zu bezahlen (45).

Doch die im Zuge des Verfahrens vor dem Bezirksgericht Dornbirn von mehreren Zeugen als sehr fleißige Frau bezeichnete M. L. hatte gute Gründe, "ständig" zu schimpfen, denn ihr



Fitneübung statt höherem Lohn - Arbeiterinnen der Firma Benger in Bregenz im Jahr 1940.

Leben war bisher alles andere als leicht gewesen: Als eines von zwölf Kindern des in Konkurs geratenen ehemaligen Landwirts und späteren Knechts L. B. mußte das an sich geschickte und intelligente Mädchen schon früh als Kellnerin und später als Weberin arbeiten gehen. 1915 heiratete sie den Knecht J. L., von dem sie sich aber bald wieder trennte, da er sich verschiedene Delikte zuschulden kommen ließ. 1920 nahm sie - ohne finanzielle Leistungen zu erhalten - ein Pflegekind an, 1926 ein weiteres, für das sie dann wenigsten ab 1928 von der Kinderfürsorge einen kleinen monatlichen Betrag erhielt. Nachdem die Kinder ausgeschult waren und in Deutschland Arbeit gefunden hatten, war die Frau, seit 1936 selbst arbeitslos, allein. Von der Arbeitslosenunterstützung konnte sie ihre bisherigen Aufwendungen nicht mehr bezahlen und geriet so in einen Teufelskreis, aus dem sie nicht mehr herauskam. In ihrer Verzweiflung geriet M. L. in eine immer stärker werdende Alkoholabhängigkeit. In dieser Situation nun wurde sie im Sommer 1938 delogiert. Der Fall ist nur deshalb so genau dokumentiert, weil die Frau kurz nach ihrer Delogierung gesagt haben soll:

"Die Hitler tun nichts als herumschustern und den armen Leuten das Geld abnehmen", und: "Der mindeste Kasiner ist am A.... besser als der Hitler".

Das schließlich führte zu ihrer Verhaftung wegen "Beleidigung des Führers". Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt.

Die regimekritischen Äußerungen der Frau dürften übrigens kein Zufall gewesen sein, denn sie war politisch interessiert und ehemaliges Mitglied der Freien Gewerkschaft und der Sozialdemokratischen Partei (46).

Dabei machten den Voralberger Arbeiterinnen und Arbeitern nicht nur die geringen Löhne zu schaffen. Infolge der Benachteiligung der Textil- und Lebensmittelindustrie zugunsten der kriegswichtigen Industriezweige kam es hier nämlich schon kurz nach Kriegsbeginn zu Kurzarbeit und Massenentlassungen. Das wiederum führte zu Arbeiterprotesten und - in der Folge - zu einem massiven Einsatz der Gestapo in den Betrieben: Kündigungen wegen Kritik an den betrieblichen und

den politischen Verhältnissen waren gang und gäbe, Anzeigen bei der Gestapo die Folge (47).

Am dramatischsten war der Auftragseinbruch wohl bei der Textilfirma Schoeller in Bregenz, wo innerhalb weniger Monate der "Gefolgschaftsstand" von 670 auf 320 reduziert wurde. Über die Folgen berichtet der Gendarmerieposten Bregenz:

"Die durch die gegenwärtigen Verhältnisse notwendig gewordene Entlassung von vielen Arbeitern und Arbeiterinnen aus manchen Textilbetrieben und die Einführung von Kurzarbeit hatte für die betroffenen Volksgenossen meistens auch eine ziemliche Verringerung des Einkommens zur Folge. Diese Tatsachen werden in der Arbeiterschaft vielfach



"Gefolgschaftsräume" in Betrieben - an den verschärften Arbeits- und Lebensbedingungen konnten sie nichts ändern. Im Bild die Eröffnung im Hochbau des Betriebes Eulental von F. M. Hämmerle, Dornbirn.



Jugendliche Arbeiterinnen der Firma Schoeller in Bregenz erfahren bei einem Betriebsappell im Sommer 1940 von den Erfolgen der Deutschen Wehrmacht im Krieg gegen Frankreich. Ein halbes Jahr zuvor war die Belegschaft der Firma praktisch halbiert worden: Der Krieg erforderte andere Produkte.

besprochen und tragen meistens nicht zur Besserung der Stimmung bei" (48).

Nur zwei Wochen später heißt es in einem weiteren Bericht an die Kreisleitung in bezug auf die Textilarbeiterschaft:

"Auch wollen die Arbeiter nicht verstehen, daß hauptsächlich von den Volksgenossen mit niederem Einkommen verhältnismäßig große Opfer verlangt werden" (49).

Das Beispiel eines Bauhilfsarbeiters macht deutlich, wie groß die Not werden konnte, wenn man auf das oft recht geringe Einkommen - entsprechend den "Tarifordnungen" - angewiesen war. J. U. lebte von seiner Frau und seinen drei Kindern getrennt, war für seine Familie aber unterhaltspflichtig. Ein Jahr nach dem "Anschluß" - im März 1939 - arbeitete er als Bauhilfsarbeiter am Ausbau des Ruggbaches in Lochau mit, wofür er von der Firma Hebel einen Stundenlohn von 60 Pfennig ausbezahlt erhielt. Der Beamte des Gendarmeriepostens Bregenz, dem diese Aufstellung zu verdanken ist, rechnet nun seiner vorgesetzten Behörde vor, daß J. U. mit seinem Lohn unmöglich auskommen könne: Bei einer 48stündigen Arbeitswoche komme der Bauhilfsarbeiter auf 28,80 RM wöchentlich, habe aber an Steuern und Abgaben 8,80 RM, für eine Schlafstelle 3,— RM und für das Essen 12,— RM zu bezahlen. Für alles andere - Rauchen, Schuhe, Kleider, Vergnügungen usw. - verblieben ihm noch ganze 5,— RM pro Woche, die Unterhaltszahlungen für seine Familie noch gar nicht mitgerechnet. Damit aber könne J. U. unmöglich auskommen, zumal in der obigen Aufstellung Schlechtwettersschichten noch gar nicht berücksichtigt seien. Der Beamte schließt seinen Bericht mit der Feststellung:

"Daß unter solchen Verhältnissen die Stimmung unter der Arbeiterschaft nicht überall die beste ist, dürfte wohl nicht überraschen" (50).

Schon in den Wochen zuvor tauchten in den Stimmungsberichten immer wieder Angaben über die schlechte Stimmung in der Arbeiterschaft auf. Hauptkritikpunkt war dabei jeweils das zu niedrige Lohnniveau. Im folgenden möchte ich einen etwas län-

geren Auszug aus einem solchen Bericht vom 1. März 1939 wiedergeben:

„Besonders an den Lohnauszahlungstagen kann man feststellen, daß sich die Unzufriedenheit da und dort verschlimmert hat. Von der Arbeiterschaft, ganz gleich welcher politischer Einstellung sie früher war oder heute ist, werden hauptsächlich folgende Probleme erörtert: *Löhne*. Die Löhne der Arbeiter (hauptsächl. Industriearbeiter, gewerbl. und gewöhnliche Hilfsarbeiter) seien zahlenmäßig in der Regel ziemlich gleich geblieben. Durch die eingetretenen Erhöhungen der Abgaben aber gegenüber der Systemzeit und



Aus „Spielsachen aus wertlosem Material“ von Ludwig Brunner, erschienen im Otto Maier-Verlag, Ravensburg. — RM 1.20.

Nationalsozialistische Weihnachtsüberraschung: Ratschläge zum Sparen sollten die niederen Löhne ausgleichen. „Spielsachen aus wertlosem Material“ hieß ein Buch, für das im Dezember 1940 im „Werkblatt“ von F. M. Rhombert geworben wurde.

durch die unbestreitbare Verteuerung einzelner lebenswichtiger Produkte und Erzeugnisse habe sich die Lebensstellung der Arbeiterschaft nicht gebessert, sondern fühlbar verschlechtert. Gegen diese Umstände würden keinerlei Schritte unternommen, weshalb sich die Stimmung unter der Arbeiterschaft auch zusehends verschlechtere. Ein weiterer Grund der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft bilden die Löhne der akademisch gebildeten Angestellten- und Beamtenschaft des Zivilstandes und des Reiches. Die Arbeiterschaft könne und wolle nicht verstehen, daß es im national-sozialistischen Arbeiterstaate der Fall sei, daß die Arbeiter mit sehr gedrückten Löhnen bei den großen Lebenskosten ein schwerliches Durchkommen haben, wogegen die besser gebildete Beamtenschaft des Zivilstandes und besonders des Reiches Löhne und Zulagen ausbezahlt erhielten, die in den meisten Fällen ein Vielfaches von den Löhnen der Arbeiterschaft ausmachen. Es gebe Fälle, bei denen der Lohn eines verhältnismäßig jungen Beamten dreimal so groß sei wie der Lohn eines alten Hilfsarbeiters, dessen Magen aber nicht kleiner sei als der des Akademikers. Zudem habe meistens der Arbeiter noch für zahlreiche Kinder zu sorgen. Bei Vergleichen zwischen den Löhnen der älteren oder höheren Beamtenschaft mit einem Durchschnittseinkommen eines Arbeiters sei der Höhenunterschied noch viel krasser und unverständlicher. Ein Ausgleich zu Gunsten des vielfach schlecht bezahlten Arbeitens im Sinne des sozialen Standpunktes wäre auf diesem Gebiet wohl höchst notwendig und spruchreif. Weite Kreise der Arbeiterschaft, darunter auch viele und alte Nationalsozialisten, seien der Anschauung, daß von der nat. soz. Revolution die sozialistische Revolution bei den niederen Löhnen steckengeblieben sei und die Akademiker bisher vollkommen verschonte. Es sei auch der Fall, daß höhere Beamte heute - rein zahlenmäßig ausgedrückt - bedeutend mehr Reichsmark erhielten als wie früher Schilling. Dies

treffe jedoch bei den Arbeitern und niederen Beamten nicht zu" (51).

Der Beamte erwähnte weitere in sozialer Hinsicht negative Zustände. Bis in die Kriegsjahre hinein änderte sich an der Grundaussage der erhalten gebliebenen Stimmungsberichte praktisch nichts. Die Arbeiterschaft war mit der "nationalsozialistischen Revolution" keineswegs zufrieden.

Der Bregenzer Beamte hat die Stimmung unter den Arbeitern und einfachen Beamten übrigens durchaus zutreffend beschrieben, denn der Inhalt seiner Aussagen wird durch andere Quellen belegt. Dabei muß festgehalten werden, daß es auch den gewöhnlichen Beamten noch wesentlich besser erging als den Arbeitern. Die Angleichung der Beamtenlöhne an das Altreich aber brachte nur für die Akademiker einen Vorteil, bei den "unteren Chargen" war das Gegenteil der Fall (52).

Auch die mit Jahresbeginn 1939 erfolgte Einführung der deutschen Steuerordnung wirkte sich negativ auf den Geldbeutel des "kleinen Mannes" aus. Das neue Steuersystem nahm zwar auf soziale Gesichtspunkte stärker Rücksicht als das alte aus der Zeit des Austrofaschismus - das Gewicht lag eher auf direkten Steuern -, aber für Bezieher kleiner Einkommen ergaben sich höhere Steuersätze, vor allem für ledige oder kinderlose Ehepaare. Neueingeführte Sonderzahlungen am "Tag der nationalen Arbeit" (5,— RM) und zu "Führers Geburtstag" (53) hatten wohl eher propagandistischen Wert; die triste Situation in den meisten Haushaltskassen konnten sie nicht wesentlich verbessern.

Nicht nur niedere Löhne, Kurzarbeit und Entlassungen machten der Vorarlberger Arbeiterschaft zu schaffen. Die Nationalsozialisten waren im Erfinden neuer Steuern und Abgaben wahre Meister. Eine solche "Abgabe" trat mit Einführung der "Kriegswirtschaftsverordnung" am 7. September 1939 in Kraft. Demnach sollten die bis dahin tariflich vorgesehenen Überstundenzuschläge und die höhere Bezahlung für Sonn- und Feiertagsarbeit nicht mehr an die Arbeiter ausbezahlt, sondern zugunsten der "Allgemeinheit" an das Finanzamt abge-

Winterhilfswerk 1941/42.

Ich mache darauf aufmerksam, daß auch heuer wieder im Lohnabzugsweg ein Opfer für das WHW 1941/42 einbehalten wird. Die Spende wird nach der Lohnsteuer berechnet und beträgt monatlich 10 v. H. der Lohnsteuer ohne Kriegszuschlag, jedoch mindestens RM 0.25.

Ich nehme an, daß gegen diesen Abzug niemand etwas einwenden wird. Die Abzüge werden wieder monatlich an das WHW abgeführt und die Summen im Werkblatt ausgewiesen.
Der Betriebsobmann i. V.

Spende im "Lohnabzugsweg": ein typisches Beispiel für die Freiwilligkeit von Spenden für den NS-Staat. Wer hätte sich da 1941 bei F. M. Rhomborg wohl getraut, seine angeblich freiwillige Spende zurückzufordern?

führt werden. Im ganzen Reich stellten die Behörden daraufhin gesteigerte "Unzufriedenheit" unter den Arbeitern fest, vereinzelt kam es im Reichsgebiet auch zu "passivem Widerstand" (54). Die verantwortlichen Stellen sahen sich genötigt, diese Maßnahme schon nach einigen Wochen schrittweise zurückzunehmen und schließlich ganz fallenzulassen (55).

In Vorarlberg war es schon vorher vorgekommen, daß sich Arbeiter weigerten, Überstunden ohne entsprechende Entlohnung zu machen (56). In der Betriebszeitung von F. M. Hämmerle jedenfalls wurde im August 1940 triumphierend berichtet: "Alle Überstunden-Zuschläge werden wieder dem Schaffenden vergütet" (57). Der Reichsminister habe angeordnet, daß "in Anerkennung der besonderen Leistung, die von den Arbeitern und Angestellten unter Verzicht auf Teile des Mehrarbeitsverdienstes in den bisherigen Kriegsmonaten verlangt werden mußte" (58), mit Gültigkeit vom 8. September 1940 wieder die tariflichen Zuschläge für die geleisteten Überstunden an jene zu zahlen seien, die sie auch wirklich leisteten: an die Arbeiterinnen und Arbeiter.

Widerstand

Die sozialen Verschlechterungen mit zunehmender Dauer der NS-Herrschaft führten genauso zum Widerstand gegen den NS-Staat wie die bewußte politische Ablehnung der nationalsozialistischen Weltanschauung und vor allem der Herrschaftspraxis durch ehemalige Kommunisten, Sozialdemokraten und Christlichsoziale, wobei die Reihung durchaus der Quantität



Der "Dank des Führers" für eine der angeblich freiwilligen Kriegsspenden. Diese "Spenden" bedeuteten für Arbeiter/innen oft erhebliche Einbußen. Die NSDAP erhoffte sich neben dem materiellen Ergebnis auch ein ideelles: die in dieser Urkunde symbolisch dargestellte Einheit von militärischer und "Heimatfront".

und Qualität des politisch bewußten Widerstandes in Vorarlberg - aber nicht nur hier - entspricht.

Da dieses Kapitel der Vorarlberger Geschichte schon eingehend bearbeitet worden ist (59), genügt an dieser Stelle der Hinweis auf jene zwei Gruppen, die konspirativ eine Widerstandstätigkeit entfalteten. In beiden Gruppen waren hauptsächlich Arbeiter aktiv.

Im Jahr 1939 hatte der Dornbirner Schlosser Wilhelm Himmer versucht, im Kontakt mit Schweizer Stellen eine "Aktionistische Kampforganisation" (AKO) aufzubauen, die unter anderem Informationen sammeln und in die Schweiz weitergeben wollte, aber auch Sabotageakte an kriegswichtigen Einrichtungen vorhatte. Die Gruppe war jedoch in konspirativer Hinsicht zu unerfahren, und es gelang der Gestapo schon im Jänner 1940, die meisten Mitglieder zu verhaften. Nach zweijährigen Erhebungen kam es vor dem Volksgerichtshof in Innsbruck zum Prozeß. Am 20. März 1942 wurde Wilhelm Himmer zum Tod verurteilt und am 8. Juli 1942 in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Die übrigen Mitglieder der Gruppe erhielten langjährige Zuchthausstrafen zwischen fünf Jahren und lebenslänglich. Drei von ihnen wurden in das KZ Mauthausen überstellt, das nur einer überlebte (60).

Die zweite Gruppe bildete sich um den aus Satteins stammenden Johann August Malin. Ihm gelang es schon sehr früh, Gegner des Nationalsozialismus aus allen politischen Lagern in einer losen Gruppe zu vereinen. Neben Kommunisten, Sozialdemokraten und Christlichsozialen wirkte auch ein Priester mit. Von der Tätigkeit der Gruppe ist relativ wenig überliefert, da Malin nach seiner Verhaftung darüber beharrlich schwieg. Tatsache ist, daß die Gestapo zur Jahreswende 1941/42 von der Existenz der Gruppe erfuhr und einen Spitzel auf sie ansetzte. Diesem wurde von einigen Aktivisten mißtraut, weshalb das "Material", das schließlich zusammenkam, eher dürftig war. Erst eine Hausdurchsuchung ergab wirkliche Hinweise auf die Widerstandstätigkeit. Malin konnte schließlich auch nachgewiesen werden, daß er "Feindsender" abgehört und die Informatio-

nen weitergegeben hatte und daß er einem Soldaten einen Zettel mit dem ins Russische übersetzten Satz "Hallo, hier Österreicher, bitte nicht schießen, ich laufe über" mitgegeben hatte (61).

Für den Richter beim Volksgerichtshof war das genug, um Malin im Oktober 1942 zum Tode zu verurteilen. Am 10. November 1942 wurde er in München hingerichtet (62).

Harald Walser

Anmerkungen

- 1) Vgl. Botz, Gerhard: Ideologie und soziale Wirklichkeit des "nationalen Sozialismus" in der "Ostmark", S. 17
- 2) Ebd.
- 3) MAF, RW 19/65, Bericht der "W In XVIII" vom 8.3.1939
- 4) Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 164
- 5) Vorarlberger Tagblatt, 19.7.1938
- 6) Vgl. Schönherr, Margit: Vorarlberg 1938, S. 161ff.
- 7) MAF, RW 19/65, Anlage zum Bericht "W In XVIII" vom 8.11.1939
- 8) Ebd.
- 9) Danimann, Franz: Die Arbeitsämter unter dem Faschismus, S. 38
- 10) Eigene Berechnungen nach statistischen Angaben bei Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 84f.
- 11) Zit. n. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 235
- 12) Ebd.
- 13) Ebd., S. 71
- 14) Vgl. Pichler, Meinrad: "Deutsches Leben heißt Arbeit", S. 287
- 15) Zit. n. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 72
- 16) Ebd., S. 76
- 17) BAK, R 58/148, SD Berlin, 19.2.1940
- 18) Vgl. Stadler, Karl: Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten, S.166
- 19) LGF, Vr 155/43
- 20) "Dreihammer", Heft 2, 2. Jahrgang, Februar 1940, S. 21f.
- 21) Ebd.
- 22) Ebd., S. 23 und S. 22
- 23) Vgl. "Dreihammer", Heft 4, 2. Jahrgang, April 1940, S. 67
- 24) "Dreihammer", Heft 2, 2. Jahrgang, Februar 1940, S. 23
- 25) Interview mit August Weiß, Dornbirn, 4.3.1983, und Andreas Bösch, Dornbirn, 26.8.1983

- 26) VLA, BH Feldkirch, III-738/1939
- 27) Vgl. Pichler, Meinrad: Verfolgung und Widerstand: Eine Bilanz, S. 259
- 28) Vgl. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 156f.
- 29) Ebd., S. 158
- 30) Mason, Timothy: Sozialpolitik im Dritten Reich, S. 281
- 31) BAK, R 58/350, SD Wien, 28.2.1940
- 32) StaBl, Zl. 7/195
- 33) MAF, RW 21-28/11; KTB Rückdo lbk, 8.10.1942
- 34) Ebd.
- 35) Interview mit Robert Rosskopf von Gemot Egger, Bludenz, am 28.8.1982; siehe auch StaBl, Zl. 7/195
- 36) DöW, 13.237
- 37) Internationaler Suchdienst Arolsen (Hg.): Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer-SS (1933-1945), S. LXXVIII
- 38) Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945, Band 1, S. 572-580
- 39) Ebd., S. 582
- 40) Ebd., S. 591
- 41) MAF, RW 21-28/11; KTB Rückdo lbk, 17.10.1942
- 42) Vgl. Botz, Gerhard: Ideologie und soziale Wirklichkeit des "nationalen Sozialismus" in der "Ostmark", S. 20f.
- 43) StaBr, Stimmungsbericht vom 25.10.1939
- 44) Vgl. Berger, Karin: Zwischen Eintopf und Fließband, S. 151f.
- 45) IfZ, MFA-A 38/0232; Akt des Bezirksgerichtes Dornbirn
- 46) Ebd.
- 47) Vgl. Pichler, Meinrad: "Deutsches Leben heißt Arbeit", S. 287
- 48) StaBr, Stimmungsbericht vom 11.10.1939
- 49) StaBr, Stimmungsbericht vom 25.10.1939
- 50) StaBr, Stimmungsbericht GP Bregenz, 14.3.1939
- 51) StaBr, Stimmungsbericht GP Bregenz, 1.3.1939
- 52) Vgl. Botz, Gerhard: Ideologie und soziale Wirklichkeit des "nationalen Sozialismus" in der "Ostmark", S. 23
- 53) Vgl. ebd., S. 24
- 54) Vgl. Mason, Timothy: Sozialpolitik im Dritten Reich, S. 294ff.
- 55) Vgl. ebd., S. 296f.
- 56) StaBr, Stimmungsberichte GP Bregenz, 1.3.1939
- 57) "Dreihammer", Heft 8, 2. Jg., August 1940, S.122
- 58) Ebd.
- 59) Vgl. J. A. Malin-Gesellschaft: Von Herren und Menschen
- 60) Vgl. Pichler, Meinrad: Widerstandsgruppen, S. 85-102
- 61) DöW, 4043
- 62) Vgl. Pichler, Meinrad: Widerstandsgruppen, S. 96

“Wer auf die Fahne des Führers schwört,
hat nichts mehr, was ihm selbst gehört”

HJ-Fahnenpruch

Vorarlberger Jugend unter der NS-Herrschaft

Gleich nach ihrer Machtübernahme in Deutschland begannen die Nationalsozialisten, die nichtfaschistischen Jugendverbände der Reihe nach auszuschalten und an deren Stelle eine von der NSDAP kontrollierte Einheitsorganisation zu errichten. Sie wurde 1935 offiziell zur “Staatsjugend” erklärt (1). Schon zuvor war der “Führer der Hitlerjugend”, Baldur von Schirach, zum “Reichsjugendführer” aufgestiegen.

Als die Nazis 1938 auch Österreich unterwarfen, war also das Modell einer einheitlich geführten Staatsjugend, die neben sich keine anderen Verbände oder konfessionelle Gruppierungen duldete, nicht nur durchgesetzt, sondern schon einige Jahre praktiziert worden. In Österreich trafen die neuen Machthaber auf eine Jugendverbändelandschaft, deren frühere Vielfalt bereits vom Austrofaschismus wesentlich verringert worden war. Der Staatsmacht war es freilich nicht gelungen, das “Jungvolk”, eine Vorfeldorganisation der “Vaterländischen Front”, als Einheitsorganisation durchzusetzen. Gerade in Vorarlberg hatten sich der konservativ-katholische Reichsbund, katholische und evangelische Jugendgruppen und die einer internationalen Tradition verbundenen Pfadfinder nicht ohne weiteres den staatlichen Monopolwünschen unterordnen lassen.

Daneben bestanden unterschiedlich aktive Jugendgruppen, die allerdings nur in der Illegalität arbeiten können. Dazu gehörten sozialistische und kommunistische Gruppen, die neben gemeinsamer Freizeitgestaltung auch politischen Widerstand organisierten (2). Offener als diese agierte allerdings die

ebenfalls verbotene "Hitlerjugend". Sie konnte in den dreißiger Jahren unter der Protektion der illegalen NSDAP und mit finanzieller Unterstützung aus Deutschland eine recht umfangreiche Organisation in Vorarlberg aufbauen. Kristallisationspunkte bildeten "HJ-Kameradschaften" am Bregenzer Gymnasium und an der Dornbirner Realschule. Aber auch andere "Standorte", wie Lustenau, Götzis, Hohenems, Feldkirch und Bludenz, wurden den Behörden bekannt. Zweimal, nämlich im Februar 1936 und im Juni 1937, wurden jeweils circa 70 HJ-Mitglieder verhaftet und zum Teil zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt (3). Und obwohl die HJ in Vorarlberg in der Zeit unmittelbar vor dem "Anschluß" relativ lahmgelegt war, standen mit der Machtübernahme die Kader schon bereit.

Als am 12. März 1938 zusammen mit den deutschen Einmarschtruppen auch die einheimischen NS-Formationen (4) durch die Bregenzer Bahnhofstraße paradierten, besaßen jedenfalls schon "Hunderte von Jugendlichen" eine "vollständige HJ-Uniform" (5). Jetzt übernahmen die ehemals illegalen HJ-Burschen und BDM-(Bund Deutscher Mädel-)Aktivistinnen die offizielle Jugendarbeit; der Gründer der Vorarlberger HJ, Otto Weber, avancierte sogar im Range eines Oberbannführers zum HJ-Führer des Gaues Tirol-Vorarlberg (6).

"... die Hitlerjugend übernimmt das Kind"

Mit einem Federstrich wurden nun mit Ausnahme der Alpenvereinsjugend alle noch bestehenden Jugendorganisationen liquidiert. Ihr Vermögen wurde beschlagnahmt, Vereinslokale, Berghütten und dergleichen wurden in den Besitz der Hitlerjugend überführt. Nicht in allen Gemeinden waren die HJ-Führer mit den vorgefundenen Räumlichkeiten, die attraktiv und dem neuen Pathos angemessen sein sollten, zufrieden. Etliche kleinere Gemeinden, zum Beispiel Fluh, Schröcken, Sibrats-



Die Hitlerjugend wurde in alle nationalsozialistischen Festvorführungen einbezogen. Die Sonderabteilungen der HJ, etwa die "Flieger-HJ" oder die "Motor-HJ", bildeten dabei besondere Attraktionen. Hier eine Parade der Motor-HJ in Dornbirn um 1940. Ab 1943 gab es allerdings für solche Vorführungen kein Benzin mehr.

gfäll und Hohenweiler, in denen es keine Vereinshäuser zu beschlagnahmen gab, sahen sich außerstande, der HJ ein Heim anzubieten. In einem Erlaß "Zur Errichtung von HJ-Heimen" vom 28. Mai 1938 verpflichtete Landeshauptmann Plankensteiner die Bürgermeister zur Raumbeschaffung:

"Es ist mir in hohem Maße daran gelegen, daß die HJ in allen Gemeinden des Landes würdige Heime beziehen kann. Die Heime der HJ sollen sonnig, geräumig und sauber sein" (7).

Trotz des persönlichen Engagements von Plankensteiner drückten sich etliche Bürgermeister davor, für HJ-Bauten Geld auszugeben. So hatte der Bregenzer Bürgermeister zwar an

der offiziellen Übernahme und Umbenennung des Austriahauses durch die HJ teilgenommen, zur Übernahme finanzieller Verpflichtungen war er allerdings nicht bereit. Als sein ehemaliger "Kampfgefährte" Otto Weber, seines Zeichens HJ-Führer für Tirol und Vorarlberg, den Bürgermeister um 4000 RM zur "Umgestaltung des HJ-Heimes" ersuchte, lehnte dieser glattweg ab (8). Da nützte es auch nichts, daß die Bregenzer HJ mit der Umbenennung des ehemaligen Pfadfinderheimes ganz auf der offiziellen Bregenzer Linie lag. Denn die Regierenden in Bregenz mußten fürchten, daß der Status als Kreisstadt an Dornbirn verloren gehen könnte, weil dort die aktiveren illegalen Nazis gewesen waren. Das ehemalige und heutige Austriahaus wurde deshalb in "Dr.-Artur-Seeber-Heim" umbenannt: Damit sollte der aus Bregenz stammende, am Klagenfurter Landesspital tätige Dr. Seeber geehrt werden, der im Zuge des Naziputsches im Juli 1934 als illegaler SS-Mann bei Kampfhandlungen im Gebiet von St. Veit erschossen worden war (9).

Auch das von offizieller Seite vielgelobte Beispiel der Gemeinde Schlins, die als erstes Dorf der gesamten "Ostmark" einen "Bauschein" für ein NS-Heim erworben hatte, machte kaum Schule. Ein solcher Bauschein bedeutete, daß die Reichsjugendführung einen Großteil der Materialkosten übernahm, wenn die "Gemeinde bereit ist, in selbstloser Zusammenarbeit aller Gemeindemitglieder ihrer Jugend ein würdiges Heim zu errichten" (10). "Reichsjugendführer" Baldur von Schirach war persönlich zur Grundsteinlegung erschienen, um dieser Walgauer "Pioniertat" die entsprechende öffentliche Bedeutung zu verleihen. Dem Schlinser Musterheim erging es allerdings bald so wie vielen anderen Nazieinrichtungen. Unter dem Druck der selbstverursachten Kriegsnot wurde es in ein "Landdienstlager" umfunktioniert, in dem zu bäuerlicher Arbeit verpflichtete Burschen untergebracht wurden (11).

Auch die Begeisterung eines Feldkircher Tierarztes, der ein Grundstück am Ardetzenberg zum Bau eines HJ-Heimes gestiftet hatte (12), wurde enttäuscht. Denn mit Kriegsbeginn im Herbst 1939 hatte die Errichtung von Barackenlagern für den

Reichsarbeitsdienst (RAD) Vorrang: Dort wurde den jungen "Arbeitsrekruten Disziplin und Kameradschaft, Handhabung von Spaten und Schaufel, Waffenausbildung, peinliche Sauberkeit und körperliche Ertüchtigung vor Übernahme in die Wehrmacht" (13) beigebracht.

Auch von ihrem inhaltlichen Programm her verloren HJ und BDM mit der Fortdauer des Krieges an Attraktivität. Hatten die Abenteuerromantik, die positive Einstellung zur Körperlichkeit, die teilweise Befreiung von elterlichen und schulischen Autoritäten und der oft gepriesene Gemeinschaftsgeist anfangs viele Jugendliche fasziniert, so wurden gerade diese Aspekte nun immer rigoros eingeschränkt. Die Zunahme lästiger Verpflichtungen ging mit der Abnahme des früher attraktiven Programmes einher.

Ab 1943, also nach der Niederlage von Stalingrad, legte der NS-Staat beim Zugriff auf die Jugend alle Hemmungen ab, die ihm früher die eigene Familienideologie noch auferlegt hatte:

"Mit zehn Jahren übernimmt die Hitlerjugend das Kind aus den Händen von Vater und Mutter. ... Das Elternhaus legt die Keime, die später durch die körperliche, weltanschauliche und berufliche Ertüchtigung in Hitlerjugend, Schule und Betrieb aufgehen sollen" (14).

Damit wurde die "Ablieferungspflicht" auch auf die Kinder ausgedehnt; die Keimzelle Familie legte nur noch die "Keime". Wenn Kreisleiter Mahnert auf einem großen "Jugendappell" der Dornbirner Jugend mahnend zurief: "Jugend verpflichtet" - nämlich zur Teilnahme am "totalen Krieg" (15) -, dann kommt man der Beschreibung der Realität weit näher mit der Formulierung: Jugend wurde verpflichtet, und zwar zu immer mehr, immer härter, immer noch früher.

1943 wurde der Vorarlberger HJ das Lager- und Fahrtenwesen zugunsten der "Wehreertüchtigung" weitgehend eingestellt. Zugleich sollten damit die "Abnutzung des Schuhwerks" und die "Belastung des öffentlichen Verkehrs" vermieden werden (16). Zur gleichen Zeit wurde die sogenannte "Ausbildungslaufkarte der HJ" eingeführt, auf der bei der Musterung abzule-



Kampfsportarten wie Ringen und Boxen wurden innerhalb der HJ besonders gefördert. Das Bild entstammt einem Prospekt des Vorarlberger Landesschulrates vom Herbst 1938 und zeigt, wie sich die Nazis ihre Jugend wünschten.

sen war, welche Formen der "Wehertüchtigung" und vormilitärischen Ausbildung der Jugendliche schon mitgemacht hatte und welche praktischen Fertigkeiten und Sportarten er beherrschte. Das erleichterte die Zuteilung zu den unterschiedlichen Truppenteilen.

Auch beim BDM waren mit Beginn des Jahres 1943 die unbeschwerten Zeiten der Ausflüge und "frohen Heimstunden" vorbei. Mithilfe bei allen möglichen Sammlungen und Sozialaktionen war nun zu leisten. Die Heimabende wurden zu verordneten "Sockenstopfabenden". Reisen gab es für die Mädchen nicht mehr in irgendwelche Sommerlager, sondern immer häufiger an Orte der deutschen Rüstungsindustrie, wohin die



“Rekruten der Schaufel” (Reichsarbeitsdienst) bei der Errichtung des RAD-Lagers Dornbirn-Haselstauden.

Mädchen "dienstverpflichtet" wurden. Natürlich nicht alle: auch während der Nazizeit spielten Beziehungen eine Rolle. Daß augenscheinlich vielen "besseren Töchtern" der Einsatz in der Rüstungsindustrie erspart blieb, erregte heftigen Widerspruch in Teilen der Vorarlberger Bevölkerung. So wurden die Mädchen eines Transports im Jänner 1940 vom Arbeitsamt Bregenz extra "größtenteils aus besser situierten Kreisen rekrutiert, um dem Gerücht von ihrer Bevorzugung entgegenzuwirken" (17). Die herrschende Mißstimmung war damit jedoch keineswegs beseitigt.

Natürlich hatten auch die Kleinen in der Hitlerjugend, die sogenannten "Pimpfe" und "Jungmädel", ihren Beitrag zum "Endsieg" zu leisten. Für die Bregenzer Buben und Mädchen bestand dieser im Sommer 1944 beispielsweise darin, daß sie - streng nach Geschlechtern getrennt - an der Achmündung Sanddornbeeren zu sammeln hatten. Damit werde, so wurden die Kinder unterrichtet, "ein Mittel hergestellt, das der Gesundheit unserer Soldaten dient" (18). Sanddornbeeren enthalten Vitamin C und wurden deshalb dem Tee beigemischt. Zum Leidwesen der Parteifunktionäre waren die Bregenzer Sammelergebnisse unbefriedigend.

Mit einem ähnlichen Mißton hatte schon die erste große "Altmetallsammlung" im Frühjahr 1940 geendet. Da hatte sich anschließend der Bregenzer Bürgermeister bei den dafür verantwortlichen Lehrern und Schülern darüber beschwert, daß die Organisation mangelhaft gewesen sei, einige Stadtgebiete nicht abgesammelt und arge Verschmutzungen zurückgeblieben seien (19).

So war es mit vielen Aktionen, die von den Nazis lauthals angekündigt und schließlich kleinlaut beendet wurden. Denn der "Opferwille" auch der Vorarlberger Jugend hatte durchaus Grenzen; die Machthaber stießen immer wieder auf aus- und abweichendes Verhalten von Jugendlichen, das sie auch mit härtesten Strafandrohungen, durch Ausweitung der Polizeibefugnisse und durch die Intensivierung des HJ-Streifendienstes nicht unterbinden konnten.

Tanzschritt statt Marschtritt - Swing und Kino

Bereits im März 1940 wurde eine "Polizeiverordnung zum Schutz der Jugend" erlassen. Im Juni 1943 wurde sie erweitert und verschärft. Sie befaßte sich unter anderem "mit dem Umhertreiben von Kindern und Jugendlichen in der Dunkelheit, mit dem Besuch von Gaststätten, Lichtspielvorführungen und Tanzlustbarkeiten sowie mit Alkoholgenuß und Rauchen in der



Sammelaktionen, Aufmärsche, Appelle, Uniformen und immer auch die Einbeziehung von Jugendlichen gehörten zu den Wesensmerkmalen der NS-Öffentlichkeitsarbeit. Hier die Bregenzer Stadtmusik in SA-Uniform vor dem Museum im Jahre 1939. Um mit dem "Adolf-Hitler-Platz" (Kornmarkt) einen repräsentativen Paradeplatz zu haben, wurde das Anton-Schneider-Denkmal an die Seestraße versetzt.

Polizeiverordnung zum Schutze der Jugend!

Der Reichsminister des Innern hat wegen der durch den Krieg bedingten veränderten Lebensverhältnisse nachstehende Polizeiverordnung vom 9. März 1940, RGBl. I, S. 499 zum Schutze der Jugend erlassen:

1. Jugendliche unter 18 Jahren dürfen sich auf öffentlichen Straßen und Plätzen oder sonstigen öffentlichen Orten während der Dunkelheit (das ist während der jeweils angeordneten Dunkelungszeit) nicht herumtreiben.
2. Der Aufenthalt in Gaststätten aller Art ist Jugendlichen unter 18 Jahren, die sich nicht in Begleitung des Erziehungsberechtigten oder einer von ihm beauftragten volljährigen Person befinden, nach 21 Uhr verboten.
3. Jugendliche unter 16 Jahren dürfen sich ohne Begleitung des Erziehungsberechtigten oder Beauftragten in Gaststätten überhaupt nicht aufhalten.
4. Der Besuch von öffentlichen Lichtspieltheatern, Varietés- und Kabarettvorstellungen ist Jugendlichen unter 18 Jahren, die sich nicht in Begleitung des Erziehungsberechtigten oder Beauftragten befinden, nach 21 Uhr verboten. Gleichen unberührt bleibt, daß der Besuch von Filmen, die zur Vorführung vor Jugendlichen unter 18 Jahren nicht ausdrücklich zugelassen sind, verboten ist.
5. Jugendlichen unter 18 Jahren ist ferner in Gaststätten der Genuß von Branntwein oder vorwiegend branntweinhaltiger Genussmittel verboten. Jugendlichen unter 16 Jahren in Abwesenheit des Erziehungsberechtigten oder seines Beauftragten auch der Genuß von anderen alkoholischen Getränken.
6. Allen Jugendlichen unter 18 Jahren ist der Genuß von Tabakwaren in der Öffentlichkeit verboten.
7. Der Aufenthalt in Räumen, in denen öffentliche Tanzlustbarkeiten stattfinden und die Teilnahme an Tanzlustbarkeiten im Freien ist Jugendlichen unter 18 Jahren nur in Begleitung des Erziehungsberechtigten oder einer von ihm beauftragten volljährigen Person gestattet und dann auch nur bis 23 Uhr.
8. Die Verhaltung von öffentlichen Schieß- und Spielanlagen regelt sich nach der Polizeiverordnung vom 24. Oktober 1939, Reichsgesetzblatt I, Seite 2110. Demnach ist der Besuch von öffentlichen Schieß- und Spielhallen, Billardsalons und ähnlichen Räumen, in denen die Benutzung von Schieß- und Spielgeräten ein Entgelt erhoben wird, Jugendlichen bis zu 16 Jahren nur in Begleitung ihrer Erziehungsberechtigten oder einer von diesen beauftragten volljährigen Person gestattet.

Der Führer des Bannes Bregenz (591):

974. **Zumbotel**
Stammführer

Der Landrat des Kreises Bregenz:

974. **Diblaukies**

Um einer "kriegsbedingten Verwahrlosung der Jugend" zu begegnen, wurden die Bestimmungen für das Verhalten von Jugendlichen in der Öffentlichkeit nachdrücklich verschärft. Minderjährige Soldaten und RAD-Rekruten waren von diesen Bestimmungen ausgenommen, sie galten als Erwachsene.

Öffentlichkeit" (20). In der einleitenden Erläuterung begründet der Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, die Notwendigkeit der Verordnung:

"Die Abwesenheit zahlreicher, unter Waffen stehender Väter und Erzieher, die vereinzelt notwendig gewordene Einschränkung des Dienstes in der HJ sowie für den Luftschutz notwendige nächtliche Verdunkelung bringen für die Entwicklung unserer Jugend besondere Gefahren mit sich" (21). Damit hatte Himmler einen Zustand beschrieben, der sich für viele Jugendliche gerade gegenteilig darstellte. Der "totale Krieg" brachte nämlich jenen, die nicht schon in der Wehrmacht waren, mehr Möglichkeiten, sich zu absentieren, eigenen Interessen nachzugehen, Erwachsenenattitüden auszuleben.

Besonders zum Verzicht auf die Unterhaltung war auch die Vorarlberger Jugend trotz des Krieges nicht bereit. Im Oktober 1943 wurden Kinobesitzer landesweit angehalten, "Jugendfilmstunden", bestehend aus Wochenschaubeiträgen, Kurzfilmen oder jugendfreien Spielfilmen, durchzuführen (22). Damit sollten die Jugendlichen mit einem positiven Anreiz vom Kino der Erwachsenen ferngehalten werden, in das sie mit Macht drängten. In den Berichten der Stadtpolizei Bregenz gibt es kaum eine Woche, in der es nicht zu Beanstandungen von Jugendlichen im Zusammenhang mit unerlaubtem Kinobesuch gekommen ist. Im Laufe des Jahres 1942 wurden in Bregenz sechs Jugendliche festgenommen, die sogar, um sich ins Kino zu schmuggeln, das Geburtsdatum auf ihrem HJ-Ausweis gefälscht hatten (23). Andere Bregenzer Burschen verprügelten eines Nachts den Führer der HJ-Streife, der sie zuvor aus dem Kino gewiesen hatte (24). Natürlich steht von vielen erfolgreichen Kinotricks nichts in offiziellen Berichten.

Auch werden die trotz des Verbotes abgehaltenen Musik- und Tanzveranstaltungen nicht erwähnt, die oft unter wissender Duldung der Partei stattfanden. Wenn allerdings Bregenzer Jugendliche im Tanzcafé Löffler einen Tanzabend mit amerikanischer Swingmusik veranstalteten, war dies für den HJ-Bannführer nicht mehr tragbar. Er kannte im Gegensatz zu den

Jugendlichen jenen Himmler-Erlaß, mit dem der Staatsapparat der sogenannten "Swing-Jugend" beizukommen versuchte. In einem Rundschreiben des Reichsführers-SS und Polizeichefs Himmler vom 26. Jänner 1942, das mit Bestimmtheit auch der Bregenzer Gestapo bekannt wurde, hieß es:

"Alle Rädelsführer, und zwar die Rädelsführer männlicher und weiblicher Art, unter den Lehrern diejenigen, die feindlich eingestellt sind und die Swing-Jugend unterstützen, sind in ein Konzentrationslager einzuweisen. Dort muß die Jugend zunächst einmal Prügel bekommen und dann in schärfster Form exerziert und zur Arbeit angehalten werden. Irgendein Arbeitslager oder Jugendlager halte ich bei diesen Burschen und diesen nichtsnutzigen Mädchen für verfehlt" (25).

Nicht nur vom "Amerikanismus" angesteckte Jugendliche wurden schonungslos verfolgt. Auch auf sogenannte "Schlurfe", deren zu langes Haar als Provokation gegenüber den von der Wehrmacht vorgegebenen Frisurnormen angesehen wurde, machte die HJ-Führung Jagd. Ihnen schnitt man unter Gewaltanwendung die Haare, und sie konnten damit rechnen, bei erster Gelegenheit zum Militär eingezogen zu werden.

"Kriminelle, Gegner, Gefährdete"

Militärdienst war auch die häufigste Strafe für "Delikte" von Jugendlichen, denen die Behörden ein politisches Motiv unterstellten. So verfuhr man beispielsweise mit jenem Bregenzer Gymnasiasten, der von der Ölberggruppe der Galluskirche die Judasstatue entwendet und dem Gymnasialdirektor Seeger des Nachts vor die Haustüre gestellt hatte (26).

Auch die führenden Mitglieder einer jugendlichen Widerstandsgruppe aus dem Raum Kennelbach-Wolfurt wurden aus dem Grazer Jugendgefängnis direkt zur "Frontbewährung"



Trotz des offiziellen Verbots von "Tanzlustbarkeiten" angesichts der Kriegslage veranstaltete die 7. Klasse der Dornbirner Realschule im Winter 1943/44 in Bad Kehlegg einen Tanzkurs. Die meisten der Burschen wurden am Ende desselben Schuljahres zur Wehrmacht eingezogen. Alle verweigerten den von der Obrigkeit gewünschten Beitritt zur Waffen-SS.

abkommandiert (27). Angehörige dieser aus unterschiedlichen Lagern stammenden Gruppe hatten 1941 in Bregenz ein Kruckenkreuz auf die Kennelbacherstraße gemalt, einen "Heldengedenkstein" mit roter Farbe beschmiert, einige Schaufenster der Innenstadt mit kommunistischen Parolen versehen und einen Anschlagkasten des BDM zertrümmert (28).

An diesen Beispielen wird ersichtlich, daß zahlreiche Jugendliche auf unterschiedliche Weise sich den Ansprüchen des NS-Systems entzogen oder widersetzten - nicht erst unter den verschärften Kriegsbedingungen, sondern bereits am

Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft. Nach dem deutschen Einmarsch waren es in der Hauptsache frühere Pfadfinder, die, wenn immer Schule und Beruf es zuließen, sich in die Bergwelt zurückzogen, um dort vor den Ansprüchen der Partei geschützt zu sein und offen miteinander sprechen zu können (29). Auch etliche Pfarrjugendkreise fanden sich bald nach ihrer offiziellen Zerschlagung im Untergrund wieder zusammen, um sich in ihrer oppositionellen Haltung gegenseitig zu bestärken. Natürlich waren die Gruppen kleiner geworden, dafür umso sicherer vor Denunzianten.

Jede Gruppenbildung von Jugendlichen außerhalb der HJ wurde von den Nazis schärfstens bekämpft und als "Cliques- und Bandenbildung" diffamiert. Die Reichsjugendführung unterschied dabei drei Gruppen: "Kriminelle, Gegner, Gefährdete".

Zu den "Gefährdeten" zählten die genannten Swing-Gruppen, Schlurfe und andere Unangepaßte. Die "Gegner" fanden sich in erster Linie im katholischen und im linken Lager. In einer Analyse der Reichsjugendführung vom September 1942 zur "Cliques- und Bandenbildung" werden diese Gruppen ausführlich in ihrem Verhalten beschrieben, mögliche Maßnahmen gegen sie diskutiert und schließlich die Gruppen auf Grund von Berichten des Sicherheitsdienstes lokalisiert. Dabei fällt auf, daß neben deutschen Großstädten als einzige österreichische Stadt Bregenz genannt wird, in der es erwähnenswerte "Gegnergruppen" gab. Dieser Bregenzer "Jugendverband", so wurde berichtet, sei von drei Jugendlichen mit dem Ziel gegründet worden, "u.a. Sabotageakte zu verüben" (30). Wahrscheinlich handelt es sich dabei um jene oben erwähnte Gruppe, deren "Malaktionen" genau in den beschriebenen Zeitraum fallen.

Mit diesen Beispielen sind nur einige Formen von Wideretzlichkeit und Widerstand von Jugendlichen in Vorarlberg angedeutet. Etliche weitere Fälle sind bekannt (31). Viele individuelle Widerstandshandlungen sind sicher bis heute den Historikern und der Öffentlichkeit unbekannt geblieben - nicht aber jene des Bludenzers Adolf Mayer, der als 18jähriger einen Tag nach dem "Anschluß" Vorarlberg verließ, um sich der

Armee der spanischen Republik anzuschließen. Wenn man schon in Österreich dem deutschen Faschismus keinen entschiedenen Widerstand entgegengesetzt hatte, sollte das wenigstens in Spanien geschehen. Deshalb sein freiwilliger Einsatz, von dem er über langwierige Umwege (Senegal - Madagaskar - Saigon - China - Marokko - Paris) erst im Juli 1945 in seine Heimat zurückkehrte (32).

Neben der politisch motivierten Emigration gab es andere Gründe, dem "Gau Tirol-Vorarlberg" den Rücken zu kehren. Viele Mädchen beispielsweise, die zur Zeit des Einmarsches in Schweizer Haushalten arbeiteten, suchten durch Eheschließungen Schweizerinnen zu werden (33). Das war nun für die Nationalsozialisten überhaupt nicht verständlich und im Hinblick auf ihre bevölkerungspolitischen Absichten ein Ärgernis.



Die Begeisterung über die kriegेरischen Anfangserfolge der Wehrmacht sollte schon das Spiel der Kinder militarisieren: Buben aus Bregenz-Vorkloster beim Exerzieren.

Denn die zuerst mit dem Ruf nach "mehr Raum" fürs eigene Volk ganz Europa überfallen hatten, schrien nur wenige Jahre später: "Deutschland braucht Menschen", um den gestohlenen Raum zu verteidigen. Mit diesem Aufruf beabsichtigte das "Vorarlberger Tagblatt", die Vorarlberger Jugendlichen "zur Früh-ehe" anzuhalten (34), um dem "Führer" noch möglichst viel Kanonenfutter zu produzieren.

Wie ungeniert schließlich die nationalsozialistischen Machthaber zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft junge Menschen dem Tode preisgaben, zeigte sich ab 1944: Nun wurden auch die Sechzehnjährigen in die Schlacht geworfen, vierzehnjährige Mädchen und Buben als Flak-Helfer verpflichtet und noch jüngere mit allen möglichen halb-militärischen Aufgaben beauftragt.

Den Schlußpunkt in dieser Hinsicht setzten in Vorarlberg der Kreisleiter Reiter von Dornbirn und sein HJ-Führer: Sie karrten am 1. Mai 1945 eine Gruppe Hitlerjugendliche nach Lochau, damit diese mit Panzerfäusten den französischen Vormarsch aufhielten (35). Solche Kamikaze-Unternehmen unter der Leitung von NS-Fanatikern, die sich als Vorbilder und Erzieher ausgaben, konnten das Ende nicht aufhalten. Die Verführer verschwanden. Zurück blieb eine Jugend, die, von der offiziellen Propaganda zu Gewalttätigkeit und Intoleranz erzogen, nun zum Träger einer demokratischen Ordnung werden sollte.

Meinrad Pichler

Anmerkungen

- 1) Koch, Hannsjoachim W.: Geschichte der Hitlerjugend, S. 171
- 2) Egger, Gernot: Integration und Widerstand, S. 271f.
- 3) Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 136ff.
- 4) Dazu gehörten: SA, SS, NSKK (NS Kraftfahrerkorps) und HJ.
- 5) Burtscher, Hans: Die politisch Unzuverlässigen, S. 24
- 6) Vgl. Walser, Harald: Die illegale NSDAP, S. 137

- 7) VLA, Präs. 485/38
- 8) StaBr, Sch 1939/85-129
- 9) Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 2.8.1944
- 10) Vorarlberger Tagblatt, 5.7.1939
- 11) Ebd., 15.3.1943
- 12) Ebd., 2.8.1939
- 13) Ebd., 18.3.1943
- 14) Ebd., 26.3.1943
- 15) Ebd., 23.2.1943
- 16) Ebd., 26.3.1943
- 17) Stadler, Karl: Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten, S. 167
- 18) Vorarlberger Tagblatt, 11.8.1944
- 19) StaBr, Sch 1940/6
- 20) Hasenclever, Christa: Jugendhilfe und Jugendgesetzgebung seit 1900, S. 153
- 21) Ebd.
- 22) Vorarlberger Tagblatt, 27.10.1943
- 23) StaBr, Polber 1942
- 24) Ebd.
- 25) Zit. n. Peukert, Detlef: Die Edelweißpiraten, S. 156
- 26) Interview mit Dr. Grete Saiko, Bregenz, 23.11.1987
- 27) Vgl. Egger, Gernot: Kommunisten und wegen "kommunistischer Betätigung" Verfolgte 1938-1945, S. 108
- 28) StaBr, Polber 1941/42
- 29) Vgl. Burtscher, Hans: Die politisch Unzuverlässigen, S. 36f.
- 30) Peukert, Detlef: Die Edelweißpiraten, S. 200
- 31) Vgl. Pichler, Meinrad: Individuelle Opposition, S. 138f.
- 32) Mayer, Adolf: Odyssee eines Österreichers
- 33) Vgl. Vorarlberger Tagblatt, 7.7.1939
- 34) Vorarlberger Tagblatt, 19.8.1944
- 35) Vgl. Schelling, Georg: Festung Vorarlberg, S. 108

Leben im Krieg: Die "innere Front"

Leute, die die nationalsozialistische Herrschaft selbst erlebt haben, verwenden dafür meist die Bezeichnung "unterm Krieg". Daß also der "Krieg" die sprachbestimmende Erinnerung ist und nicht die NS-Herrschaft, muß mit den damaligen Erfahrungen der Menschen zu tun haben: Tatsächlich wurden die Maßnahmen, die das Alltagsleben am entscheidendsten bestimmten, von der staatlichen Propaganda als "kriegsbedingt" verkauft und begründet.

Wer sich unpolitisch verhielt, als früherer Gegner der Nationalsozialisten nicht "vorbelastet" war, den neuen Machthabern den nötigsten Tribut zollte und im übrigen über die diskriminierenden Maßnahmen des Regimes hinwegsah, konnte sich anfangs mit dem NS-Staat durchaus arrangieren, zumindest was die materielle Existenz betraf. Doch mit der Fortdauer des am 1. September 1939 von Hitler-Deutschland vom Zaun gebrochenen Krieges wurden der private Konsum, bis dahin noch bestehende wirtschaftliche Freiräume, das von der Propaganda hochgejubelte neue Freizeitangebot und das von der nationalsozialistischen Weltanschauung ohnehin eingeengte kulturelle Angebot zunehmenden Einschränkungen unterworfen. Alle individuellen Bedürfnisse und Wünsche hatten nun hinter die wirtschaftlichen Erfordernisse des "totalen Krieges" zu treten. Das Hinterland wurde zur "Heimatfront" erklärt, um den "Nichtwehrfähigen" ähnliche Entbehrungen und Strapazen abverlangen zu können wie den Soldaten.

"Es besteht kein Zweifel darüber",
befehrte das "Vorarlberger Tagblatt" seine Leser,
"daß der Soldat und nur der Soldat es ist, der in diesem
Kriege Opfer bringt. Die Heimat höchstens Entságungen
und Entbehrungen" (1).

Diese Unterscheidung zwischen Front und Heimat unterschlug

natürlich die Tatsache, daß den Soldaten nicht nur "Opfer" abverlangt, sondern daß sie in erheblicher Zahl selbst Opfer dieses von den Nationalsozialisten über ganz Europa ausgebreiteten kriegerischen Infernos wurden.

Der Bedarf der großdeutschen Kriegsmaschinerie an soldatischem Kanonenfutter steigerte sich von Kriegsjahr zu Kriegsjahr. Was im Jahre 1939 mit der Verpflichtung der Jahrgänge 1918-1921 begonnen hatte, erstreckte sich zu Beginn des Jahres 1945 schließlich auf die Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1884 bis 1929, das heißt auf alle männlichen Staatsangehörigen zwischen 60 und 16. Und je aussichtsloser die militärische Lage für die Kriegstreiber wurde, desto rücksichtsloser rekrutierten die Wehrmeldeämter. Das für Vorarlberg zuständige befand sich in Bregenz; die lückenlose Erfassung aller "Wehrpflichtigen" oblag den Landratsämtern (die in etwa den früheren Bezirkshauptmannschaften entsprachen) und den Gemeinden.

Wieviele Vorarlberger zwischen 1939 und 1945 zur deutschen Wehrmacht verpflichtet wurden, ist meines Wissens bisher nicht erhoben worden. Die Zahl dürfte sich zwischen 30.000 und 40.000 bewegen. Tatsache ist, daß nahezu 8000 Vorarlberger in diesem Kriege ihr Leben lassen mußten, das sind circa fünf Prozent der Gesamtbevölkerung des Jahres 1939 (2).

Etwa 3500 Soldaten aus Vorarlberg kamen als Invaliden aus dem Krieg zurück (3). Dazu kommen noch rund 200 Personen, die bei einem Fliegerangriff auf die Lehrerbildungsanstalt in Feldkirch und im Zuge der letzten Kriegstage in Bregenz, Hard, Lauterach, Dornbirn, Bludenz und im Klostertal getötet wurden (4).

Nie zuvor in der keineswegs unblutigen Geschichte auf dem Boden unseres Bundeslandes wurden so viele Familien mit dem gewaltsamen Tod eines oder mehrerer ihrer Mitglieder konfrontiert. Die Nennung dieser Kriegsoffer auf Denkmälern und in sogenannten "Heldenbüchern" sowie die seltsame Traditionspflege nach 1945 (5) waren für die Hinterbliebenen vermutlich ebensowenig Trost wie die nationalsozialistische

Meldung

der männlichen Angehörigen der Geburtsjahrgänge 1894 bis 1896

die noch nicht im Besitz eines Wehrpasses bzw. Ausmusterungs- oder
Ausschließungsscheines sind

1. In der Zeit vom 15. 6. bis einschließl. 30. 6. 1943 erfassen die politischen Meldebehörden diejenigen männlichen Deutschen Staatsangehörigen der Geburtsjahrgänge 1894 bis 1896, die bisher noch nicht erfasst worden sind und keinen Wehrpaß, Ausmusterungsschein oder Ausschließungsschein besitzen.

2. Diese Meldepflichtigen haben sich

umgehend, spätestens bis zum 30. Juni 1943

bei der politischen Meldebehörde zu melden, in deren Wohnbezirk sie wohnen.

3. Ist ein Meldepflichtiger vorübergehend abwesend, so hat er sich bei der für seinen Wohnsitz zuständigen politischen Meldebehörde zunächst schriftlich und nach Rückkehr unverzüglich persönlich zu melden.

4. Die Meldepflichtigen haben zwei Passbilder in der Größe 37 mal 52 Millimeter vorzulegen, auf denen sie im Brustbild von vorn gesehen in bürgerlicher Kleidung und ohne Kopfbedeckung dargestellt sind. Es sind ferner Personalpapiere und sonstige Ausweise mitzubringen, die Rückschl. über gegebenenfalls bereits abgeleistete Militärdienstzeit in der Deutschen oder einer anderen Wehrmacht (ehem. östereichischen, tschechischen, litauischen usw.) und über die Zugehörigkeit zu nationalsozialistischen Organisationen geben, außerdem Abstammungsunterlagen und Zeugnisse, Diplome usw. gemäß § 8 der Erfassungs-Verordnung.

5. Meldepflichtige, die durch Krankheit an der persönlichen Meldung verhindert sind, haben hierüber ein Zeugnis des Arztes oder eines anderen beamteten Arztes oder ein mit dem Sichtvermerk des Arztes versehenes Zeugnis des behandelnden Arztes bei der für ihren Wohnsitz zuständigen politischen Meldebehörde einzureichen. Entstehende Gebühren müssen die Meldepflichtigen selbst tragen. Ferner haben sie keinen Anspruch auf Ersatz von Fahrtauslagen, Reisekosten und Entschädigung für Lohnausfall.

6. Meldepflichtige, die ihrer Anmeldepflicht nicht oder nicht pünktlich genügen, werden, falls keine höhere Strafe verzuht ist, mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bestraft. Auch können sie mit politischen Zwangsmaßnahmen zur Gellung angehalten werden.

Bregenz, Feldkirch, Bludenz,
am 8. Juni 1943.

Die Landräte.

Ab 1943, nach der Kriegswende von Stalingrad, wurden auch die 45- bis 50jährigen einberufen. Später folgten selbst die 50- bis 60jährigen.

Dienststelle der Feldpostnummer
36 811 E

O.U., den 22. Juli 1944.

Az. 23 a

An Frau

Ida [REDACTED]

Dornbirn/Vorarlberg
Bündtlittenstrasse 20

Betrifft: Heldentod des Uffz. Karl A [REDACTED]

Die Einheit muss Ihnen leider die traurige Nachricht übermitteln, dass Ihr Mann Uffz. Karl [REDACTED] heute morgen 05.30 Uhr in heldenhaftem Kampfe gegen Banditen gefallen ist.

Möge Ihnen, in Ihrem Schmerze das Bewusstsein Trost sein, dass Ihr Mann als aufrechter heldenhafter Sohn seiner Heimat sein Leben für Grossdeutschland liess.

Die Einheit verliert in ihm einen lieben und tapferen Kameraden.

i.V. gez.

Unterschrift unleserlich

Hptm. und Komp.Chef.

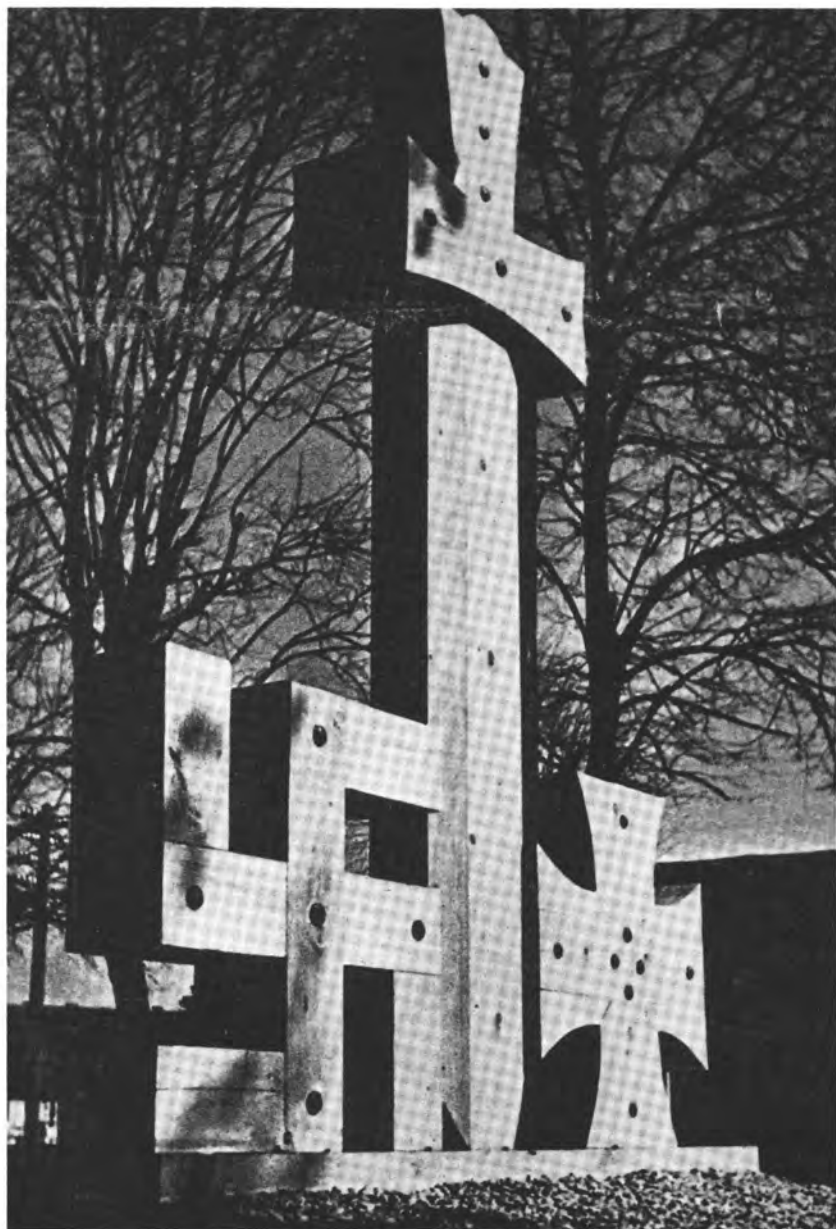
Diese Abschrift stimmt mit dem hieramts vorgewiesenen Original überein.

Dornbirn, den 18.8.1944.
Im Auftrag :



[Handwritten signature]

Standardauskunft für die Angehörigen eines Gefallenen:
"Heldentod" für Großdeutschland.



Standardauskunft: "Er starb, damit Deutschland lebe." Von einem Sterben, "damit Deutschland lebe", und von "Vaterlandsverteidigung" kann im Kaukasus wohl kaum die Rede sein, und gerade dort, tief drinnen in der Sowjetunion, starben die meisten.

Es gab allerdings auch solche, die der Hitler-Armee den Gehorsam verweigerten oder frühzeitig aufkündigten. Etlichen wurde diese Weigerung zum Verhängnis; nicht wenige konnten sich unter lebensgefährdender Mithilfe von Angehörigen oder anderen mutigen Mitbürgern dem Zugriff der Staatsmacht entziehen (6).

Aber auch diejenigen, denen der Fronteinsatz erspart blieb, spürten von Tag zu Tag stärker, welcher Art die von ihnen geforderten "Entsagungen und Entbehrungen" waren. Sie betrafen nahezu alle Lebensbereiche.

Es geht ums Brot - Nahrung und Ernährer

Bereits mit Kriegsbeginn wurden die Lebensmittel rationiert, die Versorgung wurde mittels "Lebensmittelkarten" geregelt. Das pro Person zugeteilte Kontingent verkleinerte sich bis Kriegsende ständig. Gegen "Volksgenossen", die sich auf heimlichen Wegen Fleisch und andere Mangelwaren organisierten, wurde zunehmend härter eingeschritten. Wer "schwarz schlachtete" und unter der Hand Lebensmittel ver- oder einkaufte, hatte als "Kriegsverbrecher" mit empfindlichen Strafen zu rechnen.

Aber selbst die härtesten Abschreckungsmaßnahmen - in Tirol wurde 1943 ein Wirt sogar hingerichtet - konnten die

Das NS-Kriegerdenkmal an der Dornbirner Sägerbrücke wurde 1945 entfernt; von ähnlichen anderen Denkmälern wurde allerdings nur das Hakenkreuz beseitigt.

Schattenwirtschaft nicht beseitigen. Sogar hochrangige Parteigenossen gaben sich mit dem offiziell verordneten Lebensmittelangebot nicht zufrieden. So wurde beispielsweise der SA- und HJ-Führer von Nüziders wegen des illegalen Kaufs von 15 kg Schweinefleisch von einem Sondergericht "wegen Verbrechens gegen die Kriegswirtschaftsverordnung" zu einem Jahr Gefängnis und 500 RM Geldstrafe verurteilt (7).

Auch das sogenannte "Hamstern" konnte trotz scharfer Gestapo-Drohungen nicht beseitigt werden. Viele Städter betätigten sich bei umliegenden Bauern nicht nur als Erntehelfer. Vielmehr entstand durch diese Kontakte ein reger Tauschhandel, der manchen urbanen Einrichtungsgegenstand in bäuerliche Haushalte und manches Stück Schweinefleisch in die Stadtwohnung brachte. Um das "Kirschen-Hamstern" im Lindauer und Friedrichshafener Raum zu unterbinden, wurde im Juli 1944 sogar "die Mitnahme von Fahrrädern auf Bodenseeschiffen von Bregenz aus" verboten (8). Doch meist war die Bevölkerung im Organisieren erfinderischer als die Bürokraten, die mit neuen Einschränkungen erst im nachhinein reagieren konnten.

Als im Sommer 1943 die tägliche Zigarettenration auf vier Stück pro Mann und zwei Stück pro Frau verringert wurde, kam es zu zahlreichen Tabakdiebstählen. In Watzenegg wurde am 27. Juli 1944 die Trafik von zwei maskierten Männern völlig ausgeraubt, ohne daß die Behörden eine Spur der Täter finden konnten (9). Der Tip der Behörden, statt Tabak Hufblattblätter zu rauchen (10), scheint somit auf wenig Gegenliebe gestoßen zu sein.

Nicht nur bei Rauchwaren kamen zu den quantitativen Beschränkungen qualitative Verschlechterungen. Selbst bei den Grundnahrungsmitteln wurden der Bevölkerung massive Abstriche zugemutet. So gab es seit dem Februar 1943 nur noch Brot aus 75 % Roggen und 25 % Gerste, der Weizen wurde völlig gestrichen (11). Bereits ab dem Neujahr 1943 konnte man für eine Fleischmarkeneinheit "das Doppelte von Kopf, Lunge, Herz, Milz, Schwanz und Knochenausputz" erhal-

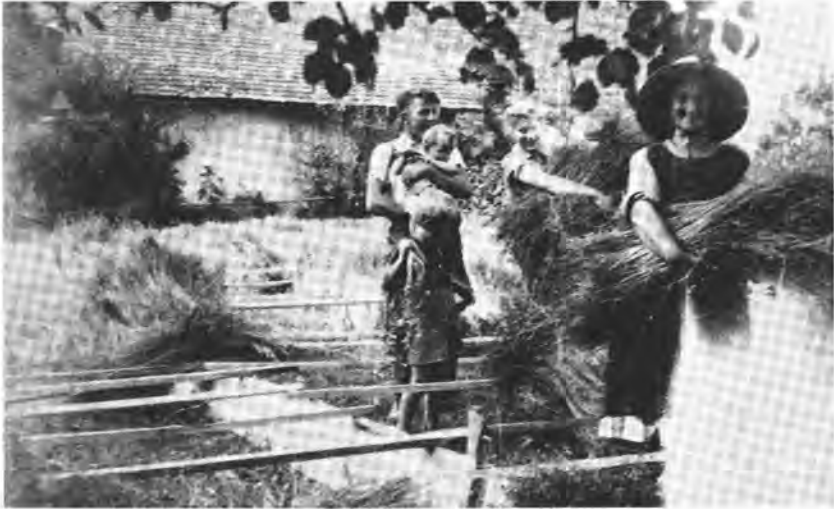
ten (12), wenn man dafür auf richtiges Fleisch verzichtete. Zur gleichen Zeit hatten die "Süßwarengeschäfte bis Kriegsende den Betrieb ganz zu schließen" (13).

Der Konsumverzicht, welcher der nichtbäuerlichen Bevölkerung abverlangt wurde, hatte bei den Bauern eine Parallele in der ständig erweiterten Ablieferungspflicht. Anfang 1943 las deshalb der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Backe, den Vorarlberger Bauern anlässlich des Landesbauerntages die Leviten:

"Die kommende Zeit wird noch größere Aufgaben an die deutsche Landwirtschaft stellen als bisher, noch größere Anforderungen an die Produktion, vor allem aber an die Ablieferung. Leistung und Haltung des Landvolkes wird sich daher noch mehr bewähren müssen" (14).

Mit "Haltung" war natürlich die Ablieferungsmoral gemeint, mit der die Bonzen keineswegs zufrieden waren. Zugleich wurde von den Bauern der Anbau neuer Produkte verlangt, etwa von Flachs und Maulbeersträuchern (15), um dem Mangel an Baum- und Zellwolle gegenzusteuern.

Das alles sollten die Bauern leisten, obwohl immer mehr von ihnen zur Wehrmacht eingezogen wurden. Fremde Zwangsarbeiter und "dienstverpflichtete Arbeitsmädchen" mußten die fehlenden bäuerlichen Arbeitskräfte ersetzen. Zudem wurden sogenannte "Hofpatenschaften" propagiert, was - weniger hochtrabend formuliert - nichts anderes bedeutete, als daß ein Bauer den Hof eines "Eingezogenen" mitzubearbeiten hatte (16). Dies hieß, daß nun auch die Bauern - so wie die Industriearbeiter und -arbeiterinnen - noch mehr und noch länger zu arbeiten hatten.



Hörbranz 1943 - ein typisches Bild zur Situation in der Landwirtschaft: im Vordergrund eine einheimische Bäuerin, dahinter eine arbeitsverpflichtete deutsche Erntehelferin ("Arbeitsmaid") und ein polnischer Zwangsarbeiter bei der Flachsernte. Die männlichen Arbeitskräfte waren zum überwiegenden Teil im Krieg.

Vom Handels- zum Tauschgeschäft

Wo der individuelle Verbrauch an Gütern aller Art auf das Lebensnotwendigste gedrosselt und der freie Warenverkehr von Staats wegen weitestgehend reglementiert wurde, erübrigten sich viele kleine Handelsbetriebe. So wie in allen anderen Reichsgebieten wurden auch in Vorarlberg mit der Kriegswende von Stalingrad im Februar 1943 die Handelsgeschäfte drastisch reduziert. Das erbrachte zugleich Arbeitskräfte für die Kriegswirtschaft.

Damals wurden die Handelsbetriebe in vier Gruppen aufgeteilt, von denen die erste Gruppe (Lebensmittel-, Kohle-, Dünger-, Futterhandel) unangetastet blieb, während die zweite (Haushalts-, Eisen- und Stahl-, Textil- und Papierwaren, Schuhe, Chemikalien) mit der "Schließung eines nennenswerten Teiles" zu rechnen hatte. Von der dritten Gruppe (zum Beispiel Möbel, Farben, Musikalien, Bücher, Spiel- und Lederwaren, Blumen, Antiquitäten) sollte "nur noch eine beschränkte Zahl unbedingt versorgungswichtiger Betriebe" erhalten bleiben. Die vierte Gruppe bildeten "Fachzweige, deren Betriebe ganz zu schließen" waren. Dazu zählten Handelsgeschäfte für Autos, Sportartikel, Pelzwaren, Juwelen, Gold- und Silberwaren, Teppiche und Parfümartikel (17).

Am stärksten von diesen Maßnahmen betroffen waren jene Bevölkerungsteile, die schon bisher wenig besessen hatten und nun mit dem verdienten Geld praktisch nichts mehr kaufen konnten. Bessergestellt waren allemal diejenigen, die über Tauschwerte verfügten. Denn wer zum Beispiel einen Kinderwagen benötigte, konnte einen solchen viel leichter ergattern, wenn er ordentliche Winterbekleidung, Schnellkochplatten oder ein Fahrrad anzubieten hatte (siehe Inserate im "Vorarlberger Tagblatt"). Dieser blühende Tauschhandel, der ja nur bereits vorhandene Güter in Umlauf brachte, wurde von den Nazis aus praktischen Gründen stillschweigend geduldet.

Schwieriger war es, an Dinge heranzukommen, die aus Gründen der Hygiene oder der beschränkten Haltbarkeit am Tausch- beziehungsweise Schwarzmarkt kaum zu erhalten waren. Zwei banale Beispiele: Auf "Anordnung der Reichsstelle für Kautschuk" gab es ab dem Februar 1943 "Flaschensauger für Kleinkinder" nur noch gegen Abgabe der alten; mit einem Ersatz für verlorene Schnuller war es nun vorbei (18). Ab etwa der gleichen Zeit konnte man Glühbirnen nur noch im Winter und nur gegen Rückgabe des alten Birnensockels erhalten (19). Lediglich an Durchhalteparolen herrschte Überfluß.

Als im Frühjahr 1943 der private Postverkehr eben auf ein

Viele Zeica III b, m. Gimar 3,5, mit Zubehör, RM 400, suche Kollektordom., Reflektorleuchte, Chrom III oder Contax II. Vertauschl. Zuschr. u. 4033 D.

Kinderdreirad, RM 80, wird gegen Puppenwagen getauscht. Nur schriftl. Ang. an Dornbirn, Schulgasse 8.

Speisemimmertisch, Hartb., ausziehbar, RM 45, wird geg. Küchenschrank od. Nähmaschine getauscht. Zuschr. unter 4031 D.

Elektr. Ofen, 220 W., RM 20, wird geg. einen von 150 D. umgetauscht. Zuschr. unter 4036 D.

Viele f. einen Kinderportwagen zwei Paar gute Galschuhe Nr. 39. RM 30, od. eine wenig gebr. Kinderbettstatt auf Rädern, RM 25. Frau Fur, Dornbirn, Eisplatzgasse Nr. 39, Kehler Siedlung, 4037 D.

Guter Wintermantel f. 15-17j. Jungen, RM 50, ist zu verk.; das wird ein Kinderportwagen oder weiß. Kleiderstrank zu kauf, gel. Zuschr. u. 08670-2.

In Bregenz Puppenportwagen (RM 15) geg. Kinderportwagen zu tauschen gel. Zuschr. u. 5694.

Tausche Kinderwagen, RM 40, geg. Photoapparat. Zuschr. u. 5595.

Eleg. Damenarmbanduhr, RM 100.—, geg. mod. Schreibtisch zu tauschen. Zuschr. unter 5622.

Tausche braunen Sommeranzug, Gr. 46, RM 75, geg. Uebergangsmantel, evtl. sehr gut. Gummimantel. Zuschr. unter 568.

Schweizerbinokel mit Bedoretus Kompaß, RM 80, geg. Schmutzluch. Zuschr. unter 5703.

Tausche zwei braune Herrenhemden, RM 28, geg. Herrenhose. Zuschr. unter 5763.

Zu tausch, ein Paar warme Damenwinterstiefel Nr. 35, RM 12, geg. ein Paar Damen-Sommerhalbschuhe, Gr. 40, Dornbirn 4. Stiglingen 2. 4050 D.

Tausche gutes Feßglas mit Bedoretui, RM 90, geg. nur schöne Puppe mit Puppenwagenl. Under. Lang, Bregenz, Mehrerauer Str. Nr. 31. 5764.

Ein Paar Kinderlackschuhe, Gr. 34, RM 10, werden geg. Gr. 32 umget. Kawai, Rieden, Feldmoosgasse 17. 5767.

Tausche Kleiderkasten, RM 50.—, geg. Bettfedern. Zuschr. u. 5690.

Pelzjacket, RM 40, gegen Damenstaubmantel zu tauschen gesucht. Zuschr. unter 5750.

Tausche ein Paar gut erh. Herrenbergschuhe, Gr. 44, RM 35, gegen Kinderportwagen. Bau, Bregenz, Gotthardgasse 4. 5753.

Tausche kompl., ganze (alte Riegerner-)Geige, RM 150 geg. Uffordoon. Gleich. wird Bandonion. 104tön., RM 80, geg. Gramophon mit Platten od. weiß. Gasberd zu tauschen gel. Zuschr. an Gebert, Feldkirch, Kreuzgasse 20.

Gebt Ottomane, RM 60, u. Stubenwagen, RM 45, beid. gut erh. geg. Gasberd mit Bratrohr u. Uffordoon. Zuschr. u.

Ausschnitt aus der Inseratenseite des "Vorarlberger Tagblattes" vom 19. August 1944: Eine der Maßnahmen im Zuge des "totalen Krieges" war die Schließung des Großteils der Handelsgeschäfte. So versuchten die Menschen, im Tauschwege den notwendigsten Bedarf zu decken.

Minimum eingeschränkt worden war, begann die Verwaltung mit der Innenrenovierung der Schalterhalle des Bregenzer Postamtes, um dort in großen Lettern die Parole "Es kann nur einer siegen und das sind wir!" anbringen zu können.

Genauso war es beim Personenverkehr. Was einst mit beschwingten KdF-Ausflügen (20) begonnen hatte, endete als Reiseverbot: "Erst siegen, dann reisen!" und "Räder müssen rollen für den Sieg!" - mit solchen Spruchbändern wurden am Bregenzer Bahnhof jene beschieden (21), die immer noch indi-



Zu Beginn der NS-Herrschaft wurden organisierte Reisen und Ausflüge als große Errungenschaft des neuen Staates verkauft. Veranstaltet wurden die Gruppenreisen von der NS-Freizeitorganisation "Kraft durch Freude" (KdF). Das Gütle bei Dornbirn war dabei ein beliebtes Ziel solcher KdF-Ausflüge. In den späteren Kriegsjahren "rollten die Räder" allerdings nur noch für militärische Einsätze.

viduellen Reisebedürfnissen frönen wollten. Fahrkarten gab's nur noch für "kriegswichtige" Fahrten. Dazu zählten die Deportationen von Regimekritikern und von zahllosen ausländischen Zwangsarbeitern, die per Bahn von Bregenzer Polizisten ins Gefangenenhaus Feldkirch oder in die Innsbrucker Gestapo-Zentrale eskortiert wurden (22).

Diese Beispiele zeigen, daß die Nazibürokraten ihrerseits zwar keineswegs mit der Mangelware Papier haushalteten, von der Bevölkerung dagegen Verzicht, äußerste Schonung des Vorhandenen und Sparsamkeit in allen Verbrauchsbereichen forderten. So wurde mit großem publizistischen Aufwand zum Energiesparen aufgerufen, und als die Aktion mehr Mittel verschlungen als Energie gebracht hatte, war es aus mit den umständlichen Sparanleitungen. "Wer den Zwang will, kann ihn haben" (23), schloß das "Vorarlberger Tagblatt" drohend eine erfolglose Kampagne.

"Maul halten!"

Nicht nur in materieller Hinsicht wurden der Bevölkerung einschneidende Verschlechterungen zugemutet. Auch Versuche, sich über die herrschenden Zustände zu äußern, wurden zunehmend schärfer sanktioniert. Jedes Wort, das sich mit der offiziellen Darstellung der "äußeren und inneren Front" nicht deckte, konnte zu einer Anklage wegen "Zersetzung der Wehrkraft" führen. Hunderte von Vorarlbergerinnen und Vorarlbergern gerieten unter dieser Anschuldigung in die Mühlen der NS-Justiz.

Wo die Gestapo es für angezeigt hielt, fällte sie gleich selbst das Urteil. Der Dornbirner Elektriker Otto Wohlgenannt hatte einige Wochen nach Kriegsbeginn im Herbst 1939 öffentlich die prophetische Äußerung gemacht:

Kohlenklau's schmähliche Niederlage 5



Kohlenklau aus der Küche vertrieben!

Früher war die Küche Kohlenklau's idealer Tummelplatz, egal, ob die Hausfrau mit Kohle, Gas oder Strom kochte. Das hat jetzt aufgehört, denn jede Frau hat längst das „Turmkochen“ (Übereinanderstellen von mehreren Töpfen) gelernt. Auch kocht sie die Speisen immer nur mit großer Flamme an und mit kleiner Flamme gar. Sie kocht — oder, was noch besser ist — sie dünstet nie mehr ohne Deckel und sorgt für saubere Gasbrenner, ferner paßt sie auf, daß die Flamme nie über den Topfboden hinausgreift. Ja, sie hat eben ihre Gedanken beisammen und weiß — wie du und ich und wir alle — daß jede Kohle, die sie dem Kohlenklau abluchst, der Front und auch der Heimat Nutzen bringt. Also, Kohlenklau, mit deinen Küchentricks ist es nicht! Trotzdem wollen wir alle auf Kohlenklau weiter gut acht geben.

Hier ist für ihn nichts mehr zu machen, — Paß auf, jetzt sucht er andre Sachen!

Kohlenklau's schmähliche Niederlage 6



Kohlenklau als Oberheizer???

Das wäre so was für Kohlenklau: Selber heizen. Da würde in alle Ofen eingekachelt, was Platz hat, und wenn's draußen 12 Grad Wärme sind! Die Ofentür bliebe natürlich dauernd sperrangelweit offen, damit die ganze Wärme zum Schornstein hinausfliegt, statt die Stube zu heizen! Aber nein, das Heizen besorgen wir — ohne Kohlenklau! Und zwar heizen wir nur *einen* Ofen in der Wohnung (auch „Zentralbeheizte“ rücken eben ein bißchen zusammen und drehen die überflüssigen Heizkörper ab). Gelüftet wird kurz und kräftig. Lieber zweimal 5 Minuten das Fenster ganz auf, als einmal 20 Minuten halb. Frische Luft erwärmt sich rascher. So schlagen wir — du und ich und wir alle — dem Kohlenklau ein Schnippen und sparen eine Masse Kohlen.

Hier ist für ihn nichts mehr zu machen, — Paß auf, jetzt sucht er andre Sachen!

An der „inneren Front“ wurde der „Kohlenklau“ zum personifizierten Feind. In einer großangelegten Medienkampagne wurden Ratschläge zum Energiesparen gegeben.

„Es wird ein Krieg kommen, wie ihn die Welt noch nie gesehen hat“ (24).

Solche Ansichten störten die staatlich entfachte Kriegsbegeisterung. Wohlgenannt wurde verhaftet, ins Konzentrationslager Flossenbürg deportiert und dort zu Tode gebracht.

Das war eine klare Kriegsansage an die Bevölkerung - in

der Tat die Eröffnung der "inneren Front". Der Terrorkrieg im Innern hielt in den folgenden Jahren mit wachsender Intensität an. Eine Frau aus Dornbirn, die einen Brief an ihren an der Ostfront eingesetzten Sohn mit den Worten geschlossen hatte: "Möge doch der Herrgott diesen Krieg beenden", wurde im Oktober 1944 von der Gestapo in eine psychiatrische Anstalt zwangseingewiesen (25).

Etwa zur selben Zeit wurde Karoline Rädler aus Bregenz hingerichtet, weil sie die Fliegerangriffe der Alliierten als Reaktion auf den deutschen Angriffskrieg bezeichnet hatte (26).

Mit Terror sollte wenigstens die "innere Front" gehalten werden, wenn schon die militärische ins Wanken geraten war. Je aussichtsloser für die Nazis die militärische Lage wurde, desto schonungsloser schritten sie gegen jedwede Kritik ein. Wo man früher noch zu überzeugen vorgegeben hatte, regierte jetzt der Kasernenton. Die totale Militarisierung beherrschte auch die Sprache des "Vorarlberger Tagblattes":

"Disziplin halten ist gleichbedeutend mit Maul halten" (27).

Mit diesem "Tagesbefehl" sollte jeglicher Diskussion über die öffentlichen Zustände ein für allemal das Ende angesagt sein.

Es sollte nicht mehr darüber gesprochen werden, daß der NS-Staat sich der letzten Reste eines kulturellen Lebens entledigt hatte (28), daß die deutschen Truppen an allen Frontabschnitten sich zurückziehen mußten, daß feindliche Flugzeuge nun des öfteren Vorarlberg überquerten und mehrmals antinazistisches Propagandamaterial abwarfen (29) oder daß schon wieder neue Einquartierungen von "Ausgebombten" ins Haus standen. Gerade diese Einquartierungen erregten bei vielen Vorarlbergern starken Widerwillen. Eine Frau aus dem Bregenzerwald, die zu einer Arbeitskollegin gesagt hatte, in ihr Haus kämen keine Flüchtlinge, wurde wegen "staatsfeindlicher Äußerungen" mehrere Wochen in Gestapo-Haft gehalten (30). Die von den Nationalsozialisten so oft beschworene Solidarität mit den Bombenopfern mußte in vielen Fällen erpreßt werden.

Der Führer versprach Brot.
Und Ihr habt **Karten.**
Er verhieß Frieden.
Und Ihr habt **Krieg.**
Er bekämpfte Rußland.
Und Ihr blutet für **Rußland.**
Er versprach Bundesgenossen.
Und **Deutschland** ist **isoliert.**

Heißt das nicht Volksbetrug?

Ab 1942 wurden auch über Vorarlberg Flugblätter der Alliierten abgeworfen (Original: 23 x 14 cm) - ein Angriff der Vernunft auf die "innere Front". Auf die Weitergabe solcher Flugzettel standen hohe Strafen.

Von der "Heimatfront" zum Kriegsschauplatz

Die Schilderungen, die die heimischen Wohnungsgeber durch die "Ausgebombten" erhalten hatten, wurden ab dem 1. Oktober 1943 - dem Tag des Bombenangriffs auf die Feldkircher Lehrerbildungsanstalt - auch in Vorarlberg von der Realität eingeholt. Die Pflicht zur nächtlichen Verdunkelung aller Häuser und Straßen machte augenscheinlich, daß auch Vorarlberg zum Kriegsschauplatz zu werden drohte. Die Verdunkelung wurde gerade im Vorarlberger Rheintal als besondere Erschwernis empfunden, weil man jede Nacht am Schweizer

Lichtermeer sehen konnte, wie jenseits des Rheins der Alltag ablief.

Im Gegensatz zum nördlichen Bodenseeufer, wo die Rüstungsfabriken von Friedrichshafen ein ums andere Mal von alliierten Fliegern zerbombt wurden, hatte Vorarlberg jedoch Glück. Meist blieb es beim Alarm und kam es nicht zur Bombardierung. Erst als den französischen Befreierern am 1. Mai 1945 von Resttruppen der Wehrmacht und der SS der Weg an der Bregenzer Klause versperrt wurde, wurde auch Vorarlberg zum unmittelbaren Kriegsgebiet. Nach der Bombardierung von Bregenz zogen sich die deutschen Truppen bis zum Kummenberg zurück, um dort von neuem einen Sperrriegel zu bilden. So



Bombenabwurf über der Lehrerbildungsanstalt Feldkirch am 1. Oktober 1943: Das Gebäude wurde zu diesem Zeitpunkt bereits zum größeren Teil als Lazarett verwendet. Bei dem Fliegerangriff wurden insgesamt 203 Personen getötet.

kam es auch dort zu Kampfhandlungen, in denen Tote zu beklagen waren. Nach der Sprengung der Illbrücke in der Feldkircher Felsenau zogen sich die Marodeure Richtung Arlberg zurück, um schließlich nach Tirol zu gelangen (31).

Damit hatten die Nationalsozialisten einen letzten Beweis ihrer Menschenverachtung geliefert. Nur um nicht in französische, sondern in amerikanische Gefangenschaft zu geraten, weil man sich dort eine bessere Behandlung erwartete, hatte der SS-General Schmidt, der am 30. April, von Lindau gekommen, in Bregenz das Oberkommando an sich gerissen hatte, diesen militärischen Wahnsinn inszenieren lassen (32).

Am Montag, dem 6. Mai 1945, übernahm die 1. Französische Armee schließlich die Kontrolle über Langen am Arlberg. Damit war der Krieg zu Ende und Vorarlberg von der Herrschaft der Nationalsozialisten befreit. Die großen Verheißungen der vorangegangenen Jahre waren das viele Papier nicht mehr wert, auf dem sie verkündet worden waren.

Meinrad Pichler

Anmerkungen

- 1) Vorarlberger Tagblatt, 7.1.1943
- 2) Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik 1956, 12. Jg., S. 333f.
- 3) Schwarz, Artur: Heimatkunde von Vorarlberg, S. 373
- 4) Vgl. Schelling, Georg: Festung Vorarlberg
- 5) Vgl. Greussing, Kurt: Kriegerdenkmäler oder Opferdenkmäler?
- 6) Vgl. Pichler, Meinrad: Widerstand und Widersetzlichkeit in der Wehrmacht
- 7) Landgericht Feldkirch 1Js 96/42.
- 8) Vorarlberger Tagblatt, 27.7.1944
- 9) Ebd., 29.7.1944
- 10) Ebd., 29.10.1943
- 11) Ebd., 5.2.1943
- 12) Ebd., 7.1.1943
- 13) Ebd., 10.2.1943
- 14) Zit. n. Vorarlberger Tagblatt, 4.2.1943

- 15) Weisung des Landratsamtes Bregenz vom 30.12.1939 an die Gemeinden, Kopie in DMG
- 16) Vorarlberger Tagblatt, 5.3.1943
- 17) Ebd., 10.2.1943
- 18) Ebd., 20.2.1943
- 19) Ebd., 12.1.1943
- 20) KdF ist die Abkürzung der DAF-(Deutsche Arbeitsfront)-Freizeitorganisation "Kraft durch Freude".
- 21) Schindler, Rene: Ein Schweizer erlebt das geheime Deutschland, S. 7
- 22) Siehe StaBr, Polber 1943/44
- 23) Vorarlberger Tagblatt, 20.3.1943
- 24) Pichler, Meinrad: Individuelle Opposition, S. 135f.
- 25) DÖW 9193
- 26) Pichler, Meinrad: Individuelle Opposition, S. 139ff.
- 27) Vorarlberger Tagblatt, 23.10.1943
- 28) Mit 1. September 1944 wurden alle noch verbliebenen kulturellen Einrichtungen wie Musikschulen, Akademien, Theater, Zeitschriften stillgelegt (vgl. Vorarlberger Tagblatt, 25.8.1944).
- 29) StaBr, Polber 1942
- 30) DÖW 10.093
- 31) Vgl. Schelling, Georg: Festung Vorarlberg, sowie Walser, Harald: Die letzten Tage des Krieges
- 32) Vgl. Löffler-Bolka, Dietlinde: Vorarlberg 1945, S. 106

Verwendete Literatur

Berger, Karin:

Zwischen Eintopf und Fließband. Frauenarbeit und Frauenbild im Faschismus. Österreich 1938-1945. Wien 1984.

Botz, Gerhard:

Ideologie und soziale Wirklichkeit des "nationalen Sozialismus" in der "Ostmark". In: Schwarz, Robert: "Sozialismus" der Propaganda, a.a.O., S. 5-46.

ders.:

Schuschniggs geplante "Volksbefragung" und Hitlers "Volksabstimmung" in Österreich. In: Anschluß 1938 (= Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938, Bd. 7). München 1981, S. 220-243.

Burtscher, Hans:

Die politisch Unzuverlässigen: Dokumentarische Tagebuchaufzeichnungen 1933-1946. Dornbirn 1985.

Brändle, Hermann/Greussing, Kurt:

Fremdarbeiter und Kriegsgefangene. In: J. A. Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, a.a.O., 161-185.

Brook-Shepard, Gordon:

Der Anschluß. Graz 1963.

Bundschuh, Werner/Walser, Harald (Hg.):

Dornbirner Stadt-Geschichten. Kritische Anmerkungen zu 100 Jahren politischer und gesellschaftlicher Entwicklung. Dornbirn 1987.

Danimann, Franz:

Die Arbeitsämter unter dem Faschismus. Wien 1966.

Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei

Deutschlands. 5. Jahrgang, 1938. Reprint Frankfurt 1980.

Dreier, Werner:

Zwischen Kaiser und "Führer". Vorarlberg im Umbruch 1918-1938. Bregenz 1986.

Egger, Gernot:

Kommunisten und wegen "kommunistischer Betätigung" Verfolgte 1938-1945. In: J. A. Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, a.a.O., S. 103-109.

ders.:

"Ach, der Stiefel glich dem Stiefel immer..." Verfolgung oppositioneller Arbeiter im Austrofaschismus und im Nationalsozialismus. In: Bundschuh, Werner/Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten, a.a.O., S. 200-209.

ders.:

Integration und Widerstand. Vorarlberger Arbeiterbewegung im Austrofaschismus 1934-1938. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung, a.a.O., S. 259-280.

Frau und Mutter. Lebensquell des Volkes.

München 1943.

Frauen unterm Hakenkreuz.

Berlin (West) 1983.

Gefallene und bis Ende 1955 noch nicht Heimgekehrte.

In: Vorarlberger Wirtschafts- und Sozialstatistik, 12. Jg., 1956, S. 329-338.

Gisinger, Arno:

Die Auswirkungen des Luftkrieges auf Vorarlberg. Unveröffentlichte Hausarbeit aus Geschichte an der Universität Innsbruck 1987.

Greussing, Kurt (Hg.):

Im Prinzip: Hoffnung. Arbeiterbewegung in Vorarlberg 1870-1946. Bregenz 1984.

ders.:

Kriegerdenkmäler oder Opferdenkmäler? In: Allmende 11, S. 103-109.

Hanisch, Ernst:

Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich. Salzburg 1983

- Hasenclever, Christa:
 Jugendhilfe und Jugendgesetzgebung seit 1900. Göttingen 1978.
- Herbert, Ulrich:
 Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin-Bonn 1985.
- Ilg, Ulrich:
 Meine Lebenserinnerungen. Dornbirn 1985.
- Internationaler Suchdienst Arolsen (Hg.):
 Verzeichnis der Haftstätten unter dem Reichsführer-SS (1933-1945). Konzentrationslager und deren Außenkommandos sowie andere Haftstätten unter dem Reichsführer-SS in Deutschland und deutsch besetzten Gebieten. Arolsen 1977.
- Die Jahre 1938-1945 in Lauterach.
 In: Lauterach transparent, Nr. 1/1977.
- Koch, Hannsjoachim W.:
 Geschichte der Hitlerjugend. Ihre Ursprünge und ihre Entwicklung 1922-1945. Percha am Starnberger See 1979.
- Lingenhöle, Walter:
 Die Fehldeutung eines dunklen Jahres. Zu Margit Schönherr "Vorarlberg 1938". In: Montfort 1983, S. 35-53.
- Luza, Radomir:
 Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Wien-Köln-Graz 1977.
- ders.:
 Der Widerstand in Österreich 1938-1945. Wien 1985.
- J. A. Malin-Gesellschaft (Hg.):
 Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945. Bregenz 1985.
- Mason, Timothy:
 Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Opladen 1977.
- Mayer, Adolf:
 Odyssee eines Österreichers. In: Informations- und Presse-

dienst der Österreichischen Widerstandsbewegung, Nr. 3/1982, S. 2-19.

Peukert, Detlef:

Die Edelweißpiraten. Protestbewegung jugendlicher Arbeiter im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Köln 1983.

Pichler, Meinrad (Hg.):

Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte. Bregenz 1982.

ders.:

Politische Verfolgungen der ersten Tage. In: J. A. Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, a.a.O., S. 71-84.

ders.:

Widerstandsgruppen. In: J. A. Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, a.a.O., S. 85-102.

ders.:

Arbeitsverweigerung. In: J. A. Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, a.a.O., S. 153-160.

ders.:

Individuelle Opposition. In: J. A. Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, a.a.O., S. 129-142.

ders.:

Verfolgung und Widerstand: Eine Bilanz. In: J. A. Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, a.a.O., S. 258-261.

ders.:

"Deutsches Leben heißt Arbeit". Arbeiteropposition in Vorarlberg während der NS-Zeit. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung, a.a.O., S. 281-298.

ders.:

Eine unbeschreibliche Vergangenheit. Die Vorarlberger Geschichtsschreibung und der Nationalsozialismus. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte, a.a.O., S. 191-206.

Schausberger, Norbert:

Der Griff nach Österreich. Der Anschluß. Wien 1978.

ders.:

Rüstung in Österreich 1938-1945. Eine Studie über die Wechselbeziehung von Wirtschaft, Politik und Kriegsführung. Wien 1970.

Schelling, Georg:

Festung Vorarlberg. Ein Bericht über das Kriegsgeschehen 1945 in Vorarlberg. 3. Auflage, Bregenz 1987.

Schindler, Rene:

Ein Schweizer erlebt das geheime Deutschland. Tatsachenbericht. Zürich 1945.

Schmidl, Erwin A.:

März 1938. Der deutsche Einmarsch in Österreich. Wien 1987.

Schönherr, Margit:

Vorarlberg 1938. Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39. Dornbirn 1981.

Schwarz, Artur:

Heimatkunde von Vorarlberg. Bregenz 1949.

Schwarz, Robert:

"Sozialismus" der Propaganda. Das Werben des "Völkischen Beobachters" um die österreichische Arbeiterschaft 1938/39. Wien 1975.

Stadler, Karl:

Österreich 1938-1945 im Spiegel der NS-Akten. Wien 1966.

Tidl, Georg:

Die Frau im Nationalsozialismus. Wien-München-Zürich 1984.

Tschabrun, Alois:

Widerstand und Nazi-Orden. Dornbirn 1986.

Walser, Harald:

Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933-1938. Wien 1983.

ders.:

Anpassung und Widerstand: Vorarlbergs Kirche im NS-Staat. In: J. A. Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, a.a.O., S. 110-126.

ders.:

Die letzten Tage des Krieges. In: J. A. Malin-Gesellschaft (Hg.): Von Herren und Menschen, a.a.O., S. 214-233.

ders.:

Anspruch und Wirklichkeit: Der Nationalsozialismus und die Vorarlberger Arbeiterschaft. In: Greussing, Kurt (Hg.): Im Prinzip: Hoffnung, a.a.O., S. 308-340.

ders.:

Die Hintermänner. Vorarlberger Industrielle und die NSDAP 1933-1938. In: Pichler, Meinrad (Hg.): Nachträge zur neueren Vorarlberger Landesgeschichte, a.a.O., S. 96-106.

ders.:

Der Tod eines Staatsdieners. Hugo Lunardon und der Nationalsozialismus in Dornbirn. In: Bundschuh, Werner/Walser, Harald (Hg.): Dornbirner Stadt-Geschichten, a.a.O., S. 210-240.

Wanner, Gerhard:

Kirche und Nationalsozialismus in Vorarlberg. Dornbirn 1972.

Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945.

Eine Dokumentation. 2 Bände. Wien 1984.

Winkel, Herwig:

Die Volks- und Hauptschulen Vorarlbergs in der Zeit des Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Schulgeschichte Vorarlbergs. Dissertation, Innsbruck 1986.

Bildquellen

- Titel-
motiv Chronik des Hauptzollamtes Feldkirch, Band 1, Archiv
der Finanzlandesdirektion für Vorarlberg, Feldkirch
- S. 17 DMG
- S. 20 Österreichische Nationalbibliothek, Wien
- S. 21 Österreichische Nationalbibliothek, Wien
- S. 22 Meinrad Pichler, Bregenz
- S. 24 Verlag J. N. Teutsch, Bregenz
- S. 25 Christoph Mittelberger, Bregenz
- S. 29 DMG
- S. 33 DMG
- S. 35 "Dreihammer", Werkszeitschrift der Betriebsgemein-
schaft F. M. Hämmerle, 2/1940
- S. 38 DMG
- S. 39 DMG
- S. 40 Adolf Bösch, Lustenau
- S. 44 Gemeindearchiv Lustenau
- S. 47 Werkblatt F. M. Rhomberg, 12/1940
- S. 51 "Dreihammer", 11/1939
- S. 53 DMG
- S. 55 "Dreihammer", 3/1943
- S. 60 "Dreihammer", 9/1939
- S. 61 "Dreihammer", 9/1939
- S. 63 "Dreihammer", 2/1940
- S. 67 VLB
- S. 69 "Dreihammer", 5/1939
- S. 71 StaBr
- S. 75 "Dreihammer", 3/1939
- S. 76 "Dreihammer", 11/1939
- S. 77 Werkblatt F. M. Rhomberg
- S. 81 Werkblatt F. M. Rhomberg, 6-7/1940
- S. 83 Werkblatt F. M. Rhomberg, 4/1941

- S. 85 Werkblatt F. M. Rhomberg, 6-7/1940
- S. 88 Werkblatt F. M. Rhomberg, 12/1940
- S. 89 Werkblatt F. M. Rhomberg, 12/1940
- S. 91 Stadtarchiv Innsbruck
- S. 93 Werkblatt F. M. Rhomberg, 12/1940
- S. 96 DMG
- S. 98 "Dreihammer", 1/1940
- S. 99 Sozial-Bericht der Fa. Schoeller für 1940, Bregenz
- S.101 Werkblatt F. M. Rhomberg, 12/1940
- S.104 Werkblatt F. M. Rhomberg, 6/1941
- S.105 DMG
- S.111 Aus: "Bergland" 9-10/1941 (VLB)
- S.114 StaBr
- S.115 DMG
- S.117 DMG
- S.118 StaBr
- S.121 Dr. Albert Bohle, Dornbirn
- S.123 StaBr
- S.128 DMG
- S.129 StaD
- S.130 DMG
- S.134 Meinrad Pichler, Bregenz
- S.136 VLB
- S.137 DMG
- S.139 Vorarlberger Tagblatt, VLB
- S.141 StaBl
- S.142 Prof. Gerhard Winkler, Feldkirch

Namens- und Firmenregister

- Fa. Alma 50
Alpenländische Metallwaren-
fabrik Ges.m.b.H. 49
Backe, Staatssekretär 133
Baldessari Max 31
Bechinie Ludwig 32
Benger und Söhne 96
Leopold Bischofs Söhne 50
Blum Anton 23
Bürckel Joseph 21, 29
Burger Josef 23
Dollfuß Engelbert 15, 22, 27
Fa. Karl Doppelmayr 50
Dornier-Werke 50
Eberl Harald 38, 41, 45f.
Elektra Ges.m.b.H. 49
Erne Franz 26
Esser, Major 18
Findler Karl 24
Fischer Erich 23
Flügel Albert 89
Fritz Gedeon 23
Fa. David Fussenegger 50
Fa. Carl Ganahl & Co. 36,
48, 50
Ganahl Hans 36
Gebert, Richter 26
Fa. Getzner, Mutter & Cie
34, 50
Giselbrecht Johann 23
Gisinger Arno 54
Göring Hermann 18
Grabher Eugen 23, 31
Häfele Anton 23
Fa. F. M. Hämmerle 32-36,
48f., 51, 55, 63, 69f., 75,
82, 84, 98, 104
Hämmerle Franz 84
Hämmerle Rudolf 70
Hämmerle Victor 35
Hanisch Ernst 59
Hebel, Baufirma 100
Hercher Emil 23
Fa. Herrburger & Rhomberg
32, 51, 95
Fa. Johann Heuss 51
Himmer Wilhelm 106
Himmler Heinrich 119f.
Hitler Adolf 15, 28, 62, 81
Fa. Josef Hubers Erben 51
Ilg Ulrich 27
Illwerke 39, 42, 46, 74, 85
Jäger Paul 23
Fa. Jenny & Schindler 51
Kaltenbrunner Ernst 92
Kolb Otto 25
Kolbacher Heinrich 31
Fa. R. Kommerell & Co. 52
König Anton 23
Konzett Lorenz 23
Kothbauer Alfons 23
Fa. Krafft, Schuhfabrik 50

- Fa. Kunz & Co. 86
 Lardscheider Hans 26
 Leissing Eugen 23, 31
 Lenzing AG 48
 Ley Robert 35
 Lingenhölle Theo 23
 Tanzcafé Löffler 119
 Fa. Christian Lorünser
 Erben 51
 Lorünser Zementwerke AG
 89ff.
 Lunardon Hugo 23
 Mahnert Klaus 113
 Mair Artur 31
 Malin Johann August 106f.
 Fa. Philipp Mäser 51
 Mason Timothy 87
 Fa. Gottfried Mathis 52
 Matt Otto 23
 Fa. Maybach 56
 Mayer Adolf 122
 Methlagl Anton 31
 Mittelberger Christoph 24
 Mott Georg 92
 Müller Edwin 90f.
 Müller Erich 18, 23
 Müller Josef 23
 Mussolini Benito 15
 Muther Xaver 23
 Fa. M. B. Neumanns Söhne
 51
 Otten Karl Josef 52
 Plankensteiner Anton 18f.
 59, 85, 111
 Plunder Franz 22
 Fa. Seraphin Pümpel &
 Söhne 52
 Rädler Karoline 140
 Reiter, Kreisleiter 124
 Fa. F. M. Rhomberg 32, 36,
 47, 52, 59, 77, 81, 83, 85,
 88f., 93, 101, 104
 Rhomberg Hermann 36, 49,
 54
 Rosskopf Robert 91
 Fa. Gebrüder Sannwald 50
 Sauckel Fritz 53
 Schausberger Norbert 52
 Schelling Georg 23f.
 Fa. Schindler & Cie 52
 v. Schirach Baldur 109, 112
 Schmid, Richter 26
 Schmidt Hans 143
 Fa. Schoeller 52, 98f.
 Schott, SS-Untersturmführer
 92
 Schreiber Martin 26
 Schuschnigg Kurt 15, 17ff.,
 21, 27
 Seeber Artur 112
 Seeberger Emil 23
 Seeger, Direktor 120
 Seyss-Inquart Arthur 18
 Solhardt Carl 50
 Soyfer Jura 25
 Speckbacher Oswald 26
 Fa. Spohn 82
 Fa. C. A. Steinheil Söhne
 50
 Tarter Augustin 23
 Terlago Franz 26

Todt Fritz 42
Troll Alfons 18
Tschabrun Alois 42f.
Tschofen Ignaz 26
Ulmer Anton 23, 31
Ulmer Eduard 18, 23
Wagner-Wehrborn Gustav
35f.
Walch Franz 26

Waldsam Wilhelm 19
Weber Otto 110, 112
Fa. Wilhelm Welz 49
Winkler Anton 22f.
Winsauer Ernst 18
Wohlgenannt Otto 138
Zahnradfabrik Friedrichs-
hafen 56
Zuckmayer Carl 25

Ortsregister

- Augsburg 74
Berlin 42, 46, 82, 84, 87,
106
Bezau 26, 50
Bings 25
Bludenz 23, 26, 31, 50f., 90,
110, 122, 127
Braunschweig 82
Bregenz 16, 19, 21-26, 37,
42, 48f., 50ff., 70, 74, 80,
86, 95f., 98ff., 103, 110ff.,
116f., 119-123, 127, 132,
137f., 140, 142
Buchenwald 23
Buchs 25
Dachau 23
Dornbirn 17, 22f., 28f., 31-
36, 42, 46, 48-52, 56,
84f., 95f., 98, 106, 110f.,
115, 121, 124, 127, 131,
137f., 140
Feldkirch 25f., 29, 31, 42,
48, 52, 82, 110, 112, 127,
138, 141ff.
Flossenbürg 139
Fluh 110
Friedrichshafen 56, 132,
142
Gantschier 40
Gisingen 69f.
Götzis 51, 59, 110
Graz 120
Hard 23, 42, 50, 127
Hohenems 42, 51f., 82, 86,
110
Hohenweiler 111
Hörbranz 20, 134
Innsbruck 25f., 46, 56, 90ff.,
94, 106
Jenbach 92
Kempten 74
Kennelbach 52, 120
Klagenfurt 112
Kleines Walsertal 23, 42
Latschau 39, 74
Lauterach 28, 42, 46, 127
Lech 41
Lindau 19, 37, 132, 143
Lochau 42, 100, 124
Lorüns 40
Ludesch 91
Lustenau 42ff., 50, 110
Meersburg 34ff.
München 19, 21, 25, 107
Nenzing 49
Neuheuren 82
Nürnberg 62
Nüziders 89, 132
Oberstdorf 42
Oldenburg 80
Paris 123
Partenen 39f., 74

Rankweil 42, 71
Saigon 123
Salzburg 25, 36, 49, 56, 59
St. Christoph 42
St. Veit 112
Satteins 106
Schlins 112
Schröcken 110
Sibratsgäll 110f.

Silbertal 40
Stalingrad 55, 67, 113, 128,
134
Stams 42
Sulzberg 23
Wien 18, 29, 65f., 73
Wolfurt 120
Zürs 41

AUS DEN ARBEITZUSAMMENHÄNGEN DER JOHANN-AUGUST-MALIN-GESELLSCHAFT

Harald Walser

**DIE ILLEGALE NSDAP IN TIROL UND VORARLBERG
1933-1938**

Europaverlag Wien 1983, 239 Seiten, S. 168.-- (ISBN 3-203-50846-X)

Walters Analyse zertrümmerte eines der Klischees der traditionellen Vorarlberger Landesgeschichtsschreibung: daß nämlich der Nationalsozialismus doch nur fremdes Importgut gewesen sei. Das Gegenteil ist richtig: Die nationalsozialistische Bewegung fand auch im Lande selbst durchaus potente Förderer und Unterstützer.

**VON HERREN UND MENSCHEN. VERFOLGUNG UND
WIDERSTAND IN VORARLBERG 1933-1945**

Herausgegeben von der J.-A.-Malin-Gesellschaft

fink's verlag Bregenz 1985, 411 Seiten, S. 288.-- (ISBN 3-900438-15-3)

Das Buch bringt ein Thema zur Sprache, über das "damals" nicht geredet werden durfte und über das man "nachher" oft lieber nicht mehr reden wollte: die breitflächige Verfolgung während der NS-Zeit - auch in Vorarlberg und durchaus unter Mitwirkung vieler Einheimischer; und die zahlreichen Beispiele von Widersetzlichkeit - Zeichen des Mutes und des aufrechten Gangs.

Werner Dreier

**ZWISCHEN KAISER UND "FÜHRER".
VORARLBERG IM UMBRUCH 1918-1938**

fink's verlag Bregenz 1986, 319 Seiten, S. 249.-- (ISBN 3-900438-18-8)

Das Buch schildert eine "heiße Phase" der Vorarlberger Landesgeschichte - die vielleicht heißeste seit 1848: die Bewegung von Arbeitern und Bauern in Vorarlberg nach dem Beginn der Republik 1918, die Stärkung der konservativen Kräfte und die Zurückdrängung der Arbeiterbewegung, den Vorarlberger Beitrag zum Austrofaschismus und schließlich die Zerstörung des Traums vom "christlichen Ständestaat" durch die Machtergreifung der Nationalsozialisten.

VERÖFFENTLICHUNGEN DER VORARLBERGER AUTOREN GESELLSCHAFT

Riedergasse 8, A-6900 Bregenz, Tel. 05574/250453

(IN ZUSAMMENARBEIT MIT DER J.-A.-MALIN-GESELLSCHAFT)

Werner Bundschuh / Harald Waiser (Hg.)

DORNBIRNER STATT-GESCHICHTEN

KRITISCHE ANMERKUNGEN ZU 100 JAHREN POLITISCHER
UND GESELLSCHAFTLICHER ENTWICKLUNG

254 SEITEN, S. 249.-- (ISBN 3-900754-00-4)

Das Untersuchungsfeld des Buches erstreckt sich weit: Es reicht von der eher heiteren Analyse bisheriger Bemühungen, dem "Wesen des Dornbirners" auf die Spur zu kommen, bis zur Darstellung des Leidensweges von Postenkommandant Lunardon ins KZ Mauthausen. Dornbirn war kein Hort der Harmonie, keine Insel im rauhen Strom der Zeit: Die großen gesellschaftlichen Konflikte haben auch die Geschichte der "Gartenstadt" gezeichnet.

Markus Barnay

DIE ERFINDUNG DES VORARLBERGERS

ETHNIZITÄTSBILDUNG UND LANDESBEWUSSTSEIN
IM 19. UND 20. JAHRHUNDERT

544 Seiten, ca. S. 300.-- (ISBN 3-900754-01-2)

Daß die Vorarlberger Alemannen seien und daß das Land seit grauer Vorzeit eine Einheit bilde - das waren bislang Standardpositionen der Landesgeschichtsschreibung und zentrale Elemente des Landesbewußtseins in Vorarlberg. Die Untersuchung von Markus Barnay stellt solches Denken radikal in Frage. Sie zeigt, daß der heutige "Vorarlberger" aus vielschichtigen politisch-kulturellen Entwicklungen der letzten zwei Jahrhunderte entstand. Er wurde nicht vorgefunden, sondern erfunden.

Die Erfindung des Vorarlbergers ist ein historischer Prozeß und als solcher niemals abgeschlossen. Es ist zudem ein durch und durch politischer - und bis heute aktueller - Vorgang. Barnays Buch greift in diesen Vorgang ein.

STUDIEN ZUR GESCHICHTE
UND GESELLSCHAFT
VORARLBERGS

2

Von der braunen Macht ergriffen
Vorarlberg im März und April 1938

Der Stoff, aus dem Profite wurden
Das Textilland Vorarlberg nach dem „Anschluß“

Im Gleichschritt in die Emanzipation?
Vorarlbergs Frauen im NS-Staat

„Arbeit für den Endsieg“
Arbeiteralltag im „nationalen Sozialismus“

„Wer auf die Fahne des Führers schwört, hat nichts mehr, was ihm selbst gehört“
Vorarlberger Jugend unter der NS-Herrschaft

Leben im Krieg: Die „innere Front“

ISBN 3-900754-02-0